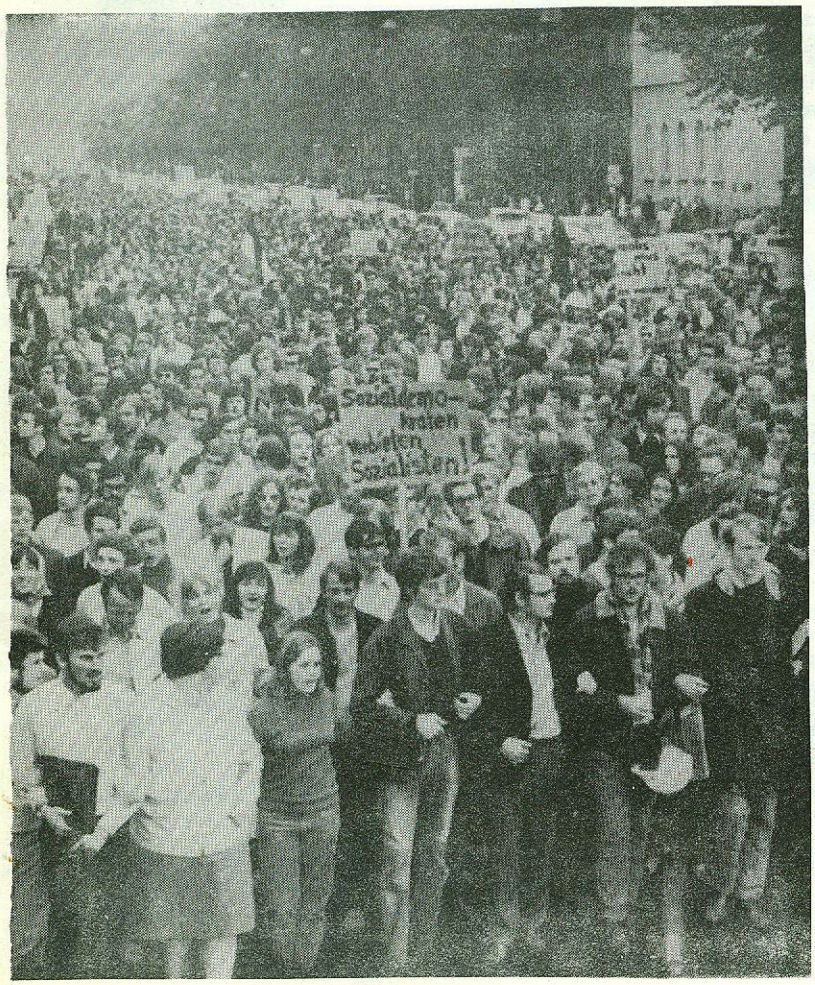
NEUES ROTES FORUM

1.50 DM 1.6.71 3/71



INHALT:

Bericht über den Versuch einer Zusammenarbeit mit der KPD/ML (Roter Morgen) und der KPD/ML (Rote Fahne) in Mannheim S. 3

Programmatische Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum
Vorbemerkung S. 13
Die gegenwärtige Epoche des internationalen Klassenkampfes S. 14
Zur ökonomischen Entwicklung in Westdeutschland S. 18
Die Rolle der SPD im monopolkapitalistischen Staat S. 21
Zur Gewerkschaftsfrage S. 26
Nur unter Anleitung der Kommunistischen Partei werden die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen die Herrschaft des Kapitals stürzen können! S. 34
Zur Hochschulpolitik S. 39

Joscha Schmierer
Sozialistischer und kapitalistischer Weg in der Übergangsperiode zum Sozialismus S. 46

Redaktionelle Vorbemerkung S. 55
Zu dem Vortrag von Alfred Sohn-Rethel S. 56

Alfred Sohn-Rethel
Die technische Intelligenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus S. 59

Große Anstrengungen zur Entwicklung des Bergbaus S. 66

impressum:
Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr. Es umfasst jeweils mindestens 52 Seiten. Auflage: 6 000
Erscheint im Verlag: Trikont Verlag, 8 München 80, Josephsburgerstr. 16
Redaktion: Joscha Schmierer (verantwortlich), Dietrich Hildebrandt, Werner Freund.
unter Mitarbeit von: Gabi Ripke, Brigitte Steinmüller, Jochen Noth, Bruno Fries
Anzeigenverwaltung: Frank Pohlers, 69 Heidelberg, Hans Thoma Platz 38, Tel.: 06221/40812
Anschrift: Redaktion und Vertrieb des Neuen RotenForum c/o Politische Buchhandlung Jörg Burkhard
69 Heidelberg, Schiffgasse 3, Tel.: 06221/46153 Druck: Caro-Druck, Heidelberg
Nach Möglichkeit sollte das Neue Rote Forum über die linken Buchhandlungen bezogen werden.
Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

Erklärung des Trikont-Verlag:
Das "Rote Forum" war eine überregional verbreitete und gelesene theoretische Zeitschrift der westdeutschen Linken. Als Organ des SDS Heidelberg wurde diese Zeitschrift von der Verbotsverfügung des Baden-Württembergischen Innenministeriums gegen den Heidelberger SDS mitbetroffen. Da wir der Meinung sind, daß die Arbeit der früheren Redaktion des "Roten Forum" nicht durch den hinterwäldlerischen Verbotsakt einer stockreaktionären Landesregierung lahmgelegt werden darf, geben wir dieser Redaktion die Möglichkeit, in unserem Verlag eine neue, auf die ganze westdeutsche Linke bezogene Zeitschrift zu publizieren.

Trikont Verlag, München

NEUES ROTES FORUM 3/71

In diesem Heft veröffentlichen wir die Programmatische Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum, das Ergebnis der Generaldebatte, die die Gruppe im April geführt hat. Die Erklärung ist kein in sich geschlossenes Programm, und sie versucht diesen Eindruck auch nicht zu erwecken. Wenn die Gruppe thesenartig ihre Stellung zu einzelnen besonders wichtigen Fragen in Resolutionen zusammenfaßt, so ist klar, daß sie damit erst die Aufgabe angeht, die Voraussetzungen für ein positives Aktionsprogramm zu schaffen. Wichtige Probleme werden zudem in der Erklärung nicht behandelt. so zum Beispiel die Frage der Immigration, der Stratifikation der Arbeiterklasse oder die Frage der nicht-proletarischen Klassen.

Diese bestimmte Form der programmatischen Diskussion und des Organisationsprozesses ist auch notwendige Folge der lokal bedingten Entwicklung der Heidelberger Linken. Damit ist eine bestimmte Phase nach der Spaltung der in Heidelberg nur noch lose organisierten Linken zum Abschluß gekommen. Die Thesen der Programmatischen Erklärung werden für die Gruppe die Grundlage für die Auseinandersetzung und die Bündnispolitik mit anderen Gruppen und Organisationen in Westdeutschland und Westberlin sein.

Das nächste Neue Rote Forum erscheint Anfang Juli.

Druckfehlerberichtigung:
In dem Artikel "Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der Russischen Revolution" von Joscha Schmierer im Neuen Roten Forum 1/71 vom 8.2.71 muß es auf Seite 34 natürlich heißen: Sowjetmacht plus Elektrifizierung - statt "Sowjetstaat".

Neues Rotes Forum 2/71

Eduardo Ferreira
Namibia(Südwestafrika): Deutsche Kolonie - Mandat Südafrikas - Beute des internationalen Kapitals
David Yaffe
Die Krise des britischen Kapitalismus - die jüngsten Entwicklungen
Hans Martin Mumm
Zur Spaltung der Black Panther Party
Zum Klassenkampf in Schweden
Meinhard Schröder
Zu dem Aufsatz: "Die Krise des britischen Kapitalismus" von D. Yaffe in: NRF 3/70
Replik
Duplik

Neues Rotes Forum 1/71

Karin Althoff
Zur Situation in Spanien
Joscha Schmierer
Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der russischen Revolution
Die FPDLP über den jordanischen Bürgerkrieg
Kampf dem Opportunismus: Dokumente zur Auseinandersetzung der Linken in Heidelberg
Zur Analyse der Studentenbewegung
Wahlplattform der Gruppe NRF
William Burchett
Nach dem Sieg von Muhammed Ali - Erinnerungen an einige Kämpfe zwischen Schwarzen und Weißen
Hans Martin Mumm
Die National Convention der SDS in Chicago (Dez.70)

Bericht über den Versuch einer Zusammenarbeit mit der KPD/ML(ROTER MORGEN) und der KPD/ML (ROTE FAHNE) in Mannheim

Das Neue Rote Forum hatte in sa ner letzen Ausgabe veröffentlicht, daß sich die Gruppe NRF mit anderen kommunistischen Organisationen in Mannheim und Ludwigshafen in einem Maikomitee zusammengeschlossen hatte, um eine gemeinsa me Maidemonstration in Ludwigshafen durchzuführen. Als der Druck des Heftes abgeschlossen war, war das Aktionsbündnis auch schon geplatzt. Die KPD/ML (Roter Morgen), die sich inzwischen mit der abgesprungenen Ortsgruppe der ZB-Linie vereinigt hatte,(1) sprengte das Bündnis durch einen putschistischen Versuch, den Führungsanspruch ihrer Organisaation formell im Ma ikomitee durchzusetzen, nachdem sie zuvor die Verteilung eines gemeinsamen Maiaufrufs, der schon im Druck war, einseitig verhindert hatte.
Der folgende Bericht faßt unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der KPD/ML zusammen, ohne sie auf dem Hintergrund einer genauen Analyse der Linie und der Organisation zu erklären. Generell jedoch gehen wir davon aus, daß die Bedingungen der derzeitigen Etappe des Parteiaufbaus, die eine nationale , einheitliche, demokra tisch-zentralistische proletarische Partei vorläufig nicht zulassen, sich in der KPD/ML naturwüchsig und unbegriffen durchsetzen. Deshalb ist diese Organisation ein besonders unzuverlässiger und schwankender Bündnispartner, zumal sie trotz aller selbstkritischen Beteuerungen auf ihrem sektiererischen Führungsanspruch grundsätzlich besteht und diesen, weil sie ihn ideologisch nicht ausweisen kann, putschistisch durchsetzen will. Die Sprengung des Maikomitees der kommunistischen Organisationen des Raumes Ludwigshafen - Mannheim - Heidelberg durch die KPD/ML, brachte uns, da wir uns auf die Vorbereitung einer gemeinsamen Demonstration in Ludwigshafen konzentriert hatten, in beträchtliche Schwierigkeiten. Dennoch gelang es noch, in Heidelberg eine erfolgreiche Maidemonstration zu organisieren, die wir gemeinsam mit ausländischen Kollegen und oppositionellen deutschen Gewerkschaftern durchführten.

Die konkreten Erfahrungen mit der KPD/ML haben unseres Erachtens unsere allgemeine Linie in der Frage des Parteiaufbaus bestätigt und bewiesen, daß derzeitig bei der Proklamation der Partei des Proletariats nichts herauskommen kann, als die Proklamation heterogener Zirkel zur Partei des Proletariats. Die korrekte Linie in der Frage des Parteiaufbaus besteht derzeit in der ideologischen, praktischen und organisatorischen Bekämpfung der kleinbürgerlichen Relikte in den bestehenden kommunistischen Zirkeln. Die Tendenz diese Zirkel zur Partei des Proletariats aufzublähen, ist der deutlichste Ausdruck dieser kleinbürgerlichen Relikte.
Unsere Einschätzung der Gruppe "Roter Morgen" ist in vielen Punkten ähnlich der des KAB-Hamburg und des SALZ Hamburg (vgl. Was sind die Super-"Linken", und wie schaden sie der Sache des Proletariats, April 1971). Dennoch halten wir eine ideologische Auseinandersetzung mit der KPD/ML für notwendig und möglich, wenn auch die KPD/ML natürlich auf ihren Führungsanspruch nicht verzichten wird. Wir haben deshalb der Ortsgruppe Mannheim gemeinsame Diskussionen der entscheidenden Fragen der revolutionären Strategie in Westdeutschland vorgeschlagen. Die Ortsgruppe hat diesen Vorschlag akzeptiert, wir werden sehen, ob sie an seiner Verwirklichung Interesse hat.

* * *

(1) Während der Zeit unserer Zusammenarbeit mit den Ortsgruppen Mannheim der KPD/ML (Roter Morgen) und der KPD/ML (Rote Fahne) trat die Ortsgruppe der Gruppierung um die Rote Fahne fast geschlossen zur Gruppierung um den Roten Morgen über und schloß sich deren Mannheimer Ortsgruppe an. Der Bericht wird dadurch kompliziert, daß man zu verschiedenen Zeitpunkten nicht wußte, ob die Rote-Fahne-Ortsgruppe noch Rote-Fahne-Ortsgruppe war oder eigentlich schon Ortsgruppe des Roten Morgen. Überall, wo von der Ortsgruppe der Roten Fahne (ZB-Linie) die Rede ist, muß also bedacht werden, daß diese Gruppe sich inzwischen dem Roten Morgen (ZK-Linie) angeschlossen hat. Diese Entwicklung rechtfertigt auch, warum wir uns in unserem Bericht vor allem mit der Ortsgruppe der Roten-Morgen-Gruppierung auseinandersetzen. In wieweit deren Verhalten verallgemeinert werden darf, können wir auch nach einigermaßen sorgfältigem Studium der Dokumente anderer Ortsgruppen nicht beurteilen. Gerade darin kommt der zirkelhafte Charakter der KPD/ML zum Ausdruck. Die Mai-Propaganda der Bochumer Ortsgruppe der Gruppierung um den Roten Morgen unterscheidet sich z.B. in der Gewerkschaftsfrage wesentlich von der Propagandalinie, die sich in der Mannheimer Gruppe schließlich durchsetzte. In Bochum wurde im Gegensatz zu Mannheim entschieden die Organisation einer innergewerkschaftlichen Opposition propagiert.
Die trotz der holzschnittartigen Analysen des Roten Morgens ziemlich wi dersprüchliche Strategie des ZO der KPD/ML-ZK-Linie lässt sehr verschiedene Auslegungen zu und wird auch sehr verschieden ausgelegt. Dies bestätigt unsere Einschätzung der KPD/ML als Sammelbewegung kommunistischer Zirkel.

Zusammenarbeit im Kommunistischen Aktionskomitee gegen die Fahrpreiserhöhung der Mannheimer Strassenbahnen.

Vertreter der Gruppe NRF haben seit Ende Februar / Anfang April in einem Aktionsbündnis gegen die Fahrpreiserhöhungen der Mannheimer Straßenbahn mit folgenden Organisationen zusammengearbeitet: KPD/ML (RM), KPD/ML (RF), RJ/ML, SDS-Mannheim, AUSS -Mannheim. In diesem Aktionsbündnis traten zunächst Differenzen bei der Festlegung der Propagandalinie auf. Die KPD/ML (RM) vertrat hier die Auffassung, daß der Hauptstoß gegen den Revisionismus, konkret gegen die DKP geführt werden müsse; KPD/ML (RF) vertrat die Auffassung, daß der Hauptstoß gegen SPD und DGB geführt werden müsse. Beide Organisationen leiteten ihre jeweilige Propagandalinie aus der Hauptaufgabe der gegenwärtigen Etappe des Parteiaufbaus ab: aus der Notwendigkeit, die fortgeschrittensten Arbeiter in der KPD/ML zu organisieren. In dieser Phase des Aktionsbündnisses konnte es uns nicht darum gehen, eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesen Positionen zu führen. Wir beschränkten uns deshalb darauf, diese Positionen durch Hinweise auf die konkreten Erfordernisse der Massenagitation zu relativieren und aufzuzeigen, wie, ausgehend von den Notwendigkeiten des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhung, SPD, DGB und in anderer Weise auch die DKP entlarvt werden könnten. Auf dieser Ebene der Auseinandersetzung gelang relativ leicht eine Einigung. Die bestehenden Differenzen erwiesen sich als irrelevant. Der Angriff auf die SPD und den DGB-Apparat sollte abgeleitet werden aus dem Verhalten der Vertreter dieser Organisationen im Stadtrat, die die Fahrpreis erhöhungen billigten und rechtfertigten; der Angriff auf die DKP sollte erst in dem Maße verschärft geführt werden, wie sich diese Organisation im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung als Saboteur dieses Kampfes erweisen würde. Der "Hauptstoß" sollte also gegen die Fahrpreiserhöhung geführt werden, um in diesem Massenkampf antikapitalistische Propaganda zu leisten; SPD und DGB-Apparat sollten in ihrer Rolle bei der Fahrpreiserhöhung und davon ausgehend in ihrer Rolle als Agenten des Kapitals entlarvt werden; die Auseinandersetzung mit der DKP sollte nicht sektiererisch über die Köpfe der Massen hinweg als abstrakter antirevisionistischer Kampf propagiert werden, sondern auf Grundlage der Erfahrungen der Massen mit der verräterischen Politik der DKP in der Entfaltung des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhung. Obwohl in der Frage der Massenagitation so ein Konsens erreicht schien, hingen die beiden Gruppierungen der KPD/ML wohl immer noch ihrem sektiererischen und massenfeindlichen Irrglauben an, daß in den bevorstehenden Auseinandersetzungen die Propaganda der Organisation der fortgeschrittensten Arbeiter in der Partei unmittelbar im Zentrum stehen müsse, das heißt, sie wollten in Wirklichkeit gar keine Massenagitation führen, sondern einfach die Gelegenheit benutzen, ihre Organisationen einem nicht näher bestimmten Kreis von fortgeschrittensten Arbeitern als die radikalsten vorzustellen. Daß dieser Verzicht auf Massenagitation auch die Möglichkeit einer wirksamen kommunistischen Propaganda zunichte macht, wollte ihnen offensichtlich nicht in den Kopf. Jedenfalls spricht dafür das einzige Flugblatt, das von dem Aktionskomitee verfaßt wurde. An der Abfassung des Flugblattes war kein Vertreter unserer Organisation beteiligt, sodaß wir uns auf eine nachträgliche Kritik beschränken mußten.

Die Stadtverwaltung verzichtete Mitte März vorläufig auf eine Fahrpreiserhöhung und veröffentlichte lediglich die zeitlich nicht terminierte Absicht, die Tarife für Einzelfahrscheine zu erhöhen. Von der ursprünglich geplanten Erhöhung aller Tarife für den 1. April war keine Rede mehr. Das erste und bisher einzige Flugblatt des Aktionskomitees erschien zu einem Zeitpunkt als dies schon bekannt war. In diesem Flugblatt wurde nun der vorläufige Rückzieher der Stadtverwaltung nicht etwa aus objektiven Bedingungen, z.B. aus den bevorstehenden Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz oder aus den Legitimationsschwierigkeiten der SPD -Stadtverwaltung erklärt, sondern aus der bloßen Existenz des Aktionskomitees, das bis dahin mit keinerlei Äußerung an die Öffentlichkeit getreten war. Die DKP wurde, ausgehend von einer angeblichen Einheit der Arbeiterklasse als Spalter "entlarvt". All das läßt sich nur so erklären, daß das Aktionskomitee selbst sich offensichtlich schon für den adäquaten Ausdruck der Einheit der Klasse hielt. Wer diese Ansicht nicht teilte, mußte das Flugblatt für den Ausdruck schlichten Grössenwahnsinns halten. Und wer hätte diese Ansicht teilen können.

Der ZA der Gruppe NRF legte dem Aktionskomitee folgende Kritik des Flugblatts zur Diskussion vor:

"Stellungnahme der Gruppe NRF zum 1. Flugblatt des kommunistischen Aktionskomitees gegen die Fahrpreiserhöhung

An dem Flugblatt des kommunistischen Aktionskomitees gegen die Fahrpreiserhöhung in Mannheim, an dessen Verteilung wir uns beteiligt haben, wurde zunächst von einzelnen Genossen Kritik geübt. Das Flugblatt wurde daraufhin im ZA diskutiert. Selbstkritisch wurde festgestellt, daß der ZA sich an der Diskussion des Flugblattes in Mannheim nicht beteiligt hatte, was, nachdem wir die Unterstützung der Verteilung zugesagt hatten, unbedingt notwendig gewesen wäre.

Die Kritik des Flugblattes im ZA entwickelte sich vor allem an dem zweiten Abschnitt des Flugblattes: "Marxisten-Leninisten organisieren den Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhung". Es wurde kritisiert, daß hier die tatsächliche Bedeutung des Aktionskomitees auf völlig unglaubwürdige Art übertrieben wird, und daß diese Tatsache sich in widersprüchlichen Formulierungen im Flugblatt widerspiegelt. Unseres Wissens ist dieses Flugblatt das erste des Aktionskomitees; dennoch beginnt es mit der Feststellung: "Die Marxisten-Leninisten haben klar gesagt: Wenn die Fahrpreise erhöht werden, antworten wir mit einer Blockade." Es ist zwar richtig, daß das Aktionskomitee in einem internen Papier, das die Plattform des Komitees darstellt, die Blockade als Kampfmittel beschlossen hat. Aber vor den Massen hatten die Marxisten-Leninisten nicht klar gesagt, wenn die Fahrpreise erhöht werden, antworten wir mit einer Blockade. Vor die Massen trat das Aktionskomitee erst mit diesem Flugblatt. Deshalb ist es auch kein Wunder,

Die neue Taschenbuch-Reihe

Sammlung Luchterhand

Diese Reihe ist im Belletristischen auf der Höhe der Zeit und im Kritischen äußerst fortschrittlich: dies aber nicht als eine der vielen peripheren Erscheinungen modischer Orientierung, sondern im Grundsätzlichen wissenschaftlich und solid.
Heinz Ludwig Arnold, Hessischer Rundfunk

Im ersten Halbjahr 1971 erscheinen folgende Titel:

Band 15 Februar 1971

H.C. Artmann das suchen nach dem gestrigen tag

oder schnee auf einem heißen brotwecken. Eintragungen eines bizarren Liebhabers. DM 4,80

Band 16 Februar 1971

Eric J. Hobsbawm Sozialrebellen

Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert. Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 17 April 1971

Eugène Ionesco Der Schlamm/ Das große Massakerspiel

Zwei Stücke. Aus dem Französischen von Peter Gaus und Lore Kornell. Mit einer Dokumentation. DM 7,80

Band 18 Februar 1971

H.C.F. Mansilla Faschismus und eindimensionale Gesellschaft

DM 9,80

Band 19 Februar 1971

Helga Gallas Marxistische Literaturtheorie

Kontroversen im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 1. DM 9,80

Band 20 April 1971

Alexander Solschenizyn Hirsch und Hure

Theaterstück. Aus dem Russischen von Gisela Drohla. DM 4,80

Band 21 April 1971

Georg Lukács Die Seele und die Formen

Essays. DM 9,80

Band 22 April 1971

Hannes Heer Das Ende des Reformismus

Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933. DM 7,80

Band 23 April 1971

Adrian Hsia Die chinesische Kulturrevolution

Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft. DM 9,80

Band 24 Juni 1971

Kurt Marti Abratzky oder Die kleine Brockhütte

Nachträge zur weiteren Förderung unseres Wissens. Lexikon in einem Band DM 4,80

Band 29 April 1971

Hans G Helms/ Jörn Janssen Kapitalistischer Städtebau

Ungekürzte Sonderausgabe. DM 7,80

Band 25 Juni 1971

Jürgen Habermas Strukturwandel der Öffentlichkeit

Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Ungekürzte Sonderausgabe. DM 9,80

Band 26 Juni 1971

Miguel Angel Asturias Weekend in Guatemala

Acht Novellen. Deutsch von Lene Klein. DM 9,80

Band 27 Juni 1971

Michael Scharang Zur Emanzipation der Kunst

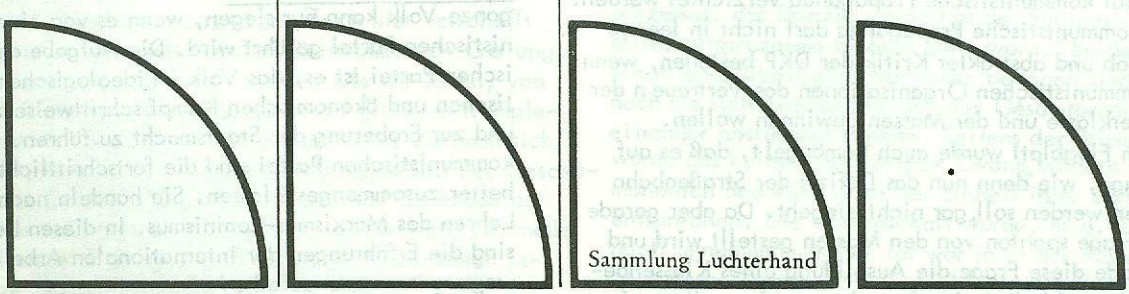
Essays. DM 4,80

Band 30 Juni 1971

Jean-Paul Sartre Intellektuelle in der Revolution

Deutsch von H. v. Nussbaum. DM 7,80

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten sie in Ihrer Buchhandlung.



daß die SPD-ler und DGB-ler im Rathaus von der Bildung des Komitees nur "Wind bekommen" haben konnten, denn öffentlich war das Komitee noch nicht hervorgetreten. Es ist auch sicher nicht richtig, daß die Ratsherren "deshalb zum Rückzug geblasen " haben; richtig ist vielmehr, daß sie den latenten Widerstandswillen der Massen fürchteten, der bei einer entschlossenen Führung durch das kommunistische Aktionskomitee zum offenen Kampf der Massen hätte werden können. Das Flugblatt erweckt den Eindruck, als hätten die Ratsherren bloß die Entschlossenheit der Marxisten-Leninisten gefürchtet und nicht den latenten Widerstandswillen der Massen, der die Entschlossenheit der Marxisten-Leninisten erst zur Gefahr werden läßt. Gerade diese Tatsache hätte das Flugblatt herausstellen müssen, anstatt so zu tun, als wäre die Entschlossenheit der Marxisten-Leninisten an sich eine Gefahr. Wenn die Marxisten-Leninisten einen solchen kraftmeierischen Eindruck bei den Massen machen wollen, so machen sie sich lächerlich bei den Massen, weil sie so tun, als wären sie unabhängig von den Massen ein Machtfaktor. Man kann zwar hoffen, daß es dem Aktionskomitee gelungen wäre und in Zukunft gelingen wird, den Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhung zu organisieren. Aber diese Hoffnung einfach als Tatsache vorauszusetzen ist falsch. Ansprüche, die noch nicht erfüllt sind, dürfen nicht schon als erfüllt dargestellt werden. Sonst gerät man in die Gefahr des Selbstbetrugs und des Betrugs der Massen. Am deutlichsten zeigt sich diese Gefahr in dem Satz :"N u r durch die Kampfbereitschaft der Marxisten-Leninisten wurde die SPD zum Rückzieher gezwungen." Solche Behauptungen sind völlig sinnlos, da sie den Massen notwendig als Angeberei erscheinen müssen, solange sich diese Kampfbereitschaft erst in der Gründung eines Komitees niedergeschlagen hat und dieses Komitee sich weder im Kampf bewährt noch auch nur öffentlich geäußert hat.

Doch ist es auch falsch , von einer bestehenden Einheit der Arbeiterklasse auszugehen und unter dieser Voraussetzung die DKP als Spalter der Einheit der Arbeiterklasse entlarven zu wollen. Diese Kennzeichnung der DKP ist zwar inhaltlich allemal richtig, aber sie ist derzeit nicht geeignet, die DKP konkret vor den Massen zu entlarven. Die DKP hätte nicht abstrakt gekennzeichnet, sondern an ihren einzelnen Schritten konkret entlarvt werden müssen. Wir meinen, daß die Straßenbahnaktionen nur auf Grundlage einer breiten Massenagitation erfolgreich durchgeführt werden können, die sich nicht nur an die fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterklasse richtet. In dieser Massenagitation darf freilich nicht auf kommunistische Propaganda verzichtet werden. Aber kommunistische Propaganda darf nicht in leerem Selbstlob und abstrakter Kritik der DKP bestehen, wenn die kommunistischen Organisationen das Vertraue n der Arbeiterklasse und der Massen gewinnen wollen.
An dem Flugblatt wurde auch bemängel t, daß es auf die Frage, wie denn nun das Defizit der Straßenbahn behoben werden soll, gar nicht eingeht. Da aber gerade diese Frage spontan von den Massen gestellt wird, und da gerade diese Frage die Ausbildung eines Klassenbewußtseins behindert, insofern sie von einer allgemeinen und gemeinsamen Verantwortung der Gesellschaft für ihre Einrichtungen ausgeht, darf sie nicht umschifft werden. Sie muß ausdrücklich entlarvt werden; nur dann läßt sich in der Agitation gegen die Fahrpreiserhöhung ein antikapitalistisches Bewußtsein entwickeln. Wenn es den Kommunisten nicht gelingt, die Massen davon zu überzeugen, daß die Frage nach dem Defizit falsch gestellt ist, dann wird auch die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Ideologie der Bourgeoisie nicht in Frage gestellt. Deshalb ist es auch falsch, daß die vereinbarten Parolen nicht in das Flugblatt aufgenommen und in ihm erläutert wurden.

Hinter den genannten Fehlern des Flugblattes, die wir offen und ehrlich diskutieren müssen, steht unseres Erachtens folgendes: Es besteht nicht genügend Klarheit darüber, daß es den Marxisten-Leninisten nur gelingen wird, die fortschrittlichsten Arbeiter zu organisieren, wenn sie in den Massen erfolgreich arbeiten. Für die Straßenbahnaktionen heißt dies: Nur wenn es den Marxisten-Leninisten gelingt, wirksam in den Massen für den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung zu agitieren, werden die fortgeschrittenen Arbeiter die Notwendigkeit erkennen, sich in einer marxistisch-leninistischen Organisation zu organisieren. Ohne die überzeugende Massenagitation werden die fortgeschrittenen Arbeiter keinen Sinn in einer Zusammenarbeit mit einer marxistisch-leninistischen Organisation sehen. Ja, eine Massenagitation, die im Grunde nur auf eine spekulativ konstruierte Schicht fortgeschrittener Arbeiter zielt, wird den tatsächlich fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse von uns abstoßen. Denn dieser wird die Notwendigkeit der Organisation nur einsehen, wenn er die Möglichkeit einer wirksamen Agitation in den Massen sieht".

Diese Kritik wurde im wesentlichen von allen Vertretern der beteiligten Organisationen akzeptiert. Wir hofften deshalb, daß die Fehler des Flugblatts nicht Ausdruck einer grundsätzlich falschen politischen Linie der beteiligten Organisationen gewesen wären, sondern vermeidbare Fehler. Wir hofften, daß ähnliche Fehler durch weitere solidarische Diskussion vermieden werden könnten. Als auf Vorschlag der KPD/ML (Roter Morgen) ein Maikomitee gebildet wurde, um eine zentrale Mai-Demonstration in Mannheim-Ludwigshafen durchzuführen, beteiligten wir uns an den Diskussionen dieses Komitees. Die formelle Mitarbeit in dem Mai-Komitee wurde uns durch den Verzicht der beiden KPD/ML - Gruppierungen auf eine formelle Führung ermöglicht.
In dem von der Gruppe Roter Morgen vorgelegten Entwurf einer Plattform, hieß es unter Punkt 5"Für den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei und für die Diktatur des Proletariats": "Das Proletariat und das ganze Volk kann nur siegen, wenn es von einer kommunistischen Partei geführt wird. Die Aufgabe der kommunistischen Partei ist es, das Volk im ideologischen, politischen und ökonomischen Kampf schrittweise zu einen und zur Eroberung der Staatsmacht zu führen. In der kommunistischen Partei sind die fortschrittlichsten Arbeiter zusammengeschlossen. Sie handeln nach den Lehren des Marxismus-Leninismus. In diesen Lehren sind die Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung zusammengefaßt.

Weil die DKP den Kommunismus verraten hat, ist der Aufbau einer neuen kommunistischen Partei zu einer

unbedingten Notwendigkeit geworden. Die ML-Organisationen haben damit begonnen."

Der Verzicht auf die sektiererische Behauptung, bereits die Partei des Proletariats zu sein, die der KPD/ML (Roter Morgen) nicht nur keine korrekte proletarische Bündnispolitik ermöglichte, sondern sie sogar daran hinderte, wenigstens mit anderen marxistisch-leninistischen Organisationen Aktionsbündnisse auf Basis der gegenseitigen Gleichberechtigung zu schließen, wurde von uns als Ausdruck innerorganisatorischer Klärungsprozesse verstanden, die wir durch unsere solidarische Mitarbeit im Maikomitee unterstützen wollten. Ausdrückliches Ziel der Maidemonstration in Mannheim -Ludwigshafen sollte sein, die Einheit der Marxisten -Leninisten zu demonstrieren und ihre Entschlossenheit, die Klassenkämpfe des Proletariats zu unterstützen. Auf die Propagierung des Führungs"anspruchs" einer bestimmten Organisation durch das Maikomitee sollte verzichtet werden. Dagegen blieb es den Organisationen, die sich im Maikomitee zusammengeschlossen hatten, freigestellt, mit ihrer eigenen Agitation und Propaganda zur Teilnahme an der gemeinsamen Maidemonstration des Maikomitees aufzurufen und hierbei auch die eigene Organisation als Teil des Bündnisses zu propagieren. Dies war eine solide Grundlage für ein Bündnis zur Durchführung einer gemeinsamen Maidemonstration der kom. Organisationen des Raumes Ludwigshafen - Mannheim - Heidelberg. Im Bündnis selbst mußte sich zeigen, ob auf der Grundlage einer klaren politischen Linie eine der beteiligten Organisationen die ideologische Führung in diesem Bündnis durchsetzen konnte.

Auch in der anderen neben der Frage des Parteiaufbaus und des Bündnisses zwischen kom. Organisationen entscheidenden Frage des Aktionsbündnisses, der Gewerkschaftsfrage, verzichtete die KPD/ML auf eindeutig sektiererische Positionen wie etwa die Propagierung roter Gewerkschaften und die Ablehnung der Zusammenarbeit mit und der Arbeit in Vertrauensleutekörpern etc.

Während sich die Vertreter unserer Organisation in diesen grundsätzlichen Fragen kompromißlos verhielten, und auf der Einhaltung der in der Plattform festgelegten Prinzipien bestanden, verhielten sie sich in anderen Fragen äußerst kompromißbereit. Als festgelegt worden war, daß die Reden im Maikomitee diskutiert und beschlossen würden, und daß sie im Namen des Maikomitees gehalten würden, verzichteten sie auf die Forderung nach einem eigenen Redner und erklärten sich damit einverstanden, daß zwei Vertreter der KPD/ML die Reden im Namen des Maikomitees hielten.
In der Diskussion der Parolen konnte sich das Maikommitee auf folgende Parolen einigen: "Die Krise beginnt - vereinigt Euch im Kampf gegen Lohnabbau, Kurzarbeit, Entlassungen." "Kampf dem Dreibund von Kapital - Staat - DGB-Apparat." "Gegen das Kapital und seine SPD-Regierung die geschlossene Kampffront der Arbeiterklasse!" "Es lebe der 1. Mai, der Kampftag der internationalen Arbeiterklasse." "Bauen wir eine starke marxistisch-leninistische Partei auf."

Lediglich bei der letzten Parole gab es ernstere Differenzen, insofern die KPD/ML-Gruppen gerne die Parole: "Bauen wir eine starke KPD/ML auf" durchgesetzt hätten. Diese Parole war die verwässerte Form der Parole, die der Rote Morgen in einem Extrablatt formuliert hatte: "Stärken wir die kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten." Während die Parole des Roten Morgen ganz ungebrochen den Anspruch der Aust-Gruppe ausdrückt, die Partei des Proletariats zu sein, die nur noch gestärkt werden muß, war die Parole der Mannheimer KPD/ML-Gruppe widersprüchlich insofern sie einerseits die Notwendigkeit des Aufbaus der proletarischen Partei anerkannte und gleichzeitig behauptete, dieser Aufbau bestünde nur in einer linearen Fortentwicklung der KPD/ML (Roter Morgen). War das Eingeständnis der Notwendigkeit des Aufbaus der proletarischen Partei ein Zugeständnis an unsere korrekte Auffassung der gegenwärtigen Etappe der Klassenkämpfe in Westdeutschland, so sollte doch gleichzeitig die proletarische Partei als in der KPD/ML schon existent behauptet werden. Auch in dieser wichtigen Frage des Bündnisses, die grundsätzlich in der gemeinsamen Plattform schon geklärt war, konnten wir uns schließlich durchsetzen. Die Parole "Bauen wir eine starke marxistisch-leninistische Partei auf" wurde als Parole des Maikommitees akzeptiert.

Auf der Grundlage dieser Parolen sollte nun ein gemeinsamer Aufruf zur Maidemonstration verfaßt werden. Ein erster Entwurf eines Vertreters der KPD/ML (ZB) wurde einstimmig abgelehnt. Auf Basis eines neuen Entwurfs der Vertreter der Gruppe NRF, der inhaltlich im wesentlichen unverändert blieb und der sich eng an die beschlossenen Parolen hielt, kam schließlich ein gemeinsamer Aufruf zustande. Der Druck dieses Aufrufes des Maikomitees in Mannheim wurde jedoch auf Initiative der KPD/ML (Roter Morgen) und ehemaligen Ortsgruppe der KPD/ML (ZB), nachdem 10 000 Exemplare fertiggestellt waren, eingestellt. Die KPD-ML war inzwischen zu der Ansicht gelangt, daß der Aufruf des Maikomitees durch einen Aufruf der KPD/ML und die gemeinsame Demonstration des Maikomitees durch eine Demonstration der KPD/ML ersetzt werden müßte. Damit war das Maikomitee gesprengt.

Wie kam es zu dieser Wendung der KPD/ML
Wahrscheinlich war es der KPD/ML (Roter Morgen), auf deren Initiative die Gründung des Maikomitees zustande kam, von vornherein vor allem auf ein Bündnis mit der Ortsgruppe der KPD/ML (ZB) angekommen. Einerseits, um zwei getrennte Minidemonstrationen von Organisationen gleichen Namens zu vermeiden, andererseits, um in der Ortsgruppe der ZB-Linie zu diesem Zeitpunkt schon vorhandene Abspaltungstendenzen vom ZB zu verschärfen. Parallel zur Arbeit des Maikomitees vollzog sich diese Abspaltung der Ortsgruppe Mannheim/Ludwigshafen vom ZB. Cirka 14 Tage vor dem 1. Mai war dieser Abspaltungsprozess vollzogen und beide Gruppierungen bereiteten den Anschluss der ehemaligen ZB-Ortsgruppe und des KJVD an die ZK-Ortsgruppe vor. Offensichtlich wurde ihnen gleichzeitig das Bündnis mit den anderen kommunistischen Organisationen gleichgültig, zumal ihnen unsere Gruppe, der einzige quantitativ und qualitativ relevante Bündnispartner, in Mannheim und Ludwigshafen, wo wir nicht verankert sind, kaum direkt in die Quere kommen und (wie das im Verständnis dieser seltsamen Marxisten-Leninisten wohl aussieht) keine Konkurrenz machen

konnten. Weil sich die beiden Gruppierungen der KPD/ML ausserhalb des Maikomitees zusammengeschlossen hatten, verlor die Arbeit im Maikomitee für sie jede Bedeutung, zumal sie im Maikomitee ihre sektiererischen Positionen nicht durchsetzen konnten.

Das hatte sich kurz vor der Sprengung des Maikomitees durch die KPD/ML noch einmal deutlich gezeigt. Die KPD/ML (Roter Morgen) hatte in der 2.Nummer ihrer Betriebszeitung bei BASF entgegen den Abmachungen des Maikomitees die geplante Demonstration in Ludwigshafen als Demonstration der KPD/ML propagiert. Als der Vertreter der KPD/ML im Maikomitee deshalb von uns zur Rede gestellt wurde, übte er Selbstkritik und bezeichnete das Verhalten seiner Organisation gegenüber dem Maikomitee als putschistisch. Putschistische Fehler sind kleinbürgerliche Fehler. Der weitere Inhalt der Selbstkritik des Vertreters der KPD/ML ließ freilich erkennen, daß das Maikomitee auch in Zukunft durch solche putschistischen Fehler der KPD/ML ständig gefährdet sein würde. So meinte der Vertreter der KPD/ML, das Verhalten seiner Organisation sei deshalb putschistisch gewesen, weil es den Massen vorausgeeilt sei. Die Massen waren für ihn die anderen am Bündnis beteiligten kommunistischen Organisationen. Damit hatte es aber noch nicht sein Bewenden: der Vertreter der KPD/ML verglich im weiteren das Bündnis zwischen diesen Organisationen und seiner Organisation mit dem Bündnis des Proletariats mit der Nationalbourgeoisie in der nationaldemokratischen Revolution, woraus natürlich jederzeit die Rechtfertigung abgeleitet werden konnte, den "Klassengegner", also die anderen kommunistischen Organisationen übers Ohr zu hauen. Diese Selbstkritik wurde natürlich von uns inhaltlich zurückgewiesen. Wir wiesen darauf hin, daß die dieser Selbstkritik zugrundeliegende prinzipielle Fehleinschätzung des Bündnisses die Ursachen der putschistischen Fehler nicht benenne und ähnliche Fehler keineswegs verhindern könne, sondern im Gegenteil immer wieder provozieren müsse. Dennoch hielten wir das Bündnis aufrecht, weil der Vertreter der KPD/ML fest zusagte, sich in Zukunft an die Abmachungen des Maikomitees zu halten. Sonderlich überraschen konnte uns das unmittelbar folgende Verhalten der jetzt vereinigten KPD/ML-Ortsgruppen freilich nicht.

In der letzten Sitzung des Maikomitees, der nach der Verhinderung des Drucks des gemeinsamen Maiaufrufs nur noch liquidatorische Funktion zukommen konnte, legte ein Vertreter der ehemaligen Ortsgruppe der ZB-Linie folgende Stellungnahme vor:

"Erklärung der Mannheimer Gruppe der KPD/ML - ehemals ZB

Diese Erklärung ist Ergebnis mehrerer Diskussionen mit den Genossen der KPD/ML (ZK). Sie enthält 2 Teile. Zum einen eine Selbstkritik, zum andern die Kritik an einer wesentlichen Seite der pol. Linie des Maikomitees - nämlich der organisatorische Perspektive, die das Maikomitee in seiner Agit. und Prop. eröffnet.

Zur Selbstkritik: Hier müssen wir eingestehen, daß wir in unserem Verhalten gegenüber dem Maikomitee Fehler begangen haben. So haben wir z.B. zu den Sitzungen des Kommitees öfter verschiedene Vertreter entsandt, die mit der Diskussion nicht vertraut waren. Weiterhin blieben unsere Vertreter sehr oft ohne genaue Anweisung, so daß es ihnen unmöglich war, einen korrekten pol. Standpunkt zu beziehen. Die Ursachen für diese Fehler sind vor allem in zwei Punkten zu sehen.

1. Wir schätzten das Komitee als Aufgabe ein, die mit einer Hand zu erledigen sei.
2. Wir waren in den vergangenen Wochen beinahe ausschließlich mit der Auseinandersetzung LAK-ZB beschäftigt.

Diese Fehler haben mit dazu beigetragen, daß die pol. Linie des Maikomitees in der Organisationsfrage unklar und verwässert wurde. Die Grundlage der falschen Behandlung der Organisationsfrage ist schon in der einstimmig angenommenen Plattform zu suchen. Hier wird nicht davon ausgegangen, und klipp und klar gesagt, daß die KPD/ML die Führerin des Kampfes der Arbeiterklasse ist, und daß sie in der Vorbereitung sowie Gestaltung des 1.Mai als die Partei der Arbeiterklasse zu propagieren ist. Im Gegenteil, hier wird so getan, als ob sämtliche im Komitee vertretenen Organisationen gemessen sowohl an ihrem Anspruch als auch an ihrer Praxis gleichberechtigt seien.

Das führte dann in Abirrung von der richtigen Linie zu folgendem Kompromiß. Einerseits wird abstrakt zum Aufbau einer starken ML-Partei aufgerufen, andererseits wird auf den Kundgebungen jedes Propagieren einer Organisation oder Partei unterlassen. Diese rechte Abweichung kann aber nur dazu führen, daß selbst die fortschrittlichen Kollegen noch einmal in verantwortungsloser Weise verwirrt werden. Hier Agit und Prop des Maikomitees, das zum Aufbau einer starken ML-Partei aufruft, daneben Agit. und Prop der Partei, die mit beinahe denselben Inhalten die Kollegen bei sich zu organisieren versucht.

Wir meinen dagegen, daß es nicht ausreicht, zum ersten Mai eine antigewerkschaftliche und antirevisionistische Agit und Prop zu entfalten, sowie Demonstr. und Kundgebungen mit demselben Charakter zu veranstalten, sondern gerade hier muß ganz klar als organisatorische Alternative die KPD/ML und ihre Notwendigkeit aufgezeigt werden. Wir meinen weiterhin, daß jede im Maikomitee vertretene Org. sich in dieser Frage der KPD/ML unterordnen und den Aufbau der Partei unterstützen sollte. Unbeschadet aller Widersprüche, die einen organisatorischen Anschluß an die Partei für jetzt oder für längere Zeit unmöglich machen.
Wir sind der Überzeugung, daß so den Kämpfen der Arbeiterklasse am meisten genutzt wird. Wir schlagen daher vor: daß die Vorbereitung und Gestaltung des 1.Mai sowohl in Ma. als auch in Lu. unter dem Namen der KPD/ML erfolgt. Weiterhin sollte bei zukünftigen Aktionsbündnissen ähnlichen Inhaltes sicher sein, daß die KPD/ML als Organisation der Arbeiterklasse propagiert wird."

Besser konnte der sektiererische Charakter der KPD/ML kaum zum Ausdruck gebracht werden. Zuerst wird gezeigt, daß sich die ehemalige Ortsgruppe des ZB (und in dieser Hinsicht unterschied sie nichts von der Ortsgruppe des ZK) die Vorbereitung des 1.Mai leichtsinnig gehandhabt hat. Das ist die Selbstkritik. Daraus wird gefolgert, daß sich die anderen Organisationen von vornherein hätten der KPD/ML unterordnen müssen, weil sie die Partei des Proletariats ist. Das müßte jetzt schleunigst geschehen. Das ist die saubere Logik von kleinbürger-

basis

Studienausgaben

Leo Trotzki
Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?
296 Seiten, kartoniert 9,- DM

Franz Neumann
Demokratischer und autoritärer Staat
240 Seiten, kartoniert 6,- DM

Roman Rosdolsky
Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ›Kapital‹ I/II
Band I 202 Seiten, Band II 338 Seiten, kartoniert, je Band 6,- DM

Soziologische Exkurse
184 Seiten, kartoniert 6,- DM

(A. Neuberg), Hans Kippenberger, M. N. Tuchatschewski, Ho Chi Minh u. a.
Der bewaffnete Aufstand
ca. 344 Seiten, kartoniert 9,- DM

Leo Trotzki
Ergebnisse und Perspektiven Die permanente Revolution
ca. 320 Seiten, kartoniert 9,- DM

Hermann Weber
Die Wandlung des deutschen Kommunismus
408 Seiten, kartoniert 9,- DM

Karl Korsch
Die materialistische Geschichtsauffassung und andere Schriften
ca. 200 Seiten, kartoniert 6,- DM

Arthur Rosenberg
Demokratie und Sozialismus
312 Seiten, kartoniert 9,- DM

Alfred Schmidt
Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx
ca. 200 Seiten, kartoniert 6,- DM

Europäische Verlagsanstalt

lichen Usurpatoren. Die Behauptung, daß die fortschrittlichsten Kollegen durch das Maikomitee verwirrt worden wären, ist natürlich Unsinn. 1. hatte jede Organisation das Recht, eine selbständige Maiagitation zu betreiben und darin den Zusammenschluß im Maikomitee zu begründen 2. wenn die fortschrittlichen Arbeiter dennoch durch das Maikomitee hätten verwirrt werden können, zeigt das bloß die mangelnde Verbindung der KPD/ML mit den fortgeschrittenen Arbeitern Mannheims; das aber heißt halt 3. daß das Maikomitee niemanden verwirren konnte, außer ein paar ohnehin verwirrten Köpfen, die meinen, sie müßten für ihren Zirkel ausgerechnet im Interesse des Proletariats bei jeder Gelegenheit die formelle Führung beanspruchen um damit jedes Aktionsbündnis zu verhindern. In einem Aktionsbündnis kann es keine formelle Führung geben, sondern die ideologisch fortgeschrittenste Organisation erkämpft sich die ideologische Führung. Das aber war der KPD/ML nicht gelungen und deshalb putschte sie - natürlich im Namen des Proletariats. Es ist klar, daß der ausdrückliche Anspruch auf formelle Führung jedes Aktionsbündnis, das nur auf dem Boden der formellen Gleichberechtigung basieren kann, unmöglich machen muß. Was sich am Ende der Erklärung als harmloser Vorschlag äußert, war in Wirklichkeit nicht nur die nachträgliche Rechtfertigung der schon erfolgten Sprengung des Maikomitees, sondern die Verhinderung aller zukünftigen Aktionsbündnisse, denn es ist klar, daß es nicht die Aufgabe eines Aktionsbündnisses verschiedener kom. Organisationen sein kann, eine dieser Organisationen als Partei des Proletariats zu propagieren. Zeigten sich so in der Erklärung wider all die alten sektiererischen Fehler in der Parteifrage und in der Frage von Bündnissen zwischen kommunistischen Organisationen, so ist es auch kein Wunder, daß behauptet wird, es reiche nicht aus, eine "antigewerkschaftliche" Agitation und Propaganda zu betreiben, sondern man müsse als organisatorische Alternative die KPD/ML propagieren. Das ist der Gipfel des Sektierertums. Ein Sektierertum, das wir innerhalb des Maikomitees lange erfolgreich bekämpften, das aber, sobald die KPD/ML unkontrolliert und selbständig die Agitation und Propaganda bestimmte, wieder zum Durchbruch kam. So wurde z.B. in einem Flugblatt der Roten Garde zu der der KJVD inzwischen geworden war, zum Aufbau neuer Gewerkschaften aufgerufen. In dem Flugblatt der KPD/ML heißt es, ohne der Arbeit in den Gewerkschaften und der Notwendigkeit der Unterstützung der gewerkschaftlichen Opposition auch bloß Erwähnung zu tun:
"Weil die D"K"P den Kommunismus verraten hat, haben die klassenbewußten Arbeiter mit dem Aufbau einer neuen kommunistischen Partei, der KPD/Marxisten-Leninisten, begonnen. Die KPD/ML baut jetzt in allen Großbetrieben Rote Betriebsgruppen auf. In ihnen vereinen sich alle die Kollegen, die einen entschlossenen Kampf für die Interessen der Arbeiter in ihrem Betrieb führen wollen. In Diskussionsrunden können die Kollegen die Politik der KPD/ML und der Roten Betriebsgruppen kennenlernen.

Kolleginnen und Kollegen, kommt zu den Diskussionsrunden und organisiert euch in den Roten Betriebsgruppen der KPD/ML!"

Das müssen seltsame klassenbewußte Arbeiter sein, die die Notwendigkeit der innergewerkschaftlichen Opposition nicht sehen und statt dessen Betriebsgruppen der Partei aufbauen, um für die ökonomischen Arbeiterinteressen zu kämpfen.

Wohin eine solche Politik führt, zeigte der Hauptsprecher der KPD/ML auf der Kundgebung in Mannheim. Diese Kundgebung an der genau 98 Leute, davon ein großer Teil Studenten teilnahmen, verlief parallel zu einer Kundgebung des DGB mit Otto Brenner, an der ca. 4000 Arbeiter, zum großen Teil bewußte und vielfach oppositionelle, vor allem auch junge Gewerkschafter teilnahmen. (1) Der Hauptsprecher der KPD/ML beschimpfte nun diese Arbeiter und schwätzte elitär daher, mit diesen Arbeitern, die dem DGB nachliefen, wolle die KPD/ML nichts zu tun haben. Deshalb würde es auch nichts ausmachen, daß an ihrer Kundgebung weniger Arbeiter teilnehmen, als an der DGB-Kundgebung. Über solche Gegner kann sich der DGB allerdings nur freuen. Durch solche Reden erfährt aber auch der Satz aus dem zentralen Aufruf des Roten Morgen die adäquate, elitäre und massenfeindliche Interpretation: "Die da am 1. Mai unter roten Fahnen demonstrieren, sind die Besten, ist die Vorhut unseres Volkes." Dafür, daß am 1. Mai wirklich nur die "Allerbesten" mit der KPD/ML demonstrieren, nämlich die, die sich schon in ihr organisiert haben, sorgt die Bündnispolitik der KPD/ML und ihre massenfeindliche Beschimpfung der Arbeiter, die die Gewerkschaften immer noch für ihre Klassenorganisationen halten.

Wir zitieren im Folgenden den Schlußabschnitt einer Erklärung Mannheimer Genossen, die die Erfahrungen der Zusammenarbeit mit der KPD/ML im Maikomitee zusammenfassen:

KPD/ML - die Partei des Proletariats?
Die KPD/ML ist nicht die "Partei des Proletariats", sondern bestenfalls ein Sammelsurium verschiedener Zirkel (Ortsgruppen). Dies zeigt sich daran, daß sie ihren Führungsanspruch nicht in den ideologischen Auseinandersetzungen erringen kann, sondern ihn immer wieder administrativ herstellen muß. Wir gehen davon aus,

---

(1) Wir hatten von vornherein Bedenken gegen eine Demonstration parallel zur DGB-Demonstration geäußert, diese aber schließlich zurückgestellt, weil kein anderer Termin möglich zu sein schien, weil der Termin der Demonstration in Ludwigshafen schon festgelegt war, die Zusammensetzung der DGB-Demonstration uns gegenüber von den Mannheimer Genossen falsch prognostiziert worden war und weil unsere Organisation sich nur an der zentralen Demonstration in Ludwigshafen beteiligen sollte. Kenner Mannheimer Verhältnisse bestätigten nachträglich unsere Bedenken: unter den 98 Leuten war kein neues Gesicht und manche waren nur als Beobachter gekommen.
Die Demonstration in Ludwigshafen war größer (ca. 500 Leute) als in Mannheim, dies aber nur, weil alle KPD/ML Gruppen aus dem ganzen Raum Rheinland-Pfalz und Baden - Württemberg zusammengekommen waren. Eine Mobilisierung von politisch nicht organisierten Arbeitern aus Ludwigshafen gelang auch hier in keiner Weise.

daß es zu einer Parteigründung objektiver Bedingungen bedarf.

Auf der einen Seite ist die Erarbeitung der revolutionären Theorie noch nicht so weit fortgeschritten, um ein nationales Programm erstellen zu können, das Grundlage einer einheitlichen Politik der Partei sein muß. Andererseits kann der Anspruch, "Partei des Proletariats" zu sein, nicht abstrakt proklamiert werden, sondern er muß sich konkret in der schrittweisen Verankerung in den Massen und der Anerkennung durch Teile der Arbeiterklasse einlösen.

"Ohne die richtige Politik der Partei, die durch die Erfahrung des Kampfes der Massen bekräftigt wird, und ohne das Vertrauen der Arbeiterklasse gibt es keine wirkliche Führung durch die Partei und kann es sie auch nicht geben." (Stalin)

Das Bedürfnis nach einem verbalen Führungsanspruch entsteht gerade dann, wenn eine Gruppierung weder eine richtige politische Konzeption noch das Vertrauen der Massen hat, um den Anspruch einer Avantgarde in der Praxis einzulösen.

Wenn die KPD/ML von ihrem "Führungsanspruch" redet, so sagen wir: die KPD/ML hat eingestandenermaßen noch nicht einmal ein politisches Programm, noch nicht einmal Vorstellungen zu einer revolutionären Strategie und Taktik für die BRD. Wie will sie da irgendjemand "führen", und auf welchen Weg?

Wenn die KPD/ML behauptet, daß sie "den Kampf der gesamten Arbeiterklasse leitet, so sagen wir:"Die Partei kann die Massen nicht führen, wenn sie nicht mit den parteilosen Massen verbunden ist, wenn es keine engen Verbindungen zwischen Partei und parteilosen Massen gibt, wenn diese Massen ihre Führung nicht anerkennen, wenn die Politik bei den Massen keinen moralischen und politischen Kredit hat."(Stalin)

Wenn die KPD/ML behauptet, es sei gegenwärtig "die wichtigste Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter.. den Aufbau der KPD/ML zu unterstützen", so sagen wir: es ist eine zentrale Aufgabe aller klassenbewußten Arbeiter an der Schaffung der kommunistischen Partei teilzunehmen. Es ist nicht Aufgabe klassenbewußten Arbeiter, diesen oder jenen programm- und konzeptionslosen Zirkel zu unterstützen .

Diese Zirkel widersetzen sich mit ihrem Anspruch, bereits jetzt "die Führung zu haben" und "die Arbeiterklasse zu leiten", der langwierigen und mühsamen Aufgabe der Schaffung der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse. Wer in dem Wahn lebt, die Avantgarde der Arbeiterklasse zu sein, wird natürlich an der Schaffung einer wirklichen Avantgarde der Arbeiterklasse nicht teilnehmen, wird daran nicht einmal interessiert sein. Er wird vielmehr seine eingebildeten Ansprüche mit allen Mitteln gegen die Kommunisten verteidigen, die in der Realität den Aufbau einer revolutionären Partei anpacken.

Die jetzige Etappe des Parteiaufbaus ist gekennzeichnet durch die ideologische und organisatorische Vereinheitlichung der kommunistischen Zirkel auf der Basis des

Achten Sie auf Reihe Hanser

Eldridge Cleaver/Lee Lockwood
Gespräche in Algier
Band 58. Ca. 7.80 DM

Hermann Schürrer
Europa: Die Toten haben nichts zu lachen
Band 59. Ca. 5.80 DM

Paul Lüth
Ansichten einer künftigen Medizin
Band 60. Ca. 7.80 DM

Wolf Lepenies/Helmut Nolte
Kritik der Anthropologie
Marx und Freud. Gehlen und Habermas. Über Aggression. Band 61. Ca. 7.80 DM

Witold Wirpsza
Der Mörder
Erzählungen. Band 62. Ca. 5.80 DM

Verwaltete Musik
Analyse und Kritik eines Zustandes. Herausgegeben von Ulrich Dibelius. Band 63. Ca. 7.80 DM

Die Unterhaltung der deutschen Fernsehfamilie
Ideologiekritische Untersuchungen. Herausgegeben von Friedrich Knilli. Band 64. Ca. 7.80 DM

Alain Labrousse
Die Tupamaros
Stadtguerilla in Uruguay. Band 65. Ca. 9.80 DM

Die Tabus der bundesdeutschen Presse
Aufsätze von L. Gothe, R. Kippe, K. P. Kisker, H. D. Müller, H. Ostermeyer, H. Schweppenhäuser, A. Skriver, U. Sonnemann, R. Sülzer, G. Wallraff. Herausgegeben von Eckart Spoo. Band 66. Ca. 9.80 DM

Michael Hatry
Aus lauter Liebe
Band 67. Ca. 5.80 DM

Leo Navratil
a + b leuchten im Klee
Psychopathologische Texte. Band 68. Ca. 7.80 DM

Das Rechtskartell
Reaktion in der Bundesrepublik. Herausgegeben von Harald Jung und Eckart Spoo. Band 70. Ca. 7.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Marxismus-Leninismus, ihrer Verschmelzung mit den fortgeschrittensten Elementen der Arbeiterklasse und der Verwurzelung des so entstehenden Parteikeims in der Arbeiterklasse. Es ist klar, daß bei der derzeitigen Entwicklung der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung, die Gründung einer kommunistischen Partei nichts als ein illusionärer Kraftakt ist.

Wir halten die Politik der KPD/ML für gefährlich und meinen, daß sie damit der marxistisch-leninistischen Bewegungen mehr schadet als nützt. Man wird daher diesen Zirkel als das was er ist, entlarven und ihm in Mannheim eine praktische Alternative entgegenstellen müssen."

DOKUMENTE zur IMPERIALISMUSTHEORIE NR.1

N. BUCHARIN

DER IMPERIALISMUS UND DIE AKKUMULATION DES KAPITALS

3,20

Bestellungen an Caro - Druck GBR

69 Heidelberg

Bahnhofstr. 17

Für Wiederverkäufer und Organisationen

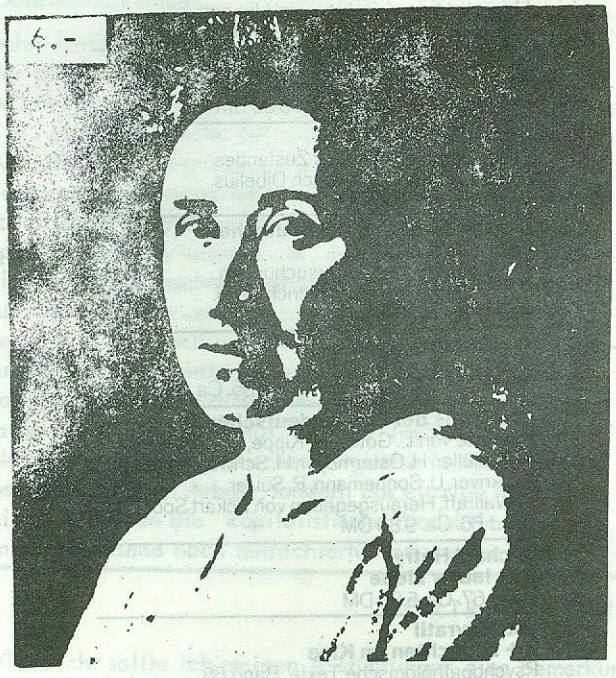
Rabatte gemäß VLB-Richtlinien

Dokumente zur Imperialismustheorie Band 2

Texte von de Vries/Herzenstein/Sternberg/ Grossmann/Goldstein/Tolonski-Novitzki-Jacobsohn/Varga/Benedict

CARO-Reprint **DM 6,-**

Rosa Luxemburg



Einführung in die Nationalökonomie

ILLUSTRIERTE GESCHICHTE DES BÜRGERKRIEGS IN RUSSLAND 1917 - 21

CARO-REPRINT **DM 15.**

Programmatische Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum

VORBEMERKUNG

Die hier vorgelegte programmatische Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum ist das Ergebnis der Generaldebatte der Gruppe am 17./18.4.1971 und 24./25.4.1971 in Heidelberg.

Obwohl die Tendenz innerhalb der westdeutschen sozialistischen Intelligenz falsch ist, den Begriff "Kommunist" und vor allem den Begriff "Kommunistische Partei" zu mystifizieren, ist es wichtig, den notwendig beschränkten Inhalt der programmatischen Erklärung eines lokal beschränkten, kommunistischen Zirkels, der in seiner Mehrheit aus Intellektuellen besteht, im Gegensatz zum Programm der kommunistischen Partei des Proletariats von vorneherein klar zu machen. Diese Beschränkungen ergeben sich weniger aus Mängeln der theoretischen Kenntnis des Marxismus-Leninismus, als aus dem Mangel an praktischer Erfahrung in den Klassenkämpfen des Proletariats. Nicht zufällig konnte Marx z.B. die Notwendigkeit und die Form der Diktatur des Proletariats in ihren allgemeinen Zügen erst aufgrund der historischen Erfahrung der Pariser Kommune formulieren.

Die Beschränkung unserer programmatischen Erklärung ergibt sich also vor allem aus dem Charakter unserer Organisation als kommunistischem Zirkel, der zudem lokal beschränkt ist: Mangelnde Erfahrung in den Klassenkämpfen des Proletariats, mangelnde Verbindung mit den proletarischen Massen.

Das sind keine subjektiven Fehler, sondern objektive Bedingungen, die unsere programmatische Erklärung nicht leugnen darf, sondern reflektieren muß. Wenn wir uns organisieren, um die gegenwärtigen Kämpfe des Proletariats zu unterstützen und zum Aufbau der Partei des Proletariats beizutragen, dann dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, als sei unsere Organisation eine Keimform der Partei des Proletariats, aus der diese organisch "herauswachsen" würde. Im Gegenteil wird es noch wesentlicher ideologischer Korrekturen und organisatorischer Brüche bedürfen, bevor einzelne von uns oder unsere Gruppe Teil der Partei des Proletariats werden können. Diese ideologischen Korrekturen und organisatorischen Brüche werden durch die Entwicklung der Klassenkämpfe des Proletariats erzwungen werden und durch unseren festen Willen, diese Klassenkämpfe zu unterstützen. Die Partei des Proletariats wird aufgebaut werden in der Dialektik von kommunistischen Zirkeln und fortgeschrittenen Teilen der Arbeiterklasse, in der sich kommunistische Kader herausbilden.

Der Beitrag von Intellektuellen und kommunistischen Zirkeln zum Aufbau der Partei darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Aufbau der Partei hauptsächlich vom Aufbau proletarischer Kader bestimmt wird. Die programmatische Erklärung muß die Form von Thesen haben. Der Charakter der Thesen ist begrenzt. Dies kommt in der Thesenform selbst zum Ausdruck und dadurch, daß wir einerseits eine klare politische Stellung beziehen, wo uns dies möglich, andererseits Elemente einer allgemeinen Analyse und Fragestellungen entwickeln, wo uns dies notwendig erscheint. Diese Thesen behandeln ausgehend von einem Beitrag zur Einschätzung des Imperialismus und der Übergangsgesellschaften einzelne für die Klassenanalyse der westdeutschen Gesellschaft und unsere politische Arbeit besonders wichtige Fragen. Sie stellen nicht die Klassenanalyse selbst dar und berühren zahlreiche für das Verständnis der westdeutschen Klassengesellschaft und eine revolutionäre Strategie bedeutsame Gebiete nicht. (Einschätzung des Faschismus, soziale Verschiebungen im Proletariat, nichtproletarische Klassen). Die Thesen der NRF-Gruppe sollen die politische Linie für die Praxis der Gruppe bestimmen und die dringendsten theoretischen Aufgaben. Die Thesen geben Auskunft über unseren politischen Standpunkt und sind Grundlage für Auseinandersetzung und Bündnispolitik mit anderen Gruppen in der BRD und Westberlin.

6.5.71
Zentralausschuss der Gruppe Neues Rotes Forum

ROTE ROBE

Offizielles Organ des Südwestdeutschen Referendarverbandes - Vereinigung der Gerichtsreferendare in Baden - Württemberg

Aus dem Inhalt von Heft 2/71:

- Rechtsleben in Südafrika
- Rechtsstaat und sozialer Wandel
- Staatsanwaltschaft und Gewaltenteilung
- Thesen zum Arbeitsrecht

Probeheft und Abonnement (6 Hefte im Jahr für DM 8.40 incl. Porto) bei:

ROTE ROBE - VERLAG
69 Heidelberg, Blumenstr. 15

Die gegenwärtige Epoche des internationalen Klassenkampfs

I.

Die gegenwärtige Epoche des internationalen Klassenkampfes ist gekennzeichnet durch die imperialistische Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus und durch den Aufbau des Sozialismus in einigen der volkreichsten Länder der Welt. Die Hauptwidersprüche dieser Epoche des internationalen Klassenkampfes sind:

- der Widerspruch zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse in den imperialistischen Metropolen
- der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten
- der Widerspruch zwischen den ausgebeuteten und unterdrückten Völkern und dem Imperialismus
- der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den Übergangsgesellschaften, die mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen haben
- der Widerspruch zwischen den Übergangsgesellschaften und der Widerspruch zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weg in den Übergangsgesellschaften

Von diesen allgemeinen Widersprüchen der gegenwärtigen Epoche, ihrer Form und ihrem gegenseitigen Verhältnis ausgehend, müssen die einzelnen Fragen des Klassenkampfes konkret untersucht und beantwortet werden. Dabei ist die Anwendung der marxistisch-leninistischen Methode unerlässlich.

II.

Durch die Enteignung der unmittelbaren Produzenten hat die kapitalistische Produktionsweise das Proletariat geschaffen, das in seinem Kampf gegen das Kapital die klassenlose Gesellschaft errichten wird. Das Kapital hat durch die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte nicht nur die objektiven Bedingungen für eine klassenlose Gesellschaft geschaffen; durch die Entwicklung dieser Produktivkräfte auf antagonistischer Grundlage, durch die ständige und erweiterte Reproduktion des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital, von Proletariat und Kapitalistenklasse, hat es auch eine Klasse hervorgebracht, die sich selbst nur befreien kann, indem sie die Klassengesellschaft überwindet, d.h. die Gesellschaft von der Klassenherrschaft befreit.

Der Aufschwung der Klassenkämpfe in Westeuropa in den letzten Jahren widerlegt eindeutig das leere Geschwätz derer, die hofften oder fürchteten, es sei der Bourgeoisie gelungen, ihren Hauptfeind, das Proletariat, zu integrieren oder ideologisch endgültig zu unterwerfen. Nach einer Reihe der Niederlagen des Proletariats im Faschismus und nach dem 2. Weltkrieg bereitet sich das Proletariat heute auf einen neuen Ansturm auf die Herrschaft der Bourgeoisie vor. Die Klassenkämpfe in Frankreich vom Mai 1968, die permanenten Klassenkämpfe in Italien, die Streikbewegung in England und die Septemberstreiks in der BRD sind die deutlichsten Anzeichen dieses neuen Kampfwillens der Arbeiterklasse. Diese Verschärfung der Klassenkämpfe in Westeuropa muß im Zusammenhang mit der Verschärfung der ökonomischen Widersprüche innerhalb der imperialistischen Staaten gesehen werden.
(s. den anschließenden Programmpunkt.)

III.

Die Entwicklung der Produktivkräfte auf der Grundlage der notwendigen Beschränkung der Konsumptionskraft der Gesellschaft und der notwendigen Disproportionalität der verschiedenen Produktionszweige trieb das Kapital zur ständigen Ausdehnung des kapitalistischen Warenmarktes und zur Herstellung des kapitalistischen Weltmarkts. Die Jagd nach einer möglichst hohen Profitrate zwang die Kapitalisten nicht nur zur Ausdehnung des Marktes ihrer Produkte, sondern auch zur ständigen Ausdehnung der Sphäre ihrer Produktionsweise. Der kapitalistische Warenmarkt beschleunigte oder bewirkte überhaupt erst die Auflösung vorkapitalistischer Produktionsweisen, verwandelte die menschliche Arbeitskraft in eine Ware und unterwarf sie dem Joch des Kapitals. Die revolutionäre Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung der Einheit der Welt durch den kapitalistischen Weltmarkt waren die historischen Aufgaben des Kapitalismus auf dem Wege zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, die direkt und unmittelbar über die gesellschaftliche Produktion verfügt. Diese Aufgaben sind seit dem Ende des 19. Jahrhunderts im wesentlichen erfüllt. Mit der Herstellung des Weltmarktes ist der Kapitalismus in seine imperialistische Epoche eingetreten. Die verschiedenen nationalen Kapitale hatten nicht länger die Möglichkeit, neue Kolonien (politisch und territorial) ihrem Herrschaftssystem zu unterwerfen. Dadurch wurde ihnen auch die Möglichkeit erschwert, durch (ökonomische) Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise auf Kosten vorkapitalistischer Produktionsweisen die inneren Widersprüche der Akkumulation des Kapitals und die Überproduktionskrisen zu entschärfen. Dies traf damals vor allem auf das deutsche und US-Kapital zu. An die Stelle der allseitigen und relativ widerspruchsfreien Ausdehnung des Kapitalismus in die ganze Welt trat der Kampf um die Umverteilung der Welt. Der erste und zweite Weltkrieg sind der Ausdruck der verschärften Konkurrenz unter den imperialistischen Hauptmächten, die immer wieder zum bewaffneten Konflikt drängte.

Im zweiten Weltkrieg versuchte der deutsche Imperialismus, das Ziel imperialistischer Eroberungen mit der Zerschlagung des Sozialismus in der Sowjetunion zu verbinden.

Lenin hat in seiner Analyse des Imperialismus auf diese Notwendigkeit der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Staaten hingewiesen, die sich aus der Ungleichzeitigkeit ihrer Entwicklung ergibt. Diese Leninsche Einsicht ist durch die seitherige Entwicklung nicht widerlegt worden. Allerdings aber ist die Form der Auseinandersetzung zwischen den imperialistischen Staaten durch folgende Tatsachen zumindest vorübergehend an einer direkten kriegerischen Konsequenz gehindert worden:

1. durch den Beginn des Aufbaus des Sozialismus in einem großen Teil der Welt, der eine einheitliche Abwehrschlacht aller imperialistischen Staaten gegen die weitere Ausdehnung der nicht mehr kapitalistischen Gesellschaften erfordert;
2. durch die in zwei imperialistischen Kriegen errungene Vorherrschaft der USA innerhalb des imperialistischen Staaten-

systems, die vorerst durch keinerlei kriegerische Auseinandersetzung revidierbar ist.

Diese Tatsachen konnten freilich n icht verhind ern, daß sich auch heute die imperialistische Konkurrenz mit allen Mitteln austobt, die teils friedlich in ausgedehnten Handelskriegen um die Ausdehnung der Kapitalanlagesphären, teils in politischen und militärischen Konflikten zwischen abhängigen Regierungen und Cliquen in Form von Putschs oder regional begrenzten Kriegen ihren Ausdruck finden.

IV.

Der Imperialismus hat die Ausbeutung und Unterdrückung der zurückgebliebenen Länder gewaltig verschärft und auf die Spitze getrieben. Gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der ganzen Welt durch einige reiche Nationen haben sich die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas erhoben. Ihr jahrhundertelanger Abwehrkampf gegen die kapitalistische Durchdringung hat im 20. Jahrhundert eine neue Qualität bekommen: Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wollen nicht mehr zurück zu ihren alten vorkapitalistischen Verhältnissen. Sie wollen vorwärts zum Sozialismus. Damit werden die Völker dieser Kontinente zu einem wichtigen Verbündeten des Proletariats der imperialistischen Metropolen. (1)

In den letzten Jahren haben diese Völker die Hauptlast des Kampfes gegen den Imperialismus getragen. Der Widerspruch zwischen den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und dem Imperialismus wurde vorübergehend zur Hauptlinie des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus. Die antiimperialistischen revolutionären Kämpfe der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind daher keinesfalls von lokaler sondern von allgemeiner Bedeutung für die Weltrevolution des ganzen internationalen Proletariats. Der lang andauernde bewaffnete Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes bestätigt diese These voll und ganz. Er hat den Volksmassen in den imperialistischen Staaten nicht nur die Augen geöffnet über die hartnäckige Gewalttätigkeit des Imperialismus, er lehrt uns auch, daß die Volksmassen, wenn sie sich unter Führung der Kommunistischen Partei organisieren, vor dieser Gewalttätigkeit nicht die Waffen strecken müssen. Der langandauernde Volkskrieg in ganz Indochina leistet so einen großen Beitrag zur Entwicklung des internationalen Klassenbewußtseins und zur Stärkung des proletarischen Internationalismus.

Hatte in der II. Internationale die Unterdrückung und Ausbeutung der Kolonialvölker bestenfalls den moralischen Protest der Arbeiterorganisationen hervorgerufen, so erhob die III. Internationale das Bündnis zwischen Proletariat und unterdrückten und ausgebeuteten Völkern zum Programm. Die III. Internationale machte auch Schluß mit der Auffassung, daß diesen Völkern nur die Alternative der Unterwerfung unter den Imperialismus oder der Untergang offenstehe. Stattdessen zeigte sie die Möglichkeit für diese Völker auf, ohne eine volle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise direkt zum Sozialismus überzugehen. Der Gang der chinesischen Revolution ist eine glänzende Bestätigung für diese These. Es ist die Pflicht jeder kommunistischen Politik in den imperialistischen Metropolen, die Notwendigkeit und die Möglichkeit des Bündnisses zwischen dem Proletariat und den ausgebeuteten Völkern ins Zentrum ihrer revolutionären Propaganda zu stellen. Die Erfüllung dieser Aufgabe unterscheidet die revolutionären Kommunisten von den Revisionisten. Das Proletariat in den imperialistischen Metropolen wird sich nicht befreien können, wenn es die gemeinsamen Interessen von Proletariat und unterdrückten Völkern nicht erkennt und nicht im Bewußtsein dieser gemeinsamen Interessen handelt.

Der Imperialismus ist Produkt der ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab. Dieser entspricht eine starke Differenzierung innerhalb der internationalen Arbeiterklasse, die von den Kapitalisten spalterisch ausgenutzt werden kann und spalterisch ausgenutzt wird. Gleichzeitig schafft der Imperialismus durch die ökonomische Ausbeutung der zurückgebliebenen Länder die Möglichkeit, eine Minderheit der Arbeiterklasse in den imperialistischen Staaten zu bestechen und ökonomisch an sein Schicksal zu binden. So spaltet er auch die Arbeiterklasse in den Metropolen. Mit der Schaffung der Arbeiteraristokratie errichtet er einen Stützpunkt der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse, der gerade auf der Grundlage der Differenz der Lebensbedingungen innerhalb der internationalen Arbeiterklasse große Verwirrung stiften und in ruhigeren Zeiten der kapitalistischen Entwicklung große Teile des Proletariats der Metropolen ideologisch an das imperialistische Kapital binden kann.

Mit dem Imperialismus und der Vereinheitlichung der Welt unter der Herrschaft des Kapitals ist überhaupt erst die Möglichkeit der sozialistischen Weltrevolution geschaffen worden. Gleichzeitig aber erschwert der Imperialismus den einheitlichen revolutionären Kampf in den Metropolen und das Bewußtsein der internationalen Solidarität in der Arbeiterklasse. Diese Tatsache ist von zentraler Bedeutung für die kommunistische Agitation und Propaganda, indem sie viele Vermittlungsprobleme schafft.

V.

Mit der russischen Revolution und dem Beginn des Aufbaus des Sozialismus in Russland und später in anderen Ländern hat der internationale Klassenkampf eine weitere Form erhalten: Die Form der Auseinandersetzung zwischen imperialistischen Staaten und Staaten, die mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen haben. Die Erklärung der Beratung von

---

(1)

In diesem Zusammenhang muß auf den Pearson-Report verwiesen werden, in dem Chefs des Monopolkapitals planen, durch eine organisierte Arbeitsteilung zwischen dem Monopolkapital der Metropolen und seinen Bündnispartnern in "relativ fortgeschrittenen Entwicklungsländern" die "Zukunft des Imperialismus" (NRF 1/70) bis auf weiteres abzusichern (kapitalistische Industrialisierung einiger "relativ forgeschrittener Entwicklungsländer" - z.B. Brasilien) und einer damit verbundenen Ausweitung des Welthandels, abgesichert durch faschistische Regimes an der Peripherie der Metropolen. Ein Formwechsel der imperialistischen Expansion und Ausbeutung scheint notwendig zu sein im Zusammenhang mit der von den meisten Völkern der Dritten Welt nach dem Weltkrieg erreichten nationalen Unabhängigkeit.

Vertretern der Kommunistischen- und Arbeiterparteien vom November 1960 in Moskau, die auch von den Vertretern der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens mit unterzeichnet wurde, stellt dazu fest: "Unsere Epoche, deren Hauptinhalt der durch die große sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus, die Epoche des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab. Es ist das Hauptmerkmal unserer Zeit, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird." (zit. nach: Einheit, Heft 12, Dez. 1960, S.1795 f.)
Dazu stellte die KP Chinas, als die Auseinandersetzung zwischen ihr und der KPdSU offen ausgetragen wurde, in einem Brief an das ZK der KPdSU vom 14. Juli1963 fest: "Die Widersprüche zwischen sozialistischem und imperialistischem Lager sind Widersprüche zwischen zwei grundverschiedenen gesellschaftlichen Systemen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, die unzweifelhaft sehr schroff sind. Marxisten-Leninisten dürfen aber die Widersprüche im Weltmaßstab nicht einfach und ausschließlich als Widersprüche zwischen dem sozialistischen und imperialistischen Lager sehen." (Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S.8) Aber gerade diese beschränkte Interpretation der Erklärung von 1960 bestimmt zunehmend die Theorie und Praxis der KPdSU. 1969 ließ die KPdSU in die Erklärung der Beratung der Kommunistischen- und Arbeiterparteien, die jetzt ohne die KP Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens stattfand, folgende Passagen aufnehmen: "In das letzte Drittel unseres Jahrhunderts ist die Menschheit in einer Situation eingetreten, in der sich die geschichtliche Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion, zwischen Sozialismus und Imperialismus zuspitzt(...). Der im Weltmaßstab bestehende Grundwiderspruch zwischen dem Imperialismus und Sozialismus vertieft sich. (...) Die Spitze der aggressiven Strategie des Imperialismus ist weiterhin vor allem gegen die sozialistischen Staaten gerichtet. (Internationale Beratung der Kommunistischen- und Arbeiterparteien in Moskau 1969, S.10 f.)

Der Grundwiderspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus findet seinen Ausdruck vor allem im Kampf der gegensätzlichen Staatensysteme: "Das sozialistische Weltsystem ist die entscheidende Kraft im antiimperialistischen Kampf. Das sozialistische Weltsystem, vor allem die SU, erweist jedem Befreiungskampf eine unersätzliche Unterstützung."(a.a.O.S.36)
Es ist diese Überbewertung des Widerspruchs zwischen der SU und dem Imperialismus als Widerspruch zwischen Staaten, bei Vernachlässigung der Klassenkämpfe in den imperialistischen Staaten und der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen, die die Politik der KPdSU seit langem kennzeichnet. In dem Maße jedoch, wie die SU in Wirklichkeit einen globalen Interessenausgleich mit dem US-Imperialismus sucht, wird aus dieser gefährlichen Überbewertung eine bewußte Verschleierung der tatsächlichen Widersprüche des internationalen Klassenkampfes, der eine offen konterrevolutionäre Außenpolitik zunehmend entspricht. Dies zeigte sich erst jüngst wieder ganz deutlich in der Haltung der SU gegenüber dem jordanischen Bürgerkrieg. Hier trug die Haltung der SU gegenüber Syrien entscheidend dazu bei, daß Hussein, der Agent des Imperialismus, in seinen Liquidierungsversuchen des palästinensischen Volkes nicht gestört wurde.

Wenn also auch weiterhin Widersprüche zwischen der SU und dem Imperialismus existieren, so sind diese heute nicht als Widersprüche zwischen sozialistischem und imperialistischem Weltsystem zu interpretieren. Dies umso weniger, als sich die Spaltung des sozialistischen Weltsystems immer deutlicher als eine Trennung erweist zwischen den Parteien, deren Machthaber den kapitalistischen Weg gehen und den Parteien, die den sozialistischen Weg gehen.

Die Machthaber der SU haben zur Rechtfertigung ihres Arrangements mit dem Imperialismus eigens die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz uminterpretiert und zur Generallinie der Politik der sozialistischen Länder erklärt. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist aber eine Taktik des internationalen Klassenkampfes und keine Generallinie des internationalen Klassenkampfes und kann es auch nicht sein. Ihre Anwendung darf niemals zur Schwächung revolutionärer Entwicklungen in den imperialistischen Staaten oder den unterdrückten und ausgebeuteten Ländern werden. "Die friedliche Koexistenz darf nie als ein Hauptinhalt des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus beschrieben werden....Die von den sozialistischen Ländern verfolgte Politik der friedlichen Koexistenz begünstigt die Schaffung einer friedlichen internationalen Umwelt für den sozialistischen Aufbau, ist günstig um die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik aufzudecken und die imperialistischen Angreifer und Kriegstreiber zu isolieren. Wenn aber die Generallinie der Außenpolitik sozialistischer Staaten auf die friedliche Koexistenz beschränkt wird, ist die richtige Behandlung der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten ebenso unmöglich wie die richtige Behandlung der Beziehung der sozialistischen Staaten mit den unterdrückten Völkern und Nationen. Deshalb ist es falsch, die friedliche Koexistenz zur Generallinie der Außenpolitik der sozialistischen Staaten zu machen." (Generallinie, a.a.O., S. 37)

Daß diese leninistische Position der KP Chinas von der KPdSU immer wieder als kriegslüstern diffamiert wird, daß sie zum Vorwand diente, das sowjetisch-chinesische Waffenhilfeabkommen einseitig zu brechen; und sich stattdessen mit den Imperialisten über die Nichtweitergabe von Atombomben zu verständigen, zeigt, wieweit die KPdSU in dieser Frage von der leninistischen Position entfernt ist.

VI.

Durch die Spaltung des sozialistischen Weltsystems, die eine ihrer Ursachen im Streben der SU hat, ihre Interessen mit dem US-Imperialismus auszugleichen, wurde nicht nur deutlich, daß sich der Widerspruch zwischen den von der SU geführten Übergangsgesellschaften, der seine Ursache nicht in verschiedenen Wegen im Aufbau des Sozialismus hat, sondern in der Tatsache, daß die KPdSU und die von ihr geführten Parteien den Weg zum Sozialismus verlassen haben.

1960 hieß es noch in der Erklärung der Beratung: " Jetzt sind die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten einer Restauration des Kapitalismus nicht nur in der SU, sondern auch in den anderen sozialistischen Ländern, beseitigt. Die vereinten Kräfte des sozialistischen Lagers bieten je-

dem sozialistischen Land verläßlichen Schutz gegen die Anschläge der imperialistischen Reaktion. Somit gewährleisten der Zusammenschluß der sozialistischen Länder zu einem einheitlichen Lager, sowie die erstarkende Einheit und die ständig wachsende Macht dieses Lagers den vollen Sieg des Sozialismus im Rahmen des gesamten Systems." (Einheit, a.a.o., S.1802)

Diese These war von vorn herein falsch. Sie sah die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus nur in der Möglichkeit einer Eroberung der sozialistischen Länder durch den Imperialismus. Damit wurde die Notwendigkeit des Klassenkampfes im Innern negiert und die revisionistische Theorie vom "Staat des ganzen Volkes" lanciert. Diese Theorie entwaffnet das Proletariat im Klassenkampf gegen die alte und neue Bourgeoisie und bereitet damit ideologisch deren Machtergreifung vor.

Die KP Chinas hatte bei der Formulierung der Deklaration von 1957 und 1960 darauf gedrungen, die weitere Notwendigkeit des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus zu betonen, und die Aufnahme der folgenden Passagen durchgesetzt: "Es muß festgestellt werden, daß die Machtergreifung für die Arbeiterklasse erst der Beginn der Revolution und nicht deren Vollendung ist. Nach der Machtergreifung steht die Arbeiterklasse vor ernsten Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung der Volkswirtschaft und der Schaffung der technischen Basis des Sozialismus. Gleichzeitig strebt die gestürzte Bourgeoisie stets nach Restauration; der Einfluß der Bourgeoisie des Kleinbürgertums und ihrer Intelligenz in der Gesellschaft ist immer noch groß . Deshalb erfordert die Frage: "Wer - Wen?" - Kapitalismus oder Sozialismus - eine ziemlich lange Zeitspanne. Der bürgerliche Einfluß ist die innere Quelle des Revisionismus, Kapitulantentum gegenüber dem Imperialismus seine äußere Quelle." (Einheit 1957, S.1480 f.) Die Widersprüche zwischen den revolutionären Prinzipien und den revisionistischen Prinzipien in den Deklarationen von 1957 und 1960 löste die KPdSU zugunsten des Revisionismus. Sie behauptet in ihrem Programm von 1961 den Aufbau des Sozialismus beendet und den Klassenkampf überwunden zu haben. Das ist eine revisionistische Schutzbehauptung, um die realen Widersprüche nicht klassenkämpferisch austragen zu müssen.

Es ist das revolutionäre Verdienst der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, daß sie nicht nur auf die Rekapitalisierungstendenzen innerhalb des sozialistischen Lagers hingewiesen haben, sondern in ihren eigenen Ländern aktiv den Kampf gegen die Propagandisten des kapitalistischen Weges aufgenommen und die Massen gegen di se Renegaten mobilisiert haben. Die KP Chinas unter der Führung Mao Tse Tungs hat den revolutionären Marxismus nicht nur vor den revisionistischen Entstellungen bewahrt, (z.B. in der Frage des Staates und des Aufbaus des Sozialismus), sondern auch in der Großen Proletarischen Kulturrevolution neue wichtige Lehren für den Aufbau des Sozialismus erfolgreich in die Praxis umgesetzt.

Unter den Parolen "Die Revolution befreit die Produktivkräfte, befördert die Produktivkräfte" und "die Revolution machen und die Produktion fördern" hat sich die Diktatur des Proletariats gefestigt und, statt den Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus in der Übergangsgesellschaft zu verschleiern , hat sie ihn zu einer mächtigen Triebkraft der gesellschaftlichen Vorwärtsentwicklung gemacht.

Die Erfahrung der Großen Proletarischen Kulturrevolution hat endlich den Alpdruck beseitigt, der durch die Entwicklung der SU auf der internationalen Arbeiterbewegung lastet. Insofern ist die chinesische Kulturrevolution die wichtigste revolutionäre Erfahrung der letzten Jahre nicht nur für die chinesischen Massen, sondern für die ganze internationale kommunistische Bewegung. Sie hat bewiesen, daß die Entwicklung der russischen Revolution keinem historischen Zwangsgesetz unterliegt, sondern aus ganz bestimmten Bedingungen und Fehlern der KPdSU erklärt werden muß. Wenn die KP Chinas die offene Auswirkung der Fehler der KPdSU vor allem auf den 20. Parteitag datiert, so hat sie doch nie einen Hehl daraus gemacht, daß diese Fehler schon in der Politik Stalins angelegt sind. Der Grundfehler dieser Politik lag in ihrem administrativen Charakter.

So wurden die norwendigen Widersprüche der Übergangsgesellschaft teilweise willkürlich unterdrückt, teilweise übersehen. Die feste Verbindung der Partei mit der Arbeiterklasse ging verloren. Die heutigen Machthaber haben gerade diese Fehler der Stalinschen Politik zum Prinzip

Peter Brosch Fürsorgeerziehung Heimterror und Gegenwehr

Rechte der Jugend — in Theorie und Praxis. In der Fischer Bücherei.

Peter Brosch
Fürsorgeerziehung.
Heimterror und Gegenwehr
Bd.1234. DM 3.80

»Die Würde des Menschen ist unantastbar.« — Sollte sie sein. Was sich in Fürsorgeheimen unter diesem Motto abspielt, sagt dieses Buch: Erziehungsterror der Fürsorge — Gefängnisähnliche Isolation und Einsperrung — Minderwertige Berufsausbildung — Entzug von Grundrechten — Psychische Zerstörung der Heiminsassen.

Schülerladen Rote Freiheit
Sozialistische Projektarbeit.
Analysen — Protokolle — Dokumente.
Autorenkollektiv
am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin.
Bd.1147. DM 6.80

Hans-Jürgen Haug/
Hubert Maessen
Was wollen die Lehrlinge?
Bd.1186. DM 3.80

Hans-Jürgen Haug/
Hubert Maessen
Was wollen die Schüler?
Politik im Klassenzimmer
Bd.1013. DM 2.80

Anpassung oder Widerstand
Gewerkschaften
im autoritären Staat
Hrsg. Sven G. Papke
Bd.1094. DM 2.80

erhoben, indem sie behaupten, den Sozialismus vollendet zu haben. Gleichzeitig haben sie die Diktatur des Proletariats beseitigt. Auftretende Widersprüche wie den, daß im angeblich vollendeten Sozialismus sich sogar im staatlichen Sektor die Produkte wie Waren verhalten, wischen sie vom Tisch, indem sie eine "sozialistische Warenproduktion" erfinden. Statt die Produktionsverhältnisse zu revolutionieren, in denen die Produkte der formal vergesellschafteten Produktion sich wie Waren verhalten, verewigen sie sie. Aus der ziemlich langen Übergangsperiode zum Sozialismus und dann zum Kommunismus, einer "Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus", haben sie eine eigene geschlossene und harmonische Gesellschaftsformation gemacht, die angeblich von ziemlich langer Dauer sein wird.

Aber der Klassenkampf lässt sich nicht hinwegharmonisieren, und so ist es kein Wunder, daß periodisch in den revisionistischen Staaten Arbeiterunruhen entstehen. Diese Unruhen sind vorläufig notwendig sporadisch und ohne Führung. An die Stelle des Klassenkampfes gegen die fortbestehenden und neuentstehenden Elemente des Kapitalismus unter der Führung der Partei des Proletariats, treten spontane Revolten der Arbeiterklasse gegen eine Diktatur, die angeblich immer noch die eigene sein soll.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter und der Volksmassen, die sich sporadisch in Revolten äußert, schlägt sich in stagnierender Produktion nieder, die die revisionistischen Parteien durch ständige Entfaltung der Ware-Geld-Beziehung und des Systems der individuellen materiellen Anreize steigern wollen. Eine solche Entwicklung der Übergangsgesellschaften hat die Kulturrevolution in China verhindert; aber der Klassenkampf geht weiter:"Die derzeitige Kulturrevolution ist nur die erste; es wird in der Zukunft unausbleiblich noch weitere geben. Die Frage, wer in der Revolution siegt, wird nur in einem langen historischen Zeitraum entschieden werden können. Behandelt man diese Angelegenheit nicht in geeigneter Weise, ist es jederzeit möglich, daß der Kapitalismus restauriert wird. Die Parteimitglieder und das gesamte Volk in unserem Land dürfen nicht glauben, daß nach ein oder zwei Kulturrevolutionen, oder auch nach drei oder vier, alles in schönster Ordnung sein werde. Wir müssen uns aufs Äußerste in Acht nehmen, und unsere Wachsamkeit darf nie nachlassen." (Mao) Damit hat die KPCh aus der bisherigen Entwicklung der Übergangsgesellschaften eine Lehre von allgemeiner Bedeutung gezogen.

Die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland

Die Entwicklung des Kapitalismus in Westdeutschland ist bestimmt durch die inneren und äußeren Widersprüche des Imperialismus.

Die Pläne des US-Imperialismus, der nach zwei Weltkriegen führenden imperialistischen Weltmacht, waren zunächst durch das Interesse bestimmt, den deutschen Kapitalismus vom Weltmarkt zu vertreiben und die deutsche imperialistische Konkurrenz endgültig zu vernichten. (Morgenthauplan).

Drei Gründe bestimmten die baldige Aufgabe des Morgenthauplanes. Die Eingliederung Westdeutschlands in das imperialistische Weltsystem:

1. Die Widersprüche innerhalb des US-Kapitalismus zwangen zu weiterer Expansion des US-Kapitals. Das US-Kapital suchte Märkte und Anlagemöglichkeiten für die durch den Abbau der Kriegswirtschaft und die beschränkten Verwertungsbedingungen innerhalb der USA entstandenen Kapitalüberschüsse. Die Qualifikation der Arbeiterklasse und ihre relative Überzähligkeit in den westeuropäischen Ländern und vor allem in den Westzonen Deutschlands boten die günstigsten Voraussetzungen für Direktinvestitionen. Die Marshallplanhilfe war nur ein Mittel dieser Expansionspolitik.

2. Die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen US-Imperialismus und den UdSSR. Ein kapitalistisches Westdeutschland war der beste Garant für die Sicherung der Grenzen gegenüber dem vordringenden Sozialismus.

3. Der Widerspruch zwischen dem US-Imperialismus und den westeuropäischen imperialistischen Ländern. Ein vom US-Imperialismus abhängiges kapitalistisches Westdeutschland sicherte die politische und ökonomische Vormachtstellung des US-Imperialismus in Westeuropa.

Das westdeutsche Kapital erhielt als Vasall des US-Imperialismus und mit dem politischen Ziel, Westdeutschland zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus zu machen, die Möglichkeit zum Wideraufbau und zu erneuter Expansion.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Demontagen zur Sicherung ihrer Existenzbedingungen war zugleich gegen den imperialistischen Morgenthauplan und gegen die deutsche Monopolbourgeoisie gerichtet, die Faschismus und Krieg verursacht hatte. Mit der Wende der imperialistischen Politik zur Politik der Marshallplanhilfe und des Wiederaufbaus unter der Bedingung der antikommunistischen Spaltung Deutschlands wurde der Kampf der Arbeiterklasse gegen eine sozialistische Perspektive und für die Wiedererrichtung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie ausgespielt. Die zerstörenden Wirkungen des Krieges, die einer ökonomischen Krise gleichkommen, waren Voraussetzung sowohl für das starke Eindringen ausländischer Waren und ausländischen Kapitals in Westdeutschland, als auch für die Entwicklung des westdeutschen Kapitals selbst. Den entscheidenden Impuls aber für die erneute Expansion und imperialistische Entwicklung erhielt das westdeutsche Kapital durch den Koreakrieg und die boomartige Nachfrage des kriegführenden US-Imperialismus nach kriegswichtigen Ausrüstungsgü-

tern. Der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie, der Aufbau der Bundeswehr und der Eintritt in die NATO waren die Konsequenz, die sich aus den imperialistischen Bedingungen der Restauration des westdeutschen Kapitalismus ergaben. Die Unterstützung der imperialistischen Aktionen des US-Imperialismus und die Beteiligung an der Unterdrückung und Ausplünderung der unterdrückten Völker waren die weiteren Schritte, die dem westdeutschen Kapital den Aufbau einer führenden Stellung auf dem Weltmarkt und von Niederlassungen der westdeutschen Monopole innerhalb der Territorien der unterdrückten Völker ermöglichte. Westdeutschland ist ein imperialistischer Staat.

DIE EXPANSION DES WESTDEUTSCHEN KAPITALISMUS UND DIE LAGE DER ARBEITERKLASSE

Die Spaltung Deutschlands, die mit der Vereinigung der Westzonen und der Währungsreform abgeschlossen wurde, machte das westdeutsche Kapital zum Vasallen des US-Imperialismus. Das Bündnis mit dem US-Imperialismus schützte das westdeutsche Kapital nicht nur gegen die Sozialisierungsforderungen, sondern ermöglichte ihm zudem eine Entwicklung zur führenden imperialistischen Großmacht in Westeuropa. Die Spaltung Deutschlands brachte dem westdeutschen Kapital ein Gebiet mit einer gegenüber dem Gebiet der DDR ausgewogenen Industriestruktur, die schon bis 1950 die durch die Spaltung bedingten Ungleichgewichte überwinden konnte. Vor allem der Besitz der Schwerindustrie und eine bis Ende der 50er Jahre ständig überschüssige und wachsende Arbeiterbevölkerung waren die Voraussetzungen der Expansion. Die durch den Flüchtlingsstrom und durch natürliche Vermehrung sowie durch die Zunahme der Frauenarbeit und die Proletarisierung von Handwerkern, Landwirten und Kleinunternehmern ständig wachsende Arbeiterbevölkerung erlaubte dem westdeutschen Kapital eine unerhörte Ausdehnung der Produktion mit hohen Profiten und bis in die Mitte der 50er Jahre relativ geringem Kapitaleinsatz. Für die Arbeiterklasse begann diese Entwicklung mit einem Lohnstop, der bis ein Jahr nach der Währungsreform andauerte. Die Arbeitslosigkeit, die wegen der großen Bevölkerungszunahme in geringerem Maße zurückging, als der Arbeitskräfteeinsatz durch das Kapital ausgeweitet wurde, erlaubte die Löhne niedrig zu halten. Die Lohnquote blieb trotz ständig wachsender Zahl der Lohnabhängigen konstant. Die Erhöhung der Ausbeutung führte aber zunächst wegen der niedrigen Ausgangslage weder zu einem Sinken der Einzellöhne, noch zu größeren Realisierungskrisen des Kapitals. Dies Phänomen ergibt den ökonomischen Erklärungsgrund für die relative Ohnmacht der Arbeiterklasse gegenüber dem westdeutschen Kapital in seiner Expansionsphase nach dem Krieg. Zugleich muß aber festgehalten werden, daß das Lebensniveau der westdeutschen Arbeiterklasse weit hinter dem in den übrigen hochkapitalisierten westeuropäischen Ländern stand. Das ermöglichte dem westdeutschen Kapital eine Steigerung des Warenexports der weit mehr zunahm als die Industrieproduktion insgesamt. Den entscheidenden Anstoß erhielt der westdeutsche Export durch den Koreakrieg. Zu gleicher Zeit begannen die Verhandlungen mit den Westalliierten um die Aufhebung des Verbots der Rüstungsindustrie, die konsequent zur Wiederaufrüstung führten. In diese Zeit um 1951 fallen auch die ersten Vorschläge der Unternehmerverbände für die Einführung der Notstandsgesetze. Aus ihnen ist deutlich zu erkennen, daß das westdeutsche Kapital schon frühzeitig mit einer krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus und dem Widerstand der Arbeiterklasse rechnete.

DIE ENTWICKLUNG ZUR KRISE DES KAPITALS

Mit Beginn der 60er Jahre hatte das expandierende westdeutsche Kapital die überschüssige Arbeiterbevölkerung aufgesogen. Die natürlichen Reserven waren erschöpft, und die Schließung der Staatsgrenze der DDR stoppte die Abwanderung qualifizierter Arbeitskraft aus der DDR. Diesen Engpaß versuchte das Kapital durch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu beheben. Durch die zunehmende Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte versucht das Kapital, die disponible Arbeiterarmee zu vergrößern, um die Produktion über die Begrenzung des nationalen Arbeitsmarktes hinaus auszudehnen und zugleich durch die Konkurrenz von in- und ausländischen Arbeitern Druck auf die Löhne ausüben zu können. Zugleich werden die ausländischen Arbeiter weit unter dem Lohn der inländischen bezahlt. Um Lohnsteigerungen bei den ausländischen Arbeitern zu vermeiden, werden die meisten nur für 1 Jahr verpflichtet, um dann durch andere, neu eingewanderte ersetzt zu werden. Die Arbeiterklassen der europäischen Peripherie werden so zur industriellen Reservearmee der europäischen Metropolen. Nur in dem Maße, wie es den Kommunisten gelingt, dem Versuch der Kapitalisten entgegenzutreten, diese Situation chauvinistisch auszunutzen, kann die internationale Ausweitung des Arbeitsmarktes durch das Kapital zu einem organisierenden Moment für den proletarischen Internationalismus werden.

Durch den Arbeitskräftemangel war das Kapital aber auch gezwungen, durch intensiven Kapitaleinsatz die Produktivität der Arbeit und die Ausbeutung zu erhöhen. Zu gleicher Zeit hatte die Arbeiterklasse eine durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und den Preishunger des Kapitals nach Mehrarbeit bedingte stärkere Position auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeiterklasse konnte in zum Teil heftigen Lohnkämpfen eine geringfügig höhere Lohnquote erreichen, jedoch mit geringeren Lohnsteigerungen pro Arbeiter als in den 50er Jahren. Zugleich verschärfte sich der Konkurrenzkampf der Kapitale untereinander nicht nur in Westdeutschland. Der Aufbau der EWG förderte die Konzentration und Zentralisation des Kapitals und begünstigte vor allem die großen Monopole. Das Wachstum der Industrieproduktion verlangsamte sich bei gleichzeitig weiterer Steigerung der Exportquote, die vor allem durch die wachsende Verflechtung innerhalb der EWG bedingt war.

Der Aufbau der EWG stärkte einerseits die Führungsposition des westdeutschen Imperialismus im Bündnis mit dem US-Imperialismus, andererseits die Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Monopole gegenüber dem US-Kapital. Diese Konstellation ist nach wie vor mehrdeutig. Mit den sich kriegsbedingt verschärfenden Widersprüchen des US-Imperialismus verschärft sich

aber die Konkurrenz der westeuropäischen und japanischen Monopole gegenüber dem US-Kapital. Innerhalb der EWG verschärft sich ebenfalls die Konkurrenz einerseits und die Konzentration und Zentralisation des Kapitals im internationalen Maßstab andererseits als notwendige Folge der Konkurrenz und des Kampfes um die Vormachtstellung. Neue Widersprüche entstehen im Zuge der Integration der staatlichen Machtapparate zwischen den auf Integration drängenden expansiven Monopolen und den Monopolen der stagnierenden Bereiche, vor allem der Schwerindustrie, die auf nationalstaatliche Unterstützung angewiesen sind. Das kapitalintensivere und langsamere Wachstum des westdeutschen Kapitals brachte neue Belastungen für die Arbeiterklasse. Die Konzentration und Zentralisation ging Hand in Hand mit der Erhöhung der Produktivität der Arbeit. Das führte zu einer ständigen Entlassung von Arbeitskräften, die aber in den 60er Jahren noch auf Grund der allgemeinen Expansion wieder eingestellt werden konnten. Für die von Entlassungen Betroffenen bedeutet dies zumeist eine Dequalifikation und Einstufung in tiefere Lohnstufen. Für den Bereich der Industrie ergibt sich daraus eine Verlagerung der Beschäftigtenanteile und der Produktion insgesamt. Vor allem im Bergbau wurde die Beschäftigung laufend verringert, während im Bereich der Produktionsmittelindustrie insgesamt die Beschäftigung überproportional zunahm. Ein wachsender Teil der industriellen Produktion fällt auf die Produktion von Maschinen und Produktionsanlagen. Gleichzeitig entwickelt sich auch der Export in diesen Bereichen überproportional. Die Ausdehnung der Produktionsmittelproduktion zeigt die grundsätzliche Tendenz des Kapitals, sich ohne Rücksicht auf die Konsumtionsfähigkeit der Massen zu vergrößern, d.h. seine organische Zusammensetzung zu vergrößern und den in Löhnen ausgelegten Teil des Kapitals relativ zu verkleinern. Mit der Erschöpfung der Arbeitskraftreserven mit Beginn der 60er Jahre war das Kapital gezwungen, die Aufwendung für die Erneuerung und Erweiterung des in Maschinen fixierten Kapitals zu vergrößern und gleichzeitig die Löhne zu erhöhen, was zwar nur geringe Verbesserungen für die Lage der Arbeiterklasse brachte (im wesentlichen wurde kaum das Niveau der anderen hochkapitalisierten Länder erreicht), aber zunehmend auf die Profitrate drückten. Zu gleicher Zeit reichten die Lohnerhöhungen nicht aus, das gestiegene Warenprodukt abzusetzen. Überproduktion und Unterauslastung der Kapazitäten, die in gleicher Weise die Kosten der Realisierung und der Produktion des Warenprodukts für das Kapital erhöhen, waren die Folge. Der kapitalistische Krisenzyklus, der während der Expansionsphase sich nur in schwankenden Wachstumsraten ausdrückte, setzte sich wieder durch.

DIE KRISE

Die Krise 1966/67 leitete eine neue Phase des westdeutschen Imperialismus, aber auch eine neue Phase der Kämpfe der Arbeiterklasse ein. Sie hat die gesamten Bedingungen des Klassenkampfes, die ökonomischen und die politischen verändert. Die Krise traf die Arbeiterklasse unvorbereitet. Sie war nicht in der Lage, sich geschlossen gegen die Folgen der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu wehren, noch die arbeiterfeindlichen Maßnahmen zur Behebung der Krise zu verhindern. Lediglich im Bergbau reagierten die Arbeiter bewusster, weil die besondere Krise des Bergbaus schon lange vor der Krise zu spüren war. Insgesamt verhielt sich die Arbeiterklasse aber nicht einfach passiv. So wurde sowohl in Solidarität mit den Entlassenen als auch für höhere Löhne gestreikt. Obwohl diese Streiks sogar quantitativ größer waren als die im September 69 (mehr durch Streiks ausgefallene Arbeitstage), gelang es nicht, die Kämpfe zu koordinieren.

Das Kapital wurde von der Krise unterschiedlich getroffen. Viele kleinere Betriebe gingen kaputt, während die frechsten Monopolvertreter von der "gewollten Krise" und den "heilsamen Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmoral" sprachen. Für das Monopolkapital bedeutete die Krise den Auftakt für eine gewaltige Bewegung der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die während der ganzen nachfolgenden Konjunktur nicht nachgelassen hat.

Die Krise wurde zunächst durch eine von der Bundesregierung geförderte ungeheure Ausweitung des Exports behoben, die von einer gewaltigen Ausdehnung des Kapitalexports im zweiten Schritt gefolgt wurde. Dem westdeutschen Kapital gelang es damit zum ersten Male nach dem Krieg in großem Maßstab mehr Kapital zu exportieren, als von ausländischem Kapital in die Bundesrepublik transferiert wurde. Es konnte so seine Position im imperialistischen Weltsystem bedeutend verbessern.

Die Voraussetzung für diese Entwicklung ist die gestiegene Ausbeutung der Arbeiterklasse. Die erste Phase der Exportoffensive war im wesentlichen ermöglicht worden durch eine von der Bundesregierung, den Unternehmern und den Gewerkschaften in der konzertierten Aktion ausgehandelte Lohndrückerei, den Lohnleitlinien, die noch in der Hochkonjunktur die Lohnpolitik der Gewerkschaften bestimmten. Die Investitionen des Monopolkapitals waren in der Hauptsache sog. Rationalisierungsinvestitionen, die die Produktivität der Arbeit und die Ausbeutung der Arbeiter durch die Intensivierung der Arbeit erhöhen. Zu gleicher Zeit wurden in den Betrieben neue Lohnfindungs- und Arbeitsbewertungssysteme eingeführt, die die Arbeiter zu höheren Leistungen zwingen und die Einheit der Arbeiter durch Individualisierung der Löhne verhindern sollen. Die niedergehaltenen Löhne und die erweiterten Profitpläne der Monopole zwangen die Arbeiter in einem Ausmaß zu Überstunden, das die Errungenschaft des 8-Stunden-Tags gefährdet. Gleichzeitig wurden aber nicht alle in der Krise Entlassenen wieder eingestellt. Noch in der Hochkonjunktur war das Beschäftigtenniveau der Industrie von vor der Krise nicht wieder erreicht.

Im September 1969 begannen die Arbeiter den Kampf gegen die erhöhte Ausbeutung, die Riesenprofite der Monopole und die gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtete Politik der Gewerkschaften aufzunehmen. In spontanen Streiks, die aber im Bereich der Metallindustrie und der Stahlindustrie zunehmend organisiert erfolgten, konnten die Arbeiter gegen die Hinhaltepolitik der Gewerkschaften Lohnerhöhungen erzwingen. Trotz weiterer Kämpfe im folgenden Herbst 1970 ging aber die Lohnquote gegenüber den überproportional gestiegenen Profiten zurück. Nicht die absolute Steigerung der Löhne, die durch gewaltige Preissteigerungen fast

aufgehoben wurde, sondern der krisenbedingte Rückgang der Profite, führte Ende 1970 wieder zu einer steigenden Lohnquote. In dieser Weise bewahrheitet sich der Satz von Marx, daß die Löhne nur steigen als Sturmvogel der Krise.

Die Entwicklung seit der Krise 1966/67 ist durch eine sich allseitig entwickelnde Zuspitzung der Widersprüche gekennzeichnet. Auf dem Weltmarkt und durch Erhöhungen seiner Kapitalexporte sowohl in die hochkapitalisierten Länder als auch in die Gebiete der unterdrückten Völker wurde der westdeutsche Imperialismus offensiv gegenüber den anderen imperialistischen Staaten und ausländischen Monopolen inklusive des US-Kapitals. Innerhalb der EWG nutzte er die Krise des französischen Kapitals 1968 zu einer Export- und Kapitalexportoffensive. Der westdeutsche Imperialismus betätigt sich als Vasall des US-Imperialismus und als Konkurrent in den USA selbst und in vom US-Imperialismus beherrschten Gebieten. In Afrika unterstützt er die Kolonialpolitik Portugals und tätigt gewaltige Investitionen beim völkerfeindlichen Cabora Bassa Projekt in Mozambique. Innerhalb der BRD vollzogen die stärksten Monopole, vor allem der Chemie- und Automobilindustrie einen Zentralisationsprozess zur Sicherung des Konkurrenzkampfes für die Zeit der fortgeführten Integration des europäischen Marktes, gegen die die europäischen Monopole sich nur durch internationale Fusionsanstrengungen wehren können. Gegenüber der Arbeiterklasse bediente sich das Monopolkapital in verstärktem Maße der staatlichen Einkommenspolitik. Damit wurde offenbar, daß das Krisenmanagement des imperialistischen Staates die Krise des Kapitals voll auf dem Rücken der Arbeiterklasse auszutragen sucht, ohne die Krisentendenz selbst beseitigen zu können. So entlarven sich die Versprechungen der Agenten des Kapitals, der Kapitalismus könne sich krisenfrei entwickeln.

Die Rolle der SPD im monopolkapitalistischen Staat

1. WEGE DES REVISIONISMUS

Die SPD ist seit der Spaltung der Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg dadurch gekennzeichnet, daß sie einerseits eine Partei des Monopolkapitals ist, andererseits große Teile der Arbeiterklasse ideologisch an die Bourgeoisie bindet und damit die Zerschlagung des monopolistischen Staatsapparates vorläufig verhindert. Der Staat ist aber deas wichtigste Instrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Das Proletariat kann seine ökonomische Befreiung nur dann erreichen, wenn es die politische Macht erobert, wenn es den bürgerlichen Staatsapparat zerschlägt.

Der bürgerliche Staat garantierte zunächst die Freiheit des Marktes und die Ausbeutung der freien Lohnarbeit durch das Kapital. Die bürgerliche Ideologie der Freiheit und Gleicheit ist der Ausdruck eben dieser Freiheit des Marktes, sie unterschlägt jedoch gerade, daß eine Ungleichheit besteht zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft, zu dem sie auf dem Markt getauscht wird, und dem Wert, den die Anwendung der Arbeitskraft im Produktionsprozess schafft, daß diese Tatsache dazu führt, daß im Kapitalverhältnis die vergangene vergegenständlichte Arbeit, die der Kapitalist sich aneignet, über die lebendige Arbeit des Arbeiters herrscht, was den Arbeiter zwingt, für den Kapitalisten zu produzieren und ständig das Kapitalverhältnis zu reproduzieren.

In dem Maße, wie die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital die Reproduktion der Arbeitskraft selbst gefährdet, sah sich der bürgerliche Staat als "geschäftsführender Ausschuss" der Kapitalistenklasse nach und nach gezwungen, Arbeitsgesetze und Gesetze zur sozialen Sicherung gegenüber den einzelnen Kapitalisten im Interesse der Kapitalistenklasse durchzusetzen, um die Angriffe der Arbeiterklasse auf die Herrschaft des Kapitals und seine Staatsgewalt abzuwehren und die Existenz der Arbeiterklasse und die Möglichkeit ihrer Ausbeutung zu sichern.

Die Arbeitsgesetzgebung war ihrerseits ein Mittel zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals, indem sie die Kapitalisten zwang, die Erpressung des absoluten Mehrwerts durch die maßlose Verlängerung des Arbeitstages durch den Einsatz von Maschinen, die Erhöhung der Produktivität der Arbeit und die Erzielung des relativen Mehrwerts abzumildern. Die Arbeiterklasse mußte sich jedoch die Gesetzgebung selbst erkämpfen, da der bürgerliche Staat nicht über den Gesetzen der Konkurrenz innerhalb der kapitalistischen Produktion und den sich daraus ergebenden Zwängen steht. Das Nachgeben des bürgerlichen Staates konnte so in ihr Bewusstsein eingehen als Bestätigung der bürgerlichen Ideologie vom neutralen über den Klassen stehenden Staat, der den gerechten Tausch und die Gleichheit auf dem Markt garantiert.

Die Grundlage der Ideologie des Reformismus ist der Markt. Aus der Tatsache, dass die Arbeiter selbst als Besitzer der Ware Arbeitskraft auf dem Markt auftreten, erklärt sich, warum der Reformismus in der Arbeiterklasse immer wieder eine neue Basis findet. Innerhalb der Arbeiterbewegung bestand von Anfang an die Auseinandersetzung zwischen zwei Richtungen, einer reformistischen, die über die Beteiligung an der Herrschaft der Bourgeoisie die Lage der Arbeiterklasse verbessern wollte, und einer revolutionären, die über die Zerschlagung des bürgerlichen Klassenstaates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, also der unmittelbaren Produzenten, die ökonomischen Grundlagen der Klassenherrschaft beseitigen wird.

Durch die Konkurrenz der Kapitalisten setzt sich der Verwertungsprozess des Kapitals als ökonomisches Zwangsgesetz durch und führt zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals und schließlich zum Monopol. Mit

der zunehmenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals wird das Kapital gezwungen, seine Märkte nach aussen auszudehnen. Der Staat wird zum Instrument der mächtigsten Fraktionen des Monopolkapitals. Er sichert ihre Herrschaft nicht nur innerhalb des Staatsgebietes gegenden Angriff des Proletariats, sondern unterstützt auch die Expansion des Kapitals mit militärischer Gewalt. Mit der Ausdehnung des Kapitals über die ganze Welt und der Errichtung des Weltmarktes wurde der bürgerliche Staat zum imperialistischen Staat in den Händen der nationalen Monopolbourgeoisie.

In der Epoche des Imperialismus entwickelt sich der Reformismus zum Revisionismus, zur ausdrücklichen Negation der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse in der Partei der Arbeiterklasse. Der Revisionismus ist der Hebel, mit dem die Bourgeoisie die Partei der Arbeiterklasse in eine bürgerliche Partei verwandelt.

Die Partei der Arbeiterklasse kann den Revisionismus nur bekämpfen, wenn sie die Einheit des politischen und des ökonomischen Kampfes herstellt und somit den ökonomischen Kampf der Arbeiter (ihren gewerkschaftlicher Kampf) mit dem Kampf gegen den monopolistischen Staatsapparat verbindet, um ihn zu zerschlagen, wodurch die ökonomische Befreiung des Proletariats erst möglich wird.

Eine materielle Basis für den Revisionismus ist die Möglichkeit der Bestechung von Teilen der Arbeiterklasse, insbesondere ihrer sozialdemokratischen Führung. Der Kapitalismus führte auch zu einer Differenzierung in den Lebensbedingungen des Proletariats der imperialistischen Metropolen und der werktätigen Massen in den unterdrückten und ausgebeuteten Ländern, die durch den Imperialismus der Herrschaft des Kapitals unterworfen werden. Diese Differenz in den Lebensbedingungen der werktätigen Massen im Weltmaßstab unter der Herrschaft des Imperialismus schuf die Bedingungen für die ideologische Bindung eines großen Teils der Arbeiterklasse in den Metropolen an die imperialistische Bourgeoisie mit Hilfe der Arbeiteraristokratie.

Die dem Imperialismus zugrundeliegende Konzentration und Zentralisation des Kapitals führt ständig zu einer Enteignung der kleinen Warenproduzenten, die, obwohl sie ökonomisch ins Proletariat absinken, ihre bürgerlich-demokratische Ideologie beibehalten. Das Eindringen dieser Elemente in die Sozialdemokratie und die Ausrichtung der Sozialdemokratie auf diese Schichten erleichterte den endgültigen Sieg des Revisionismus in der Sozialdemokratie mit Beginn des ersten Weltkriegs.

Die Kriegsentwicklung trieb die SPD und die Gewerkschaften vollends in die Arme der Bourgeoisie. So schreibt Lenin: "Die Sozialchauvinisten sind unsere Klassengegner, sie sind die Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie vertreten jene Schichten, Zwischenschichten und Gruppen der Arbeiterschaft, die von der Bourgeoisie objektiv bestochen sind (bessere Löhne, Ehrenämter usw.) und die der eigenen Bourgeoisie behilflich sind, kleine und schwache Völker auszuplündern und den Kampf um der Teilung der kapitalistischen Beute willen zu führen." (Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution). Während die SPD den Burgfrieden schloß und die Kriegskredite bewilligte, wurden die Gewerkschaften von der Bourgeoisie als Vertreter aller Lohnabhängigen anerkannt. Die vom Proletariat erzwungenen Zugeständnisse, mit denen die Bourgeoisie die Kriegswirtschaft vor einer Gefährdung schützen und eine revolutionäre Entwicklung in der Arbeiterklasse verhindern wollte, schienen das System der revisionistischen Praxis und Ideologie der Arbeitsgemeinschaft, der Vermittlung zwischen denKlassen und der Versöhnung von Lohnarbeit und Kapital zu rechtfertigen mit dem die Revisionisten jedoch objektiv die Arbeiterklasse spalteten.

Nach der Niederlage im ersten imperialistischen Weltkrieg war die deutsche Monopolbourgeoisie so geschwächt, daß sie nur noch unter der Regierungsbeteiligung der SPD bzw. der USPD den Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland verhindern konnte.

In der revisionistischen Staatstheorie stellt sich die Übernahme der Regierung als Übernahme des Staatsapparates durch die Arbeiterklasse dar, die angeblich - trotz Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft der Bourgeoisie - über das entscheidende Instrument zur Kontrolle und Planung der Wirtschaft verfügt.

Gemäß dieser illusionären Staatstheorie sollte die Sozialisierung von oben durchgeführt werden im Gegensatz zu der von den Arbeitermassen getragenen Rätebewegung. Die SPD beteiligte sich aktiv an der blutigen Liquidierung der Novemberrevolution.

Die sozialdemokratische Praxis im weiteren Verlauf der Weimarer Zeit bestätigt sich in allgemeiner Tendenz als Entwicklung zur Partei des Monopolkapitals unter Beibehaltung der revisionistischen Phraseologie, insofern sie sich nicht offen auf die Seite des Monopolkapitals schlagen konnte, mit Rücksicht auf ihre Basis in der Arbeiterklasse und die Reste und Überreste der revisionistischen Theorie ("Wirtschaftsdemokratie"). Die zunehmende Verquickung mit dem Staatsapparat und der sich ausbreitende Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse (Beteiligung an der Großen Koalition zu Beginn der Weltwirtschaftskrise) finden ihren Höhepunkt in der Anbiederung von Teilen der SPD an den Faschismus.

2. DIE SPD ALS PARTEI DES MONOPOLKAPITALS

Die allgemeinen Widersprüche der Epoche des Imperialismus schlagen sich in der Entwicklung der BRD und in derRolle der SPD nieder.

Der zweite Weltkrieg als Austragung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten hatte zunächst die wirtschaftliche und politische Dominanz des US-Imperialismus und zuglei ch eine entscheidende Schwächung seiner wichtigsten Konkurrenten Deutschland, Japan, England und Frankreich zur Folge. Der Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den Übergangsgesellschaften (zum Sozialismus) bedeutete für den Imperialismus die politische Notwendigkeit, ein antikommunistisches Bollwerk im Herzen Europas zu errichten. Der Marshall-Plan, zugleich Ausdruck des US-amerikanischen Interesses am Kapitalexport, unterstützte die Aufrechterhaltung des Kapitalismus in Westdeutschland. Diese beinhaltete den Keim der zunehmenden Konkurrenz zwi-

schen dem westdeutschen und dem US-Imperialismus. Das von den USA selbst eingeleitete Bündnis der westeuropäischen Staaten soll heute im Rahmen des Kampfes um den Weltmarkt die eigene Expansion gegenüber der Vorherrschaft des US-Imperialismus sichern. Diese Widersprüche im imperialistischen Lager können sich in dem Maße entfalten, wie die Widersprüche in und zwischen den Übergangsgesellschaften die Notwendigkeit zur politischen Einheit gegenüber dem Kommunismus abmildern. Die Konkurrenz zwischen den einzelnen Monopolkapitalen tritt auch in der Epoche internationaler Kapitalverflechtungen und -integration hinter die Konkurrenz nationalstaatlich organisierter Monopolgruppen zurück. Andererseits sprengt die internationale Organisation von Teilen des Monopolkapitals den Rahmen des Nationalstaats. Zwar verknüpft sich damit allgemein die Tendenz zur wirtschaftspolitischen Einheit in dem Verhältnis, wie sich die Vorherrschaft dieser Teile grundlegend durchsetzt. Allein begründet die bloße Existenz der internationalen Organisation des Monopolkapitals aber noch nicht seine tatsächliche Vorherrschaft, d.h. deren Durchsetzung in allen wichtigen Produktionszweigen in den Ländern, wo es auftritt. Die Durchsetzung der Herrschaft der Monopole erfolgt auf Grundlage der Konkurrenz - natürlich auch in Form des Krieges - und hebt diese auf eine neue Stufe.

Die in einem Land agierenden ausländischen Monopole bedienen sich dessen Staat zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die Widersprüche zwischen nationalen und ausländischen Kapitalgruppen erscheinen als innere Widersprüche. Die widersprüchliche Einheit der Bourgeoisie in einem Staat gegenüber der Konkurrenz in anderen Staaten wird dabei über den Staatsapparat vermittelt, sie drückt sich aus in den politischen Organisationen und Parteien der Bourgeoisie.

Trotz Erhaltung der in der bürgerlichen Revolution entwickelten Formen der Diktatur der Bourgeoisie, dem repräsentativen Parlamentarismus und der Gewaltenteilung, in allen großen imperialistischen Staaten in Deutschland u.a. auf Grund des Wirkens der Sozialdemokratie, hat sich die Funktion des Staates im Zeitalter des Imperialismus entscheidend gewandelt. Dieser Formwandel der Herrschaft der Bourgeoisie resultiert aus der Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts.

Das Parlament ist jetzt nicht mehr nur Arena der Auseinandersetzung von im wesentlichen außerhalb des staatlichen Apparates organisierten Fraktionen der herrschenden Klasse. Vielmehr ist es für die Bourgeoisie mit dem Mangel behaftet, ein Kräfteverhältnis von Parteien zu repräsentieren, das vom Wahlverhalten der Massen abhängig ist. Daher wird es zunehmend zum Organ öffentlich nicht kontrollierbarer Bürokratien (Staatsbürokratie, Verbände und organisierte Interessenvertretung) gemacht, die eng mit den Monopolen verflochten sind und die die zur Aufrechterhaltung der Monopolherrschaft unerläßlichen gesamtgesellschaftlich wirksamen Maßnahmen durchführen.

Das Parlament hat vor allem die Funktion, diese Herrschaft durch den Schein der Beteiligung des vereinzelten Staatsbürgers an der Macht zu legitimieren. Die allgemeinen Parlamentswahlen entscheiden, welche der als Parteien organisierten Fraktionen der zentralen staatsmonopolistischen Bürokratien die Strategie der Herrschaftsorgane der Bourgeoisie bestimmt. Die Interessen der Klassen und Schichten, die die Massenbasis der Parteien bilden, werden durch verbale und materielle Zugeständnisse honoriert. Diese Zugeständnisse schlagen sich im Herrschaftsstil der Parteien, der Art der sozialen bzw. national-konservativen und antikommunistischen Demagogie nieder. Sie sind aber immer den Monopolinteressen unterworfen, die als die des Ganzen gelten, weil sie fast uneingeschränkt herrschen.

Daß die SPD objektiv und ihrem Selbstverständnis nach keine auch nur revisionistische Partei der Arbeiterklasse mehr ist, sondern sich dem zum Allgemeinwohl hypostasierten Interesse der Monopolbourgeoisie verpflichtet hat, drückt ihre Wandlung zur Volkspartei aus.

Die Verwischung der Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien ist Ausdruck der sinkenden Bedeutung anderer als der Monopolinteressen, die Herrschaft der Monopole erzwingt die Annäherung der bürgerlichen Parteien. Sie repräsentieren heute nicht verschiedene Fraktionen des Kapitals - etwa die CDU das mittlere und die SPD das Großkapital - sondern sie werden von welchselnden Gruppierungen des Monopolkapitals zur Durchsetzung ihrer Interessen benutzt. Die Regierungsfähigkeit dieser Parteien hängt davon ab, wieweit sie in der Lage zu sein scheinen, die aus der nach wie vor anarchischen Produktion resultierenden Widersprüche durch ihre ökonomischen Konzepte mit Hilfe des Staates zumindest abzumildern und wieweit sie in der Lage sind, Konzepte zu entwickeln, um die Herrschaft der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten.

Gleichzeitig müssen diese ideologischen Konzepte die Herrschaft der Bourgeoisie vor den Massen überhaupt legitimieren, denn die Diktatur der Bourgeoisie ist über die Zustimmung der Massen vermittelt, solange die Bourgeoisie durch die Unterdrückung der demokratischen Rechte nicht zur offenen Diktatur greift.

(Zwar ist es das Eigentum an den Produktionsmitteln, das der Bourgeoisie trotz des allgemeinen Wahlrechts in der bürgerlichen Demokratie auch die politische Herrschaft sichert. Die vorübergehende ideologische Bindung der Arbeiterklasse und der Masse des werktätigen Volkes an das Kapital hat seine Grundlage in der Verschleierung des Kapitalverhältnisses als Herrschaftsverhältnis durch den Markt. Zu untersuchen ist aber der konkrete Zusammenhang zwischen dem Interesse des Monopolkapitals an der Regierungsausübung einer bestimmten Partei in einer bestimmten Phase und der Umsetzung dieses Interesses in die Motivation der Wähler. Auszugehen ist dabei aber von der Widersprüchlichkeit der Kapitalistenklasse in sich einerseits und andererseits von dem konkreten Stand der Klassenkämpfe selbst. Keine bürgerliche Partei kann es sich allerdings leisten, den Reproduktionsprozeß des Kapitals empfindlich zu behindern, so daß die Bourgeoisie dem "Risiko" einer Wahl in der bürgerlichen Demokratie einen relativen Freiraum einräumen kann.)

Die Integration der ehemaligen revisionistischen sozialdemokratischen Organisationen in den entstehenden westdeutschen staatsmonopolistischen Apparat und die Vollendung der Verwandlung der SPD in eine Partei des Monopolkapitals war umso leichter, als die scheinbar krisen-

freie, von wenigen aktiven politischen und ökonomischen Kämpfen des Proletariats begleitete Rekonstruktionsphase des westdeutschen Kapitalismus revisionistische Ideologien vom klassenneutralen Staat, der ein Instrument des sozialen Fortschritts und der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie sein könne, zu bestätigen schien. In dem Maße, in dem mit wieder zutage tretender Krisenhaftigkeit des Monopolkapitals es für die staatsmonopolistischen Zentralen notwendig wird, ökonomische und politische Steuerungs- und Planungssysteme für alle Bereiche der Gesellschaft zu entwickeln und diese statt mit den in der Wiederaufbauphase herrschenden neoliberalen mit Ideologien vermeintlich gesamtgesellschaftlich geltender technisch-ökonomischer Sachzwänge legitimiert werden müssen, gehen die von der revisionistischen Theorie übriggebliebenen technokratischen Ideologien in der herrschenden Doktrin des westdeutschen Monopolkapitals auf der Höhe seiner Machtentfaltung auf. Das bedeutet zugleich einen wachsenden Bedeutungsverlust des Parlamentarismus für den staatsmonopolistischen Kapitalismus auch unter der Federführung der SPD.

In der Rekonstruktionsphase des BRD-Kapitalismus führte zunächst die CDU im Sinne des Kapitals mit der Erhardschen Politik der "sozialen Marktwirtschaft" nicht nur das adäquateste ökonomische, sondern mit der "Wirtschaftswunderideologie" und dem Antikommunismus auch das geeignetste politische Konzept durch. Die SPD hat ihrerseits durch ihre eigenen Vorstellungen vom neutralen Staat und gerechter Verteilung die westdeutsche Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit gespalten und den Erfolg der CDU mit verursacht. Dagegen waren ihre ökonomischen Vorstellungen von "Gemeinwirtschaft", "Wirtschaftsdemokratie" und Entflechtung geeignet, die wilden Expansionsbedürfnisse des Kapitals zu befriedigen.

Die CDU-Herrschaft war einerseits der politische Ausdruck des Widerspruchs zwischen dem Imperialismus und den Übergangsgesellschaften im "kalten Krieg", andererseits zugleich der maßlosen Ausbeutung der Arbeiterklasse in der Wiederaufbauphase. Mit einem selbst für die Bourgeoisie glaubwürdigen Bekenntnis zum Kapitalismus, das bis zur Vorbereitung der Notstandsgesetze ging, und dem Konzept der "Volkspartei" wurde die SPD wieder regierungsfähig. Im Godesberger Programm bekannte sie sich ausdrücklich zum "freien Wettbewerb", zur "freien Unternehmerinitiative" und erklärte das Privateigentum an Produktionsmitteln für schutzwürdig. Nach dem Aufschwung der Nachkriegszeit hatten sich die Widersprüche des Kapitalismus und damit auch zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu Beginn der 60er Jahre verschärft. Die Verschärfung derökonomischen Widersprüche schlug sich bis jetzt am stärksten in der Krise 66/67 - als dem deutlichsten Ausdruck für den Wiedereintritt der BRD in den für den Kapitalismus charakteristischen Krisenzyklus - und den Septemberstreiks nieder.

In der Krise praktizierte die SPD in der "Großen Koalition" mit der CDU eine sog. "Neue Wirtschaftspolitik", die den Interessen der Monopole den absoluten Vorrang vor den Gesamtinteressen und -bedürfnissen der Gesellschaft gab. Das Stabilitätsgesetz von 1967, das im Entwurf noch aus der Erhard-Ära stammt, befriedigte dementsprechend das Bedürfnis des Kapitals nach oligopolistischer, konzentrierter Stabilisierungsaktion zusammen mit einer von der Massenbasis der Mitglieder verselbständigten DGB-Führung, nach projektiven Orientierungsdaten, Lohnleitlinien, sozialer Asymetrie und nach Globalsteuerung, ohne direkt in die autonome betriebliche Planungs- und Dispositionsfreiheit des Monopolkapitals einzugreifen. Die SPD, als traditionelle Arbeiterpartei, konnte dabei der Politik des Kapitals auch weiterhin die Massenbasis sichern, die diese angesichts der sich verschärfenden Widersprüche benötigte. Gleichzeitig demonstrierte die SPD in der "Großen Koalition", wie beide Parteien kurzfristig in der Lage sind, gemeinsam und mit einheitlichen Konzepten die Interessen des Kapitals zu vertreten.

Bei der Notstandsgesetzgebung und den wilden Streiks bewies die SPD ebenfalls, daß sie durch ihre Verflechtung mit den Gewerkschaften die aufkeimenden Klassenkämpfe des Proletariats und die erstarkende demokratische Bewegung mit dem Mittel der sozialen Demagogie behindern kann. Diese Fähigkeit war die letzte Bedingung für den Regierungsantritt der SPD. Während die Rechte, die von der CDU aufgesogen wird, dem Kapital ohnehin nie als Gefahr erschienen ist, gelang es der SPD einerseits immer noch weite Teile der Arbeiterklasse auf den Weg der Bourgeoisie festzulegen, andererseits in der demokratischen Opposition Illusionen über ihren eigenen Charakter zu erwecken. So verschaffte sie der Politik des Kapitals die notwendige Massenbasis gerade bei jenen, von denen es den härtesten Kampf und den größten Widerstand zu erwarten hat.

Der Hintergrund des SPD-Regierungsantritts ist zugleich durch die zunehmende Verschärfung der Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und dem westeuropäischen Imperialismus, indem die BRD aufgrund ihres Produktionsvorsprungs eine Hauptrolle spielt, gekennzeichnet.

Der ökonomisch notwendige Zwang zur Einheitlichkeit des westeuropäischen Imperialismus gegenüber den USA wird durch die Konkurrenz unter den westeuropäischen imperialistischen Staaten selbst solange durchbrochen werden, bis sich die Vorherrschaft der BRD, die sich in den wichtigsten Produktionszweigen und in der Währungsfrage ausdrückt, in der Auseinandersetzung durchgesetzt hat.

Angesichts dieser Entwicklungstendenzen müssen die politischen Fraktionen der Bourgeoisie Strategien entwickeln, die den Ausdehnungsinteressen des westdeutschen Monopolkapitals gerecht werden. So ist die "Ost-Politik" der SPD-Regierung in diesen Zusammenhang zu stellen, ebenso wie das auf die aggressive Souveränität des westeuropäischen Imperialismus unter der Vorherrschaft des westdeutschen Monopolkapitals gerichtete Konzept der CDU/CSU. Die Gegensätze in den beiden Konzeptionen sind Gegensätze in der Taktik der Bourgeoisie. Mögen diese Gegensätze auch innerhalb der Taktik prinzipieller Natur sein, so bewegen sich beide Wege im Rahmen der Expansionsstrategie des Monopolkapitals. Damit sind als organische Einheit die Innen- und Außenpolitik der verbürgerlichten sozialdemokratischen Partei unmittelbar gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet.

(Ein Vergleich zwischen der Politik der SPD und der CDU müßte berücksichtigen, daß beide Konzepte zur Sicherung der Ausdehnung des Monopolkapitals nicht als völlig voneinander getrennte Vorstellungen vertreten werden. Innerhalb

der politischen Auseinandersetzung zwischen den Parteien treten sie vielmehr in vermischter Gestalt auf, sie können jedoch hauptsächlich einer der beiden Parteien des Monopolkapitals zugeordnet werden. Notwendig wäre eine genaue Analyse der Perspektiven beider Wege. Auszugehen wäre dabei von einer zunehmenden Verschärfung der Konkurrenz zwischen dem US-Imperialismus und dem in sich widersprüchlichen westeuropäischen Imperialismus. Die Konsequenzen der Unterschiede in der Haltung zur Frage der politischen Vereinheitlichung Westeuropas müßten herausgearbeitet werden, ebenso wie zur Frage der Ausdehnung des Marktes in die Übergangsgesellschaften hinein. Als wichtiger Gesichtspunkt taucht die Sicherung und Eroberung langfristiger Rohstoff- und Energiequellen auf. Der Versuch der SPD, den osteuropäischen Markt für den Kapitalexport zu öffnen, kann zwar kurzfristig Profitinteressen des westdeutschen Kapitals realisieren, fraglich ist aber, inwieweit sich zugleich die Widersprüche der westeuropäischer imperialistischen Länder untereinander verschärfen. Sieht man die unumgängliche Auseinandersetzung mit der japanischen und US-Konkurrenz als Tagesfrage an, so bleibt eine von den USA unabhängige, machtpolitisch abgesicherte europäische (imperialistische) Union wahrscheinlich langfristig eine unvermeidliche Notwendigkeit für die westdeutschen Monopolgruppen. Zweifelhaft erscheint dabei allerdings, bis zu welchem Grad die Widersprüche im imperialistischen Lager selbst austragungsfähig sind, angesichts der nach wie vor bestehenden Widersprüche mit den Übergangsgesellschaften und den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt.)

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der SPD sind die widersprüchliche Reaktion verschiedener Teile dieser Partei des Monopolkapitals auf die Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD. Die Parteiführung reagiert auf die aufkeimenden Klassenkämpfe, indem sie die Reihen der Bourgeoisie zu schließen und sich noch enger mit dem Monopolkapital zusammenzuschließen versucht. Durch die Straffung des Polizei-, Bespitzelungs- und Militärapparats, durch Verbotsdrohungen und Verbote kommunistischer und sozialistischer Organisationen bereitet sie die gewalttätige und gewaltsame Aufrechterhaltung der Diktatur der Bourgeoisie vor. Dieser Politik der SPD-Führung ist die reformistische Phrasendrescherei der Jusos partiell disfunktional. Sie wird unterbunden.

Objektiv ist die Politik der Jusos als vergeblicher Versuch zu werten, die unzufriedenen Teile der Arbeiterklasse und der Masse des werktätigen Volkes doch noch an die SPD und damit an das Monopolkapital zu binden. Die Möglichkeit partieller Bündnisse mit den Jusos kann über die Notwendigkeit des scharfen ideologischen Kampfes gegen diesen neuen Betrüger der Arbeiterklasse nicht hinwegtäuschen. Der Geist des Sozialdemokratismus ist der größte Feind der Einheit der Arbeiterklasse. Er lebt in der Ideologie der Jusos wieder auf.

Die Partei der Arbeiterklasse kann den Revisionismus nur bekämpfen, wenn sie die Einheit des politischen und des ökonomischen Kampfes herstellt und somit den ökonomischen Kampf der Arbeiter (ihren gewerkschaftlichen Kampf) mit dem Kampf gegen den monopolistischen Staatsapparat verbindet, um ihn zu zerschlagen, wodurch die ökonomische Befreiung des Proletariats erst möglich wird.

25 **P. L. Lavrov**
Die Pariser Kommune (18. 3. 1871)
Vorwort Klaus Meschkat
192 Seiten DM 6.50 (Abo: 5.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

24 **U. M. Meinhof**
Bambule · Fürsorge – Sorge für wen?
Nachwort Klaus Wagenbach
108 Seiten DM 4.50 (Abo: 3.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

ZUR THEORIE UND PRAXIS DER BEFREIUNGSBEWEGUNGEN IN DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIEN UND IN PALÄSTINA

Der palästinensische Widerstand und die Frage der „friedlichen Lösung" S. 4
FRELIMO – Frente de Libertacao de Mocambique S. 20
MPLA – Movimento Popular de Libertaçao de Angola S. 31
PAIGC – Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde S. 39
Programme der MPLA und PAIGC S. 45

DM 1,50
(Der Erlös dieser Broschüre dient der materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen)
SAALA – HEIDELBERG
VDS – PROJEKTBEREICH INTERNATIONALISMUS

rechtshilfe
kto. 9980
VOLKSBANK HEIDELBERG

Zur Gewerkschaftsfrage

WIDERSPRUCH VON LOHNARBEIT UND KAPITAL

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital ist das notwendige Ergebnis des Widerspruches von Lohnarbeit und Kapital. Schon auf der Ebene des Lohnkampfes sind die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen der Kapitalistenklasse diametral entgegengesetzt:

".. In welchem Verhältnis auch immer die Kapitalistenklasse, die Bourgeoisie eines Landes, des ganzen Weltmarkts, den Reinertrag der Produktion unter sich verteile, die Gesamtsumme dieses Reinertrags ist jedesmal nur die Summe, um welche die aufgehäufte Arbeit im großen und ganzen durch die unmittelbare Arbeit vermehrt worden ist. Diese Gesamtsumme wächst also in dem Verhältnis, worin die Arbeit das Kapital vermehrt, d.h. in dem Verhältnis, worin der Profit gegen den Arbeitslohn steigt. Wir sehen also, daß selbst, wenn wir innerhalb des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit stehen bleiben, die Interessen des Kapitals und die Interessen der Lohnarbeit sich schnurstracks gegenüberstehen." (Marx, Lohnarbeit und Kapital)

Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital beruht auf der Trennung der Lohnarbeiter von den Produktionsmitteln, die Eigentum der Kapitalisten sind. Da der Lohnarbeiter nur seine Arbeitskraft besitzt, ist er gezwungen, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen. Als gleichberechtigter Warenbesitzer verkauft er seine Ware Arbeitskraft auf dem Markt. Jetzt erst kann der Produktionsprozess beginnen als kapitalistische Warenproduktion. Sie bedeutet Ausbeutung für den Lohnarbeiter, Mehrwert für den Kapitalisten, der mit der Ware Arbeitskraft auch ihre Fähigkeit gekauft hat, mehr zu produzieren, als zu ihrer Erhaltung notwendig ist, mehr als er zu ihrem Kauf auslegen muß. Denn der Wert der Ware Arbeitskraft ist bestimmt wie der jeder anderen Ware durch das zu ihrer Produktion notwendige Arbeitsquantum, d.h. bei der Ware Arbeitskraft durch das Quantum, was zur Erhaltung der Lohnarbeit, zur Lebenshaltung des Lohnarbeiters notwendig ist.

Die (formale) Gleichheit auf dem Markt zwischen Lohnarbeiter und Kapitalist verdeckt also die wirkliche Ungleichheit von Lohnarbeit und Kapital. Dies beruht auf der Trennung von Markt und Produktion, die Grundlage der bürgerlichen Ideologie ist. Die bürgerliche Ideologie ist Ausdruck des Warenmarktes:

"Die Sphäre der Zirkulation oder des Warentausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt über das seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen. Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den andern kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge, oder unter den Auspizien einer allpfiffigen Vorsehung, nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens des Gesamtinteresses.
Beim Scheiden von dieser Sphäre der einfachen Zirkulation oder des Warentausches, woraus der Freihändler vulgaris Anschauungen, Begriffe und Maßstab für sein Urteil über die Gesellschaft des Kapitals und der Lohnarbeit entlehnt, verwandelt sich, so scheint es schon in etwas wie Physiognomie unserer dramatis personae.
Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut zu Markt getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die Gerberei." (Marx, Kapital I)

DAS ENTSTEHEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Realität des Marktes auf dem der Lohnarbeiter seine Arbeitskraft verkauft, steht aber selbst noch im Widerspruch zu diesem Eden der Menschenrechte. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage erlaubte es dem Kapital, den Preis der Ware Arbeitskraft unter ihrem Wert festzulegen. Die Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander ermöglichte ihm dies umso mehr, als die Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise immer mehr selbständige oder feudal abhängige Schichten proletarisierte, und eine industrielle Reservearmee entstand. Dies war der Grund für das Entstehen der Gewerkschaften, die die Konkurrenz unter den Arbeitern beseitigen und darauf zielen, den Wert der Ware Arbeitskraft gegen die Übergriffe des Kapitals zu verteidigen und einen möglichst hohen Preis für die Ware Arbeitskraft kollektiv durchzusetzen.

GEWERKSCHAFTLICHER KAMPF

Der gewerkschaftliche Kampf um die Lohnhöhe bewegt sich also zunächst innerhalb des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital. Er benutzt die Ausschaltung der Konkurrenz unter den Arbeitern zunächst einzig zu dem Zweck, die Konkurrenz mit dem Kapital zu organisieren, ohne das Lohnsystem selbst in Frage zu stellen. Er zielt nicht auf die Beseitigung des Warencharakters der Arbeitskraft und auf die Beseitigung des Arbeitsmarktes. Vielmehr schafft er die Bedingung für das Funktionieren des Lohnsystems und für den Arbeitsmarkt, indem er den Äquivalententausch erst durchsetzt, d.h. , den Verkauf der Ware Arbeitskraft zu ihrem Wert ermöglicht. Damit verteidigt er einerseits die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse, die durch die Auspowerung durch das Kapital bedroht sind, andererseits die Existenz der Lohnarbeit selbst.

GEWERKSCHAFTLICHES BEWUßTSEIN

Die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften erfolgt aus den unmittelbaren Erfahrungen der Arbeiter und einem noch spontanen Bewusstsein von der Gegensätzlichkeit ihrer Interessen und den Interessen der Kapitalistenklasse. Dies spontane Bewusstsein bleibt notwendig innerhalb des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital. Es ist auf den Markt gerichtet und geprägt von der "Ungerechtigkeit des Lohnes" und von dem Bestreben nach dem "gerechten" Lohn. Das Bewusstsein vom "gerechten Lohn" hat seine Grundlage im Lohnsystem selbst. In der Form des Lohnes ist der Unterschied von notwendiger Arbeit und surplus-Arbeit ausgelöscht. "Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit. Bei der Fronarbeit unterscheiden sich räumlich und zeitlich, handgreiflich sinnlich, die Arbeit des Fröners für sich selbst und seine Zwangsarbeit für den Grundherren. Bei der Sklavenarbeit erscheint selbst der Teil des Arbeitstages, worin der Sklave nur den Wert seiner eignen Lebensmittel ersetzt, den er in der Tat also für sich selbst arbeitet, als Arbeit für seinen Meister. Alle Arbeit erscheint als unbezahlte Arbeit. Bei der Lohnarbeit erscheint umgekehrt selbst die Mehrarbeit oder unbezahlte Arbeit als bezahlt. Dort verbirgt das Eigentumsverhältnis das Fürsichselbstarbeiten des Sklaven, hier das Geldverhältnis das Umsonstarbeiten des Lohnarbeiters. Man begreift daher die entscheidende Wichtigkeit der Verwandlung von Wert und Preis der Ware Arbeitskraft in die Form des Arbeitslohnes oder in Wert und Preis der Arbeit selbst. Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie." (Kapital I) Der gewerkschaftliche Kampf um den "gerechten Lohn" bestätigt also die bürgerliche Ideologie von 'Gerechtigkeit".

BÜRGERLICHER STAAT UND ÖKONOMISCH-POLITISCHER KAMPF DER ARBEITERKLASSE

Auf dem Markt steht sich das Recht des Arbeiters und das Recht des Kapitalisten gegenüber. Die Gleichheit des Rechts und damit die Freiheit des Marktes werden durch den bürgerlichen Staat garantiert. Er erscheint als über den Klassen stehende neutrale Instanz. Indem der bürgerliche Staat in erster Linie die Freiheit des Eigentums und der Ausbeutung der Arbeiterklasse mit Gewalt aufrechterhält, verschwindet der Schein und der Klassencharakter des Staates tritt offen zutage. Allein die unmenschliche Auspowerung der Arbeitskraft durch das Kapital drohte die Existenz der Arbeiterklasse selbst zu gefährden. Der Kampf der Gewerkschaften war deshalb nicht nur auf die Erzielung eines hohen Preises der Arbeitskraft sondern auch auf gesetzliche Regelungen der Arbeitsbedingungen gerichtet. Der Kampf um den Normalarbeitstag zielte auf eine Beschränkung der zerstörerischen Auswirkung der Freiheit des Marktes durch staatliches Zwangsgesetz. Im Kampf um den Normalarbeitstag entwickelte sich der ökonomische Kampf der Gewerkschaften zum politischen Kampf, aber zum revolutionären Kampf "entwickelt" er sich nicht notwendig, versucht er doch gerade vom bürgerliche n Staat ein Zwangsgesetz, das Arbeiter und Kapitalisten bindet, zu erreichen. In diesem Kampf zeigt sich jedoch die Notwendigkeit einer politischen Organisation der Arbeiterklasse, die über die gewerkschaftliche Organisation, wie sie sich spontan aus den ökonomischen Kämpfen entwickelt, hinausführt. Der ökonomische Kampf kann das Lohnsystem nicht beseitigen, sondern nur die Bedingungen der Ausbeutung innerhalb des Lohnsystems verbessern. Nur der politische Kampf der Arbeiterklasse, der zum Sturz der Kapitalistenklasse und zur Zerschlagung ihres Staatsapparates führt, kann die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse erreichen.

ÖKONOMISCH-POLITISCHER KAMPF UND STAATSIDEOLOGIE (REFORMISMUS)

Die Form des politischen Kampfes der Arbeiterklasse, die sich unmittelbar aus dem ökonomischen Kampf entwickelt, schafft nicht notwendig das Bewusstsein von der Notwendigkeit einer politischen Organisation der Arbeiterklasse, die auf den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie gerichtet ist, der Partei des Proletariats. Gerade der Kampf um den Normalarbeitstag entwickelte nicht nur das Bewusstsein von der Notwendigkeit der revolutionären Partei des Proletariats, sondern auch die Möglichkeit, das Bewusstsein der Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat, an das Lohnsystem und an die bürgerliche Ideologie zu binden. In dem Maße, wie die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital und die verheerenden Wirkungen des freien Arbeitsmarktes die Reproduktion der Arbeiterklasse selbst gefährdete, sah sich der bürgerliche Staat als geschäftsführender Ausschuss der Kapitalistenklasse gezwungen, Arbeitsgesetze und Gesetze zur sozialen Sicherung gegenüber den Einzelkapitalisten im Interesse der Kapitalistenklasse durchzusetzen, um die Existenz der Arbeiterklasse und die Möglichkeit der Ausbeutung zu sichern und die Angriffe der Arbeiterklasse auf die Herrschaft des Kapitals und seine Staatsgewalt abzuwehren. Die Arbeitsgesetzgebung war ihrerseits ein Mittel zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals, indem sie die Kapitalisten zwang, die Erpressung des absoluten Mehrwerts - durch die maßlose Verlängerung des Arbeitstages - durch den Einsatz von Maschinen die Erhöhung der Produktivität der Arbeit, d.h. durch Erzielung des relativen Mehrwerts zu kompensieren. Die Arbeiterklasse mußte sich jedoch diese Gesetzgebung selbst erkämpfen. Das Nachgeben des bürgerlichen Staates konnte so in ihr Bewusstsein eingehen als Bestätigung der bürgerlichen Ideologie vom neutralen über den Klassen stehenden Staat, der den gerechten Tausch und die Gleichheit auf dem Markt garantiert. Diese Illusion setzte sich als Ideologie und strategisches Konzept in den Gewerkschaften, vor allem in der Gewerkschaftsführung Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland fest.

HISTORISCHE ENTWICKLUNG DES REFORMISMUS

Das hat seinen Grund auch in der Entwicklung der Arbeiterbewegung selbst. In der deutschen Sozialdemokratie bestand unter dem Einfluss Lasalles eine starke Tendenz der Mißachtung der Gewerkschaftsbewegung. Das "eherne Lohngesetz" Lasalles behauptete eine weitgehendes Sinnlosigkeit des gewerkschaftlichen Lohnkampfes.

Unter Führung Lasalles entstanden die Illusionen der Sozialdemokratie durch die Übernahme der bürgerlichen Regierung und in Koalition mit bürgerlichen Fraktionen, die Emanzipation der Arbeiterklasse voranzubringen. Die Gewerkschaften entwickelten sich relativ spät im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie. Sie organisierten vor allem relativ privilegierte Schichten der Arbeiterklasse, Facharbeiter und höher qualifizierte Berufsgruppen. Die Gewerkschaftsführungen entwickelten selbst eine klassenversöhnlerische Zusammenarbeit mit den Kapitalisten vor allem in den durch die imperialistiche Expansion bedingten relativ langen Prosperitätszeiten. Diese Praxis wurde bestätigt durch die Praxis der Sozialdemokratie, die nach Aufhebung des Parteiverbots im wesentlichen darum besorgt war, die Organisation nicht zu gefährden. Begünstigt durch die lange Mißachtung des gewerkschaftlichen Kampfes durch die Sozialdemokratie und bedingt durch die mangelnde Verankerung der Partei in den Betrieben, entwickelten die Gewerkschaften eine Eigenständigkeit, die sich einer revolutionären Dialektik von gewerkschaftlichem und politischem Kampf verschloß. Das zeigte sich vor allem in der Massenstreikdebatte, der die Gewerkschaften mit der Begründung fernblieben, daß diese ohne Kenntnis der Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes geführt werde und auf eine Gefährdung des Bestandes der Gewerkschaften abziele.

Im Revisionismus Bernsteins fand die Gewerkschaftsführung eine theoretische Rechtfertigung für ihre klassenversöhnlerische Praxis. Schon 1898 zeichnete Karl Legien, der Vorsitzende der 1890 gegründeten Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, im Reichstag die Möglichkeit einer linearen Entwicklung vom "Absolutismus" des damaligen Unternehmertums zur "demokratischen, oder sagen wir richtiger, sozialistischen Fabrikation". Die Zusammenarbeit mit den Unternehmern führte zu Beginn des ersten Weltkrieges im Holz- und Baugewerbe zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften und gegen Kriegsende zur Bildung der "zentralen Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands", deren Aufgabe die Sicherung der Kriegsproduktion und die Verhinderung von Streikaktionen gegen die imperialistische Kriegführung war. In der Arbeitsgemeinschaft fanden die Gewerkschaften die langersehnte Anerkennung durch den Staat und gegenüber den Unternehmern.

Im bewussten Zusammengehen mit dem kapitalistischen Staat, nicht um ein Gesetz durchzubringen, daß die ökonomische Lage der Arbeiterklasse oder von Teilen von ihr verbesserte, sondern aus - wie die Gewerkschaftsführung es selbst deutlich ausdrückte - sogenannten "gesamtgesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein" übernimmt die Gewerkschaft die Funktion eines Teils des "geschäftsführenden Ausschusses" der Kapitalistenklasse. Sie verfehlt ihr Ziel nicht darin, daß sie sich darauf beschränkt, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden kapitalistischen Systems zu führen, sondern sie sichert "in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung" bewusst das System.

OBJEKTIVE GRÜNDE DER REAKTIONÄREN ENTWICKLUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Diese Entwicklung der Gewerkschaften findet ihre objektive Begründung in der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus, der einerseits die materielle Basis für die Privilegierung und Korrumpierung eines Teiles der Arbeiterklasse zur Arbeiteraristokratie schafft, andererseits Bedingungen der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse schafft, die die Praxis der reformistischen Gewerkschaftsführung zu rechtfertigen scheinen. Die Konzentration und Zentralisation des Kapitals zwang die Gewerkschaften, einen von Berufsfunktionären straff geführten zentralisierten Gewerkschaftsapparat aufzubauen, um kollektive Verträge mit den in Verbänden organisierte Monopolen durchzusetzen. Die Gewerkschaftsapparate führten einen ständigen Kampf um die rechtliche Verbindlichkeit der Tarifverträge, die im Staat vor der Weimarer Republik keineswegs garantiert war. Der Kampf für die bürgerliche Demokratie bedeutete für die Gewerkschaften vor allem ihre staatlich garantierte Anerkennung als kollektiver Vertragspartner der Arbeiter gegenüber dem Kapital innerhalb des bürgerlichen Staates. Der Kampf für die bürgerliche Demokratie, der von der Arbeiterklasse unter der Perspektive der Diktatur des Proletariats um die Verbesserung der politischen Kampfbedingungen geführt wird, beschränkt sich aus der Perspektive des gewerkschaftlichen Kampfes auf die Anerkennung der Gleichberechtigung auf dem Markt gegenüber dem Kapital, garantiert durch den bürgerlichen Staat. Daß die Kollaboration mit der Bourgeoisie bis zum Klassenverrat in der Arbeitsgemeinschaft ging, läßt sich nur aus der völligen Isolierung der Gewerkschaftsführung von den lohnabhängigen Massen, der Beschränkung der gewerkschaftlichen Organisation auf die privilegierten Schichten der Arbeiterklasse und aus der totalen Korruption der Gewerkschaftsführung durch die Zuwendungen der Monopolbourgeoisie erklären.

Die Beschränkung der ökonomischen Kämpfe auf die Sphäre des Warenmarktes, die im Lohnsystem begründete Ideologie vom "gerechten Lohn", die aus den ökonomischen Kämpfen sich unmittelbar entwickelnde Politisierung der ökonomischen Kämpfe, die wiederum nur auf die staatliche Garantie der Freiheit und Gleichheit des Marktes gerichtet ist und die Vorstellung von einem neutralen, über den Klassen stehenden Staat bestärkt, - das sind die objektiven Grundlagen des gewerkschaftlichen Reformismus, der mit der Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus die Gewerkschaften in eine offen reaktionäre Richtung drängt. Diese Entwicklung fand im Revisionismus einen bewußten, gegen die revolutionäre Theorie des Proletariats gerichteten Ausdruck. Das offene Bündnis der SPD und der Gewerkschaftsführung mit der Monopolbourgeoise im imperialistischen Weltkrieg und die blutige Niederwerfung der proletarischen Revolution durch die Sozialdemokratie im Verein mit der reaktionären Gewerkschaftsführung zerriß den Schleier des Revisionismus. Die Kommunisten müssen vor allem studieren, warum große Teile der Arbeiterklasse dennoch der Sozialdemokratie und den reaktionären Gewerkschaften die Treue hielten, nachdem sie sich so offen als reaktionär gezeigt hatten.

DIE REAKTIONÄREN GEWERKSCHAFTEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

Das Entstehen der Weimarer Republik, die Errichtung der bürgerlichen Demokratie auf dem Schlachtfeld der nieder-

geschlagenen proletarischen Revolution, brachte den reaktionären Gewerkschaftsführern das Eden der Gleichberechtigung und der Menschenrechte, für das sie gedient hatten. Für die Gewerkschaftsführung begann die bürgerliche Demokratie mit der Arbeitsgemeinschaft im ersten imperialistischen Weltkrieg. Die faktische Anerkennung der Gewerkschaften als kollektiver Vertreter der Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital wurde dann in der Weimarer Verfassung rechtlich garantiert. Das erstmalig verfassungsmäßig garantierte Recht der Streikfreiheit fand seine Ergänzung im staatlichen Schlichtungswesen, das nichts anderes als eine rechtliche Fixierung der Praxis der Arbeitsgemeisnchaft bedeutete. Die gesetzliche Sozialversicherung übernahm die ehemals gewerkschaftliche Aufgabe der Unterstützungskassen, die schon vor der Weimarer Zeit die Streikkassen zunehmend verdrängt hatten. In ihrem Konzept der Wirtschaftsdemokratie knüpfte die Gewerkschaftsführung ebenfalls an die Erfahrungen der Arbeitsgemeinschaft an. Gewerkschaftsführer saßen in den staatlichen Versicherungsorganen, im Verwaltungsrat der Reichspost, im Reichseisenbahnrat, im Zentralausschuß der Reichsbank und in den Beiräten der staatlichen Aktiengesellschaften. Durch ihre Vertretung im Reichswirtschaftsrat nahmen sie Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik, die vornehmlich von der SPD betrieben wurde. Die Ideologie von der Wirtschaftsdemokratie ist von der Gewerkschaftsführung bewußt entwickelt und verbreitet worden, um über das Bündnis mit der Monopolbourgeoisie hinwegzutäuschen. Als Ideologie wurde sie entwickelt gerade als Reaktion auf die Tatsache, daß das Proletariat infolge der Konzentration und Zentralisation in zunehmendem Maße verelendete, was durch die Gewerkschaftspolitik, insbesondere durch ihre Haltung gegenüber der Rationalisierung in den Monopolbetrieben gefördert wurde. Mit der beginnenden Weltwirtschaftskrise begannen das Monopolkapital und sein Staat alle gewerkschaftlichen Positionen im Staatsapparat und in der Wirtschaft abzubauen, insbesondere die Sozialversicherung. Die Gewerkschaftsführung reagierte auf diesen Abbau mit immer schöneren Formulierungen ihrer Ideologie der Wirtschaftsdemokratie, die sich kaum noch von der faschistischen Agitation unterschieden. Hierfür ein Zitat des Gewerkschaftsführers Tarnow:
"Jeder von uns weiß nun, wenn er sich die Entwicklung der letzten Jahre ansieht, daß im Seelenleben der deutschen Arbeiterbewegung etwas gebrochen ist. Eine Illusion ist geplatzt. Das, woran man jahrzehntelang geglaubt hat, wenigstens in den Massen, indem man meinte, an dem Tage, an dem wir die politische Macht erringen würden, werde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen ... Es ist schon notwendig, zu fragen, ob das so bleiben muß, ob wir nicht in unsere Arbeiterbewegung und ganz besonders in unsere Gewerkschaftsbewegung eine Ideologie hineinbringen können, an die die Massen glauben können, ein Ideal! - die Wirtschaftsdemokratie!" (zitiert nach : Rotes Gewerkschaftsbuch, S.22)

REVOLUTIONÄRE ARBEIT IN DEN REAKTIONÄREN GEWERKSCHAFTEN

Die offen reaktionäre Entwicklung der Gewerkschaften ist also keine neue Erscheinung. Sie ergibt sich aus der Widersprüchlichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes und den spezifischen Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung in der Epoche des Imperialismus. In dem Maße wie der Kapitalismus seine historische Funktion in der Entwicklung der Produktivkräfte erfüllt hat, versumpft der Kapitalismus und der bürgerliche Staat wird offener Agent der reaktionären Monopolbourgeoisie.Die gewerkschaftliche Organisation,dieauf ein Bündnis mit dieser Bourgeoisie und ihrem Staat gerichtet ist, muß selbst reaktionär werden. Niemand hat dies klarer ausgesprochen als Lenin und gleichzeitig der Theorie der"linken" Kommunisten, eine Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften sei abzulehnen, eine entschiedenere Absage erteilt.

"Als ein ebenso lächerlicher, kindischer Unsinn muß uns auch das wichtigtuerische, überaus gelehrte und furchtbar revolutionäre Gerede der deutschen Linken über das Thema erscheinen, daß die Kommunisten in den reaktionären Gewerkschaften nicht arbeiten können und nicht arbeiten dürfen, daß es statthaft sei, diese Arbeit abzulehnen, daß man aus den Gewerkschaften austreten und unbedingt eine nagelneue, blitzsaubere, von sehr netten (und meist wohl sehr jungen) Kommunisten ausgeheckte Arbeiterunion schaffen müsse ... "
Man "muß unbedingt dort arbeiten, wo die Massen sind. Man muß jedes Opfer bringen und die größten Hindernisse überwinden können, um systematisch, hartnäckig, beharrlich, geduldig gerade in allen denjenigen - und seien es auch die reaktionärsten - Einrichtungen, Vereinen und Verbänden Propaganda und Aigtation zu treiben, in denen es proletarische oder halbproletarische Massen gibt. Die Gewerkschaften ... sind aber gerade Organisationen, die Massen erfassen." "Nicht in den reaktionären Gewerkschaften arbeiten, heißt, die ungenügend entwickelten oder rückständigen Arbeitermassen dem Einfluß der reaktionären Führer, der Agenten der Bourgeoisie, der Arbeiteraristokraten oder der verbürgerten Arbeiter zu überlassen." (Lenin, Kinderkrankheiten, LAW III, 419)
"Das eigentliche Ziel der Gewerkschaftsverbände wäre gar nicht zu erreichen, wenn sie nicht alle zusammenfaßten, denen diese, sei es auch nur diese eine elementare Stufe der Erkenntnis zugänglich ist, wenn diese Gewerkschaftsverbände nicht sehr breite Organisationen wären." (Lenin, Was tun?) Gemeint ist die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die Unternehmer und die Regierung.

Der ökonomische Zweck der Gewerkschaften und die politischen Ziele der Massenarbeit verbieten also grundsätzlich eine Spaltung der Gewerkschaften.

DIE LEHREN AUS DER WEIMARER ZEIT

Zu Beginn der Weimarer Republik setzte sich in einem Prozess der Abgrenzung von den linkskommunistischen Positionen in der KPD eine Politik der Arbeit in den Gewerkschaften durch, die den oben angeführten Grundsätzen entsprach. Die klare Unterscheidung zwischen ökonomischer Organisation der gesamten Arbeiterklasse und politischer Organisation ihrer bewußtesten Teile war die Voraussetzung für den Aufbau der Partei des Proletariats einerseits und der Arbeit in den gewerkschaftlichen Massenorganisationen andererseits. Die Arbeit in den Gewerkschaften wurde mit dem Ziel geführt, die reaktionäre Gewerkschaftsfüh-

rung zu isolieren und die Einheit von ökonomischem und politischem Kampf herzustellen. Zu diesem Zweck schließen sich die Kommunisten in den Gewerkschaften fraktionsmässig zusammen. (Hier wäre zu untersuchen das Verhältnis von Betriebszellen der Partei und Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften.) Diese Linie, die sich beim 2.Parteitag 1919 durchsetzte, wurde unter der Fischer-Maslow-Führung verlassen, danach wieder aufgenommen und bis 1928 im wesentlichen beibehalten.

Während zu Beginn der Weimarer Zeit dieser Kurs gegen die linkskommunistischen Positionen durchgesetzt wurde, deren starke Anhängerschaft aus der unmittelbaren Erfahrung der Revolution und des Verrats der Gewerkschaftsführung resultierte, waren es gegen Ende der Weimarer Republik andere Gründe, die die kommunistische Partei selbst zur Revision ihres Gewerkschaftskurses führten. Es waren objektive Gründe, die den neuen RGO-Kurs, den Kurs selbständiger kommunistischer Gewerkschaftsorganisationen begünstigten.

- Mit dem zunehmenden Einfluß kommunistischer Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften griff die reaktionäre Gewerkschaftsführung zum Mittel des Ausschlusses der Kommunisten.
- Die reaktionären Gewerkschaftsführungen hintertrieben zunehmend den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse.
- Die Entwicklung der Wirtschaftskrise schuf ein gewaltiges Arbeitslosenheer, das in Gegensatz zu den ökonomischen Interessen der beschäftigten Lohnabhängigen geriet.

Der RGO-Kurs bewirkte nicht den Aufbau von Gewerkschaften, die tatsächlich in der Lage waren, die ökonomischen Abwehrkämpfe in der Krise zu führen und die objektiven Momente, die die Spaltung der Arbeiterklasse verursachten, zu überwinden. Er verstärkte vielmehr die objektive Spaltung der Arbeiterklasse.

Der RGO-Kurs kann aber nicht einfach als Rückfall in die linkskommunistische Gewerkschaftspolitik verstanden werden. Er ist der Versuch einer organisatorischen Antwort auf den massenfeindlichen Charakter der reaktionären Gewerkschaftsapparate, der sich auch in einem Rückgang der Mitgliederzahlen niederschlug. Ob er unter anderen Bedingungen richtig ist, muß genau unter Berücksichtigung der konkreten historischen Bedingungen und in Anwendung der Dialektik von Avantgarde und Massenorganisation untersucht werden.

Die Frage der Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften muß also unter zwei Gesichtspunkten geprüft werden. Erstens, ob in den Gewerkschaften die Massen organisiert sind, zweitens, ob die Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen, die Arbeiter zu vereinigen, die die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die Unternehmer und ihre Regierung erkennen. Solange die Gewerkschaften wirklich Massenorganisationen sind, vereinen sie auch die Arbeiter, die die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkannt haben, unabhängig davon ob die reaktionäre Gewerkschaftsführung das Ziel dieses Zusammenschlusses hintertreibt. Dies wird besonders deutlich in der ungeheuren Ausdehnung der Gewerkschaftsorganisation (sprunghafter Mitgliederzuwachs) zu Beginn der Weimarer Republik trotz der reaktionären Gewerkschaftsführung.

Um die Frage der Strategie und Taktik der Kommunisten gegenüber den Gewerkschaften in der BRD beantworten zu können, müssen wir, ausgehend von den praktischen und theoretischen Lehren der Klassenkämpfe des Proletariats, die Entwicklung der Gewerkschaften in der BRD untersuchen. Dabei können wir diese Fragen nur allgemein lösen. Eine genaue Einschätzung der Gewerkschaften wird erst mit entwickelteren Klassenkämpfen möglich sein. Umso wichtiger ist es aber, die historischen Klassenkämpfe zu studieren und klare Konsequenzen zu ziehen, um schwerwiegende Fehler nicht aus Unkenntnis der historischen Erfahrungen einfach zu wiederholen und damit die Entwicklung des Klassenbewußtseins selbst zu behindern.

DIE ENTWICKLUNG DER GEWERKSCHAFTEN IN WESTDEUTSCHLAND

Nach 1945 knüpfte die Gewerkschaftsführung konsequent an die Ideen der Weimarer Zeit, insbesondere der Wirtschaftsdemokratie, an. Sie war zunächst von den Arbeitern isoliert, die sich neue Betriebsräteorganisationen geschaffen hatten, um für die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu kämpfen, die Demontagen zu verhindern und die erneute Übernahme der Betriebe durch die faschistischen Unternehmer zu bekämpfen. Mit der Parole von der Mitbestimmung und der Neuordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nach dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie versuchte die Gewerkschaftsführung, die Betriebsräteorganisationen unter Kontrolle zu bringen. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 beseitigte nicht nur diese Machtpositionen der Arbeiter im Betrieb, sondern zerstörte auch die Illusionen von der Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Gewerkschaften gaben den Widerstand gegen das BVG auf, nachdem die Adenauer-Regierung unmißverständlich erklärt hatte, daß der Widerstand gegen das BVG einem Angriff auf die Staatsgewalt gleichkäme und gegen das Grundgesetz gerichtet sei.
Die Niederlage des reformistischen Kampfes der Gewerkschaften um die Neuordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg hat nicht die Voraussetzung für die Revolutionierung der bestehenden Gewerkschaften geschaffen, sondern den Weg geebnet für die erneute Eingliederung der Gewerkschaftsapparate in das kapitalistische Wirtschaftssystem. Insofern der reformistische Kampf der Gewerkschaftsführung zugleich auf die Kontrolle und Gleichschaltung der Betriebsräteorganisationen und auf die Ausschaltung der kommunistischen Fraktionen auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Organisation gerichtet war, trug er von Anfang an offen reaktionäre Züge. Der reaktionäre Charakter der Gewerkschaftsführung wurde auch in dem auf Zusammenarbeit mit den imperialistischen Westmächten gerichteten Kurs offenbar, der wesentliche Voraussetzungen für die Durchsetzung der immer noch dominierenden Führungsclique war. Diese Führungsclique hat sich im wesentlichen nicht aus den ökonomischen Kämpfen der Arbeiterklasse sondern durch Genehmigung der Westalliierten durchgesetzt.

Die Stellung der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft der BRD unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der in der Weimarer Zeit. Einige spezifische Unterschiede, die sich aus der Entwicklung der Gewerkschaf-

ten nach 1945 ergeben, sind aber zu beachten. Der Kampf gegen die kommunistischen Fraktionen wurde mit der Forderung nach parteipolitischer Neutralität der Gewerkschaften geführt. Diese Neutralitätsthese vertrat die Gewerkschaftsführung schon Anfang des 20. Jahrhunderts, um die Ablehnung der Massenstreikdebatte zu begründen. In der Entwicklung nach 1945 führte die scheinbare Neutralität zwar nicht zu einer Loslösung von der SPD, aber solange die SPD Oppositionspartei war, war die Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der SPD größer. Mit dem Düsseldorfer Gewerkschaftstag vollzogen die Gewerkschaften die programmatische Ausrichtung am Godesberger Programm. Die Durchführung des Programms war aber angewiesen auf eine Übernahme der Regierung durch die SPD. Solange die SPD nicht in der Regierung war, hatten die Einzelgewerkschaften einen relativen Spielraum, eine von der SPD unabhängige demokratische Defensivpolitik zu machen. Das erklärt die Opposition der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze, die mit dem Eintritt der SPD in die große Koalition schlagartig eingestellt wurde. Die Angliederung der Gewerkschaften an den Staatsapparat bleibt im wesentlichen vermittelt über die Verbindung von SPD und Gewerkschaften. Dies war auch in der Weimarer Republik der Fall. Die Weimarer Republik ist aber wesentlich selbst das Werk der Sozialdemokratie, während die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst lange Zeit von der Regierungsgewalt ausgeschlossen war. Das schlägt sich auch in den die Gewerkschaften betreffenden Teilen der Verfassung nieder. Im Gegensatz zur Weimarer Zeit kennt das Grundgesetz kein verfassungsmäßig verankertes Streikrecht, aber auch kein staatliches Schlichtungsrecht. Andererseits wurde die Korrumpierung der Gewerkschaftsführung institutionell durch das Aktiengesetz geregelt. Vertreter der Gewerkschaften besetzen zu einem Drittel die Sitze der Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften. Das Schlichtungswesen haben die Gewerkschaften freiwillig vertraglich mit den Unternehmerverbänden geregelt. Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die SPD setzten sich die reaktionären Tendenzen der Gewerkschaften in wesentlich gleicher Form durch wie in der Weimarer Zeit. Die Ideologie dieser Entwicklung ist die Mitbestimmung, die ähnlich wie die Ideologie der Wirtschaftdemokratie der Weimarer Zeit selbst noch von reformistischen Inhalten entleert wird.

MITBESTIMMUNG

Die Mitbestimmungsforderung der Gewerkschaften wird heute nur noch von der DKP als reformistische Forderung erhoben. In der Politik der Gewerkschaften dient sie der sozialen Demagogie gegenüber der Arbeiterklasse und der Rechtfertigung der Verschmelzung der Gewerkschaftsapparate mit dem Kapital und dem kapitalistischen Staatsapparat. So sind in der heutigen Gewerkschaftsideologie die sozialdemokratischen Minister in der Regierung mitbestimmende Minister, die Konzertierte Aktion von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsapparat ein Mitbestimmungsgremium, die Bank für Gemeinwirtschaft ein Mitbestimmungsunternehmen. Die Forderung nach Mitbestimmung heißt heute nur: mehr Posten in den Aufsichtsräten und im Staatsapparat. Sie richtet sich damit in erster Linie an die Funktionäre im Gewerkschaftsapparat und ihre Karrierewünsche. Daß die Mitbestimmungsforderung nichts mehr mit den Interessen der Arbeiter im Betrieb zu tun hat, vielmehr gegen diese Interessen gerichtet ist, zeigt sich an den Vorstellungen des DGB zu einer Neuregelung des BVG. Forderte die Gewerkschaftsführung 1952 bei Verabschiedung des BVG noch die Streichung der Friedenspflicht, so wird diese von der Gewerkschaftsführung grundsätzlich akzeptiert. Die Forderungen der Gewerkschaftsführung beschränken sich im wesentlichen auf größeren Einfluß des Gewerkschaftsapparats in den Betrieben und gegenüber den Betriebsräten.

Die Gewerkschaften sind heute in der Regierung und im Parlament vertreten und sitzen in Aufsichtsräten und Planungsgremien der kapitalistischen Wirtschaft. Sie haben eigene kapitalistische Unternehmen aus den Streikgeldern und den genossenschaftlichen Unternehmen der Arbeiterklasse gebildet. In den Wirtschaftsgremien und den politischen Positionen im Staatsapparat vertreten sie das Funktionieren des kapitalistischen Systems. Mit den gewerkschaftseigenen kapitalistischen Unternehmen beteiligen sie sich am Verwertungsprozess des Kapitals. Während sie den Mitgliedern von der günstigen Wirkung der Konkurrenz von Gewerkschaftsunternehmen gegenüber den Monopolen erzählen, betätigen sie sich selbst als Monopolisten. Indem sie die Streikkassen kapitalisieren, entziehen sie der Arbeiterklasse die materiellen Bedingungen des Streiks, des wichtigsten Instruments der ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse.

Als Kompensation und zur Rechtfertigung der Kapitalisierung der Streikkassen bieten sie den Mitgliedern Versicherungen an. Waren die Unterstützungskassen schon eine Abkehr von den wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, die aber noch einem sozialen Bedürfnis entsprachen, so sind diese Freizeitversicherungen blanker Hohn gegenüber der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaftsführung läßt die Gewerkschaften so zu einem Versicherungsunternehmen verkommen.

GEWERKSCHAFTLICHER LOHNKAMPF

Eine große Mehrheit der Arbeiterklasse vor allem in den Großbetrieben ist in den bestehenden Gewerkschaften zur Sicherung ihrer ökonomischen Interessen organisiert. Mit der zunehmenden Verflechtung der Gewerkschaften mit der kapitalistischen Wirtschaft und dem monopolkapitalistischen Staatsapparat behindern die Gewerkschaftsapparate auch den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse. Damit geraten sie in Widerspruch zur Arbeiterklasse. Nach der Verhinderung der gewerkschaftlichen Pläne zur Neuordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft setzte sich in den Gewerkschaften eine Richtung durch, die eine expansive Lohnpolitik ohne Rücksichtnahme auf sogenannte gesamtwirtschaftliche Interessen vertrat. Die expansive Lohnpolitik wollte über den Lohnkampf eine Veränderung der Verteilungsquoten zwischen Lohnarbeit und Kapital erzwingen. Diese Politik mußte scheitern. Zwar wären ohne den gewerkschaftlichen Lohnkampf die Löhne auch nicht annähernd parallel zum wirtschaftlichen Wachstum gestiegen. Die Gewerkschaften haben eine richtige Lohnpolitik mit einer illusionären Begründung gemacht. Denn eine Umverteilung über den Lohnkampf kann nicht erreicht werden. Es war nicht einmal möglich,

die effektiven Löhne voll tariflich abzusichern. Mit dem Düsseldorfer Gewerkschaftstag 1963 wurde die expansive Lohnpolitik aufgegeben und eine weitgehende Anglei chung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen an die SPD des Godesberger Programms durchgesetzt. SPD und Gewerkschaften fordern sogenannte Richtwerte für die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen eines projekti ven Natio nalbudgets. Da die staatliche Planung nicht unmittelbar in den Produktionsprozess eingreift, kann sie sich nur auf die Planung der Bedingungen der Produktion und Ausbeutung erstrecken. Eine zunehmende Bedeutung in der wirtschaftspolitischen Planung des monopolkapitalistischen Staates erhält deshalb die Einkommenspolitk. Diese erstreckt sich ausschließlich auf die Einkommen der Lohnabhängi gen. Einerseits verteilt sie innerhalb der Lohnsumme die Lohneinkommen um, um die Reproduktion der Arbeiterklasse auch bei Arbeitslosigkeit und Krankheit zu garantieren. D.h. der Staat eignet sich einen immer größeren Teil der Löhne an, um Kassen für Arbeitslosen- und Krankenversorgung und in zunehmendem Maße auch für die Ausbildung der Arbeiterklasse zu bilden. Diese Umverteilung der Löhne folgt zudem konjunkturpolitischen Zwecken, um eine für die Verwertungsbedürfnisse des Monopolkapitals adäquate Konsumquote zu erreichen. Andererseits versucht der monopolkapitalistische Staat, vornehmlich in Krisenzeiten, die absolute Höhe der Löhne zu beschränken, um die Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft durch das Kapital zu verbesser und dem nationalen Monopolkapital Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt zu verschaffen.
In der Konzertierten Aktion sind die Gewerkschaften voll auf diese Linie der von der Sozialdemokratie entwickelten staatlichen Lohnpolitik eingeschwenkt und haben der SPD/CDU-Regierung damit die entscheidende Unterstützung gewährt, die Krise des Kapitals auf dem Rücken der Lohnabhängigen auszutragen. In der Theorie der Gewerkschaften geschieht die staatliche Lohnpolitk zugunsten der Arbeiterklasse. Sie wird damit gerechtfertigt, daß eine krisenfreie Entwicklung des Kapitalismus für die Arbeiterklasse am günstigsten sei. Sie erweckt die Illusion, daß eine krisenfreie Entwicklung des Kapitalismus möglich und deshalb auch seine Aufhebung unnötig sei. Sie erweckt weiterhin die Illusion, daß der monopolkapitalistische Staat in der Lage sei, diese krisenfreie Entwicklung des Kapitalismus zu garantieren. Die staatliche Lohnpolitik ist aber gerade Ausdruck der krisenhaften Entwicklung des Monopolkapitals und ist Mittel des Monopolkapitals, die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen und sie wehrlos zu machen.

Das Eingehen der Gewerkschaften auf die staatliche Lohnpolitik ist der vorerst letzte Schritt auf dem Weg der Verschmelzung des Gewerkschaftsapparats mit dem monopolkapitalistischen Staat. Er bringt den Gewerkschaftsapparat in unversöhnlichen Widerspruch zur Arbeiterklasse. Denn die Gewerkschaften stehen nun auch im Widerspruch zu den ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse wird gezwungen, ihre ökonomischen Forderungen zunehmend gegen den Widerstand der Gewerkschaftsapparate durchzusetzen. In den Septemberstreiks nahmen sie den Lohnkampf spontan und behindert von den Gewerkschaftsapparaten auf. Die Gewerkschaftsführung orientierte sich selbst noch in der Hochkonjunktur an den Orientierungsdaten der staatlichen Lohnpolitik. Mit Vermögensbildungsplänen versucht sie, die Lohnforderungen der Arbeiter abzubiegen. Das Zwangssparen der "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" dient aber nur den Akkumulationsbedürfnissen des Monopolkapitals. Die Bank für Gemeinwirtschaft, die Bank des Gewerkschaftsapparats, verdient zudem an der Bereitstellung des zwangsgesparten Lohns in Form von Krediten an die Monopolbourgeoisie.
Mit der Einführung neuer Arbeitsbewertungs- und Lohnsysteme unterstützt die Gewerkschaftsführung die Rationalisierungspläne des Monopolkapitals, durch Intensivierung der Arbeit die Ausbeutung zu erhöhen und die Solidarität der Arbeiter im Betrieb durch Individualisierung der Löhne zu untergraben. Ein weiteres Mittel zur Spaltung der Arbeiterklasse mit dem Mittel des Lohnsystems ist die starke Differenz der Löhne der einzelnen Qualifikationsstufen. Diese Lohnhierarchie ist durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften, besonders durch die prozentualen Lohnforderungen, die die Gewerkschaftsführung oft genug gegen die Forderungen der Belegschaften durchgesetzt hat, ständig gestiegen. Ebenso haben die Gewerkschaften darauf verzichtet, eine ständig zunehmende Differenz zwischen effektiven und tariflichen Löhnen abzubauen. Damit überlassen sie den nicht tariflich gesicherten Teil der Löhne der Willkür des Monopolkapitals.
Eine besondere Bedeutung für die Bedingungen des Lohnkampfs hat das Phänomen der Inflation. Es muß erklärt werden aus der Veränderung der Verwertungsbedingungen bei monopolistischer Konkurrenz und staatlichen Eingriffen in die Zirkulationssphäre. Diese Erklärung wird hier nicht geleistet. Dennoch läßt sich für die Wirkung der Inflation auf den Lohnkampf folgendes mit Sicherheit sagen: Der traditionelle gewerkschaftliche Lohnkampf versucht, für eine vertraglich bestimmte Zeit die Lohnhöhe durch Tarifvertrag zu fixieren. Die Inflation entwertet ständig die tariflich fixierten Ergebnisse der Lohnkämpfe. Die Lohnkämpfe bleiben so, selbst wenn sie auf Lohnsteigerungen zielen, defensiv, denn sie versuchen, die "Inflationsverluste" einzuholen.
Die Gewerkschaften reagierten auf dies Phänomen bisher so, daß sie wirtschaftspolitische Forderungen erhoben, die auf Wiederherstellung der freien Konkurrenz zielen, um dadurch die Inflation zu bremsen. Solche Forderungen sind illusionär und dienen objektiv der weiteren Monopolisierung, indem sie sich gegen bestehende Schutzbestimmungen für Kleinproduzenten und Kleinhändler richten.

In der Kollaboration mit der staatlichen Lohnpolitk folgen die Gewerkschaften objektiv der Ideologie der Monopole, die Inflation sei durch die Lohnsteigerungen selbst verursacht, die Lohnsteigerungen gefährdeten die Vollbeschäftigung etc. An dieser Ideologie ist nur soviel richtig, daß es im Profitinteresse der Monopole liegt, die Ausbeutung zu steigern und die Löhne zu drücken. Aber die gesteigerte Ausbeutung garantiert nicht die Vollbeschäftigung - im Gegenteil - sie verschärft die Krise des Kapitals.

DER WIDERSPRUCH DER REAKTIONÄREN GEWERKSCHAFTEN

Der Widerspruch der reaktionären Gewerkschaften stellt

sich in Zeiten revolutionärer Klassenkämpfe als Widerspruch zwischen reaktionärer, verknächerter, und imperialistisch gesinnter und vom Imperialismus bestochener Gewerkschaftsführung und revolutionären Massen, die in den Gewerkschaften organisiert sind, dar.
Die Entwicklung der reaktionären Gewerkschaften zu einer halb staatlichen und wirtschaftlichen Institution, die die ökonomischen Interessen der gewerkschaftlich Organisierten nur noch im Sinn einer staatlichen Einkommenspolitk verwaltet, gerät zunehmend in Widerspruch zu den unmittelbar ökonomischen Aufgaben der Gewerkschaften und den Interessen der Organisierten. Muß die Arbeiterklasse oder Teile derselben ihre ökonomischen Kämpfe um den Preis der Ware Arbeitskraft in selbständigen Aktionen erkämpfen, gerät die gesamte gewerkschaftliche Organisation in Widerspruch zu den Massen. Die Septemberstreiks haben gezeigt, daß in diesen Fällen die Streikenden sich der bestehenden gewerkschaftlichen Organisation weder organisatorisch noch materiell bedienen können. Die Gewerkschaften haben unter Berufung auf rechtliche Gründe diese Kämpfe nicht unterstützt. Zwar beteiligen sich an solchen Aktionen Teile der untersten Stufe der gewerkschaftlichen Organisation, aber eben nicht im Rahmen der bestehenden Organisation. Vielmehr zeigt sich hier ein Gegensatz zwischen der gesamten organisatorischen Struktur der Gewerkschaften und den Interessen der Organisierten, der es dem Gewerkschaftsapparat erlaubt, den gewerkschaftlichen Kampf zu sabotieren. Die Erkenntnis dieses Gegensatzes verleitet manche fortgeschrittene Arbeiter und manche marxistisch-leninistische Organisationen, den ideologischen Kampf um die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter faktisch zu vernachlässigen. Dieser ideologische Kampf um die Massen muß aber auch in den Gewerkschaften geführt werden.
Der Widerspruch der reaktionären Gewerkschaften zu den ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse schlägt zurück auf das Interesse der Monopolbourgeoisie an der Ordnungsfunktion der Gewerkschaften gegenüber der Arbeiterklasse. Führt die von den Gewerkschaften unterstützte staatliche Lohnpolitik zu einer Isolierung der Gewerkschaftsapparate von den Massen, verliert der Gewerkschaftsapparat seinen ordnungspolitischen Einfluß auf die Arbeiterklasse. Die unabhängig von den Gewerkschaftsapparaten geführten Lohnkämpfe verbessern die Bedingungen für eine Politisierung der Klassenkämpfe. Die Monopolbourgeoisie macht deshalb ihrerseits Versuche, eine allzu offene Bindung der Gewerkschaften an den Staatsapparat zurückzudrängen.

Der Gewerkschaftsapparat steht deshalb in dem ständigen Widerspruch, sich einerseits stärker an den Staat der Monopolbourgeoisie anzuklammern, andererseits Maßnahmen der sozialen Demagogie zu ergreifen, um die Isolierung von der Arbeiterklasse zu verhindern. Die Monopolbourgeoisie ist ihrerseits auch aus ökonomischen Gründen nicht durchgängig an einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften interessiert. Besonders in Zeiten der Krise und der abnehmenden Konjunktur glaubt sie sich in der Lage, die Löhne auch ohne Zutun der Gewerkschaften durch Bildung einer industriellen Reservearmee, durch Kurzarbeit und Entlassungen zu drücken. In diesen Zeiten neigt sie dazu, die Ideologie der Sozialpartnerschaft aufzukündigen und den Klassencharakter der Unternehmerorganisationen sowie der Gewerkschaften wieder hervorzukehren, während die Gewerkschaften lamentierend an der Ideologie der Sozialpartnerschaft festhalten und die trügerische Hoffnung in die Arbeiterklasse tragen, der monopolkapitalistische Staat könne die Krise steuern. So bleibt die Verschmelzung des Gewerkschaftsapparates mit dem Staat der Monopolbourgeoisie widersprüchlich.

ZUM VERHÄLTNIS VON POLITISCHEM UND ÖKONOMISCHEM KAMPF

Der monopolkapitalistische Staat greift in vielfältiger Form in den Kampf um die materiellen Interessen des Proletariats ein. Die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse stehen also nicht nur in unmittelbarem Gegensatz zum Kapital, sondern auch zum monopolkapitalistischen Staat und den mit ihm verbundenen Gewerkschaften. Von SPD und Gewerkschaften wird die Lohnfrage zudem über die Ideologie des vom Staat vertretenen Allgemeinwohls zu einer politischen Frage gemacht. Allein diese Politisierung des Lohnkampfes durch das Monopolkapital und seinen Staat ändert nicht den ökonomischen Charakter des Lohnkampfes. Der staatliche Eingriff in die Lohnsphäre dient dazu, die Arbeiterklasse an der Verteidigung ihrer materiellen Interessen zu hindern. Das grundsätzliche Verhältnis von politischem und ökonomischem Kampf der Arbeiterklasse hat sich dadurch nicht geändert, wohl aber die Bedingungen, die Einheit von politischem und ökonomischem Kampf der Arbeiterklasse herzustellen. Schafft der staatliche Eingriff in die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse einerseits Möglichkeiten der Vermittlung, die Arbeiterklasse über den Charakter des monopolkapitalistischen Staats aufzuklären und seinen prinzipiellen Gegensatz zu den Interessen des Proletariats aufzuzeigen, so darf doch nicht darüber hinweggetäuscht werden, daß die Arbeiterklasse durch den ökonomischen Kampf das Lohnsystem nicht beseitigen kann. Das Proletariat muß den politischen Kampf organisieren, um den Klassenstaat zu zerschlagen. Die politische Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse ist die Aufgabe der Kommunisten. Nur die politische Partei des Proletariats kann die Einheit des ökonomischen und politischen Kampfes und die Einheit der Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus herstellen. Die objektive Voraussetzung für die Parteibildung des Proletariats ist die Verschärfung der ökonomischen Klassenkämpfe. Die gegenwärtige Vermittlungsebene von politischem und ökonomischem Kampf muß noch konkret bestimmt werden.

In allgemeiner Form können wir derzeit folgendes feststellen:
Die Kommunisten unterstützen die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse und greifen das Bündnis zwischen Gewerkschaftsapparat, Staat und Unternehmern an. Sie fördern die Bildung von klassenbewußten Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften auf Betriebsebene. Voraussetzung dafür, daß diese sich behaupten und durchsetzen können, ist die Organisation der fortgeschrittensten Arbeiter im Betrieb unabhängig vom Gewerkschaftsapparat und die Unterstützung durch kommunistische Organisationen außerhalb der Betriebe. Eine vom Gewerkschaftsapparat unabhängige Organisation der Arbeiter im Betrieb ist auch die Voraussetzung für die Eroberung von

Positionen im Betriebsrat und im Vertrauensleutekörper der Gewerkschaft. Hauptaufgabe der Organisation im Betrieb ist die ideologische Vereinheitlichung der Klasse. Sie bestimmt auch das Verhalten in den ökonomischen Kämpfen. Dabei werden vor allem solche ökonomischen Forderungen vertreten, die die Einheit der Arbeiterklasse und damit die Bedingungen für den politischen Kampf herstellen . Nur so kann der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterklasse zur Schule des politischen Kampfes gegen das Kapital und seinen Staat und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats werden.

Nur unter Anleitung der Kommunistischen Partei werden die Arbeiterklasse und die Volksmassen die Herrschaft des Kapitals stürzen können

Die bürgerliche Ideologie ist ein Ausdruck des Marktes, und insofern das spontane Klassenbewußtsein der Arbeiter dem Markt verhaftet bleibt, ist es bürgerliches Bewußtsein; insofern es sich dennoch gegen die Interessen der Kapitalisten richtet und die Kapitalisten sich gegen die Organisation dieses spontanen Bewußtseins wenden, enthält es die Möglichkeit, zum politischen Klassenbewußtsein weiterentwickelt zu werden. Diese Entwicklung des spontanen Klassenbewußtseins zum politischen Klassenbewußtsein ist die Aufgabe der politischen Partei des Proletariats. Sie muß dieses Klassenbewußtsein aber in den Lohnkämpfen vermitteln, obwohl es sich nicht linear aus den Kämpfen auf dem Markt entwickeln kann. Diese Vermittlung schafft einen Bruch zum spontanen Bewußtsein der Arbeiterklasse, das durch die Schranken der bürgerlichen Ideologie, durch die Ideologie des Marktes begrenzt ist. Diese Vermittlung kann nur in der Offenlegung des wirklichen Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital , ihres Verhältnisses im Produktionsprozeß des Kapitals, bestehen. Der Arbeiter erfährt den Produktionsprozeß unmittelbar als Schinderei und Unterdrückung. Obwohl die Ausbeutung durch die Lohnform der Bezahlung der Ware Arbeitskraft verschleiert ist, ist in dieser Erfahrung des Produktionsprozesses die Möglichkeit enthalten, die Schinderei und Unterdrückung als Auspressung von Mehrarbeit und damit als kapitalistische Ausbeutung zu durchschauen und die Differenz von Tauschwert und Gebrauchswert und der Ware Arbeitskraft zu begreifen. In der Krise erfährt der Arbeiter durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit den Gegensatz von Tauschwert und Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft und den Tauschwert als Ausdruck spezifischer gesellschaftlicher Verhältnisse. So kann er die Mystifikation, die der kapitalistische Produktionsprozeß durch den Markt erfährt, durchschauen und den Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung erkennen, der der Krise zugrunde liegt. Damit erkennt er die Notwendigkeit und ökonomische Möglichkeit der Beseitigung des Kapitalverhältnisses. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, um sich ökonomisch zu befreien, kann sich jedoch daraus nicht entwickeln.

Der ökonomische Kampf schafft die Bedingungen für die Ausbildung von politischem Klassenbewußtsein. Er bringt z.B. die Forderung nach der Festlegung des Normalarbeitstages hervor. Der Normalarbeitstag kann aber nur durchgesetzt werden durch ein politisches Zwangsgesetz, das für die Arbeiter und Kapitalisten die Freiheit des Marktes beschränkt. Im Kampf um den Normalarbeitstag entwickelt sich der ökonomische Kampf zum politischen Kampf, aber zum revolutionären Kampf "entwickelt" er sich nicht, versucht er doch gerade, vom bürgerlichen Staat ein Zwangsgesetz, das Arbeiter und Kapitalisten bindet, zu erreichen. In diesem Kampf zeigt sich jedoch die Notwendigkeit einer politischen Organisation der Arbeiterklasse, die über die gewerkschaftliche Organisation, wie sie sich spontan aus den ökonomischen Kämpfen entwickelt, hinausgeht: "Das political movement hat natürlich zum Endzweck die Eroberung der political power für sie, und dazu ist natürlich eine bis zu einem gewissen Punkt entwickelte previous organisation der working class nötig, die aus ihren ökonomischen Kämpfen selbst erwächst.

Andererseits ist aber jede Bewegung, worin die Arbeiterklasse als Klasse der herrschenden Klasse gegenübertritt und sie durch pressure from without zu zwingen sucht, ein political movement, z.B. der Versuch, in ei-

ner einzelnen Fabrik oder auch in einem einzelnen Gewerk durch strikes etc. von den einzelnen Kapitalisten eine Beschränkung der Arbeitszeit zu erzwingen, ist eine rein ökonomische Bewegung, dagegen die Bewegung, ein Achtstunden-etc.-Gesetz zu erzwingen, ist eine politische Bewegung. Und in dieser Weise wächst überall aus den vereinzelten ökonomischen Bewegungen der Arbeiter eine politische Bewegung hervor, d.h. eine Bewegung der Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen in allgemeiner Form, in einer Form, die allgemeine, gesellschaftlich zwingende Form besitzt. Wenn diese Bewegung eine gewisse previous organisation unterstellen, sind sie ihrerseits ebenfalls so sehr Mittel der Entwicklung dieser Organisation.

Wo die Arbeiterklasse noch nicht weit genug fortgeschritten ist, um gegen die Kollektivgewalt, i.e. die politische Gewalt der herrschenden Klassen einen entscheidenden Feldzug zu unternehmen, muß sie jedenfalls dazu geschult werden, durch fortwährende Agitation gegen (und feindselige Haltung zur) Politik der herrschenden Klassen. Im Gegenfall bleibt sie ein Spielball in deren Hand, wie die Septemberrevolution in Frankreich bewiesen hat und wie zu einem gewissen Grad das Spiel beweist, das Herrn Gladstone und Co. noch bis zur Stunde in England gelingt." (Marx an Bolte, 23.11.1871, MEW 33, S.332f.)

Es gibt also nicht nur eine Dialektik von ökonomischem und politischem Kampf, sondern auch eine Dialektik innerhalb des politischen Kampfes selber, durch die der Kampf um den Einfluß auf den bürgerlichen Staat durch außerparlamentarischen Druck zum revolutionären Kampf gegen den Staat und für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates wird. Damit sich diese Dialektik entfaltet, ist nicht nur ein gewaltiger Aufschwung der Klassenkämpfe notwendig, sondern auch der bewußte Eingriff eines bewußten Kerns, der schon in der Phase des spontanen, zersplitterten ökonomischen Kampfes "durch fortwährende Agitation gegen (und feindselige Haltung zur) Politik der herrschenden Klassen" die Arbeiterklasse ideologisch von der Bourgeoisie zu spalten versuchen muß, um im politischen Kampf der Arbeiterklasse, in dem die Arbeiterklasse der herrschenden Klasse als Klasse gegenübertritt, den "Endzweck, die Eroberung der political power für sie" zu propagieren. Die Entwicklung der Arbeiterklasse als Klasse an sich zur Klasse für sich, setzt also nicht nur eine Dialektik von proletarischer Avantgarde und Massenorganisationen des Proletariats voraus, in der sowohl die Avantgarde als auch die Massen organisationen sich qualitativ verändern. Nur so kann die "Zentralisation und strengste Disziplin des Proletariats, eine der Hauptbedingungen für den Sieg" (Lenin, Kinderkrankheit, AW III, S, 396) erreicht werden.

Die Geschichte der russischen Revolution zeigt exemplarisch diese Dialektik des Kampfes des Proletariats für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und hat in dieser Hinsicht allgemeine Bedeutung. Lenin faßte diese Erfahrungen 1920 zusammen: "Als Strömung des politischen Denkens und als politische Partei besteht der Bolschewismus seit dem Jahre 1903. Nur die Geschichte des Bolschewismus in der ganzen Zeit seines Bestehens vermag befriedigend zu erklären, warum er imstande war, die für den Sieg des Proletariats notwendige eiserne Disziplin zu schaffen und sie unter den schwierigsten Verhältnissen aufrecht zu erhalten.

Und da taucht vor allem die Frage auf: wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? wodurch wird sie kontrolliert? wodurch gestärkt? Erst durch das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde und ihrer Ergebenheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrung von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei, die wirklich fähig ist, die Partei der fortgeschrittenen Klasse zu sein, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden. Ohne diese Bedingungen werden die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce. Diese Bedingungen können aber andererseits nicht auf einmal entstehen. Sie werden nur durch langes Bemühen, durch harte Erfahrung erarbeitet; ihre Erarbeitung wird erleichtert durch die richtige revolutionäre Theorie, die ihrerseits kein Dogma ist, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt annimmt." (Lenin, AW III, S.396f.)

Wenn es den Bolschewiki gelang, diese allgemeinen Bedingungen der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu schaffen, dann hat das zweifellos, und Lenin betont das, seine Ursache "ganz einfach in einer Reihe historischer Besonderheiten Rußlands". (a.a.O. S.397) Deshalb aber die allgemeinen Bedingungen der Errichtung der Diktatur des Proletariats als russische Besonderheiten zu erklären, ist blanker Eklektizismus und Opportunismus.

II.

Die Dialektik des Klassenkampfes in Deutschland ist empfindlich gestört. Das hat seine Ursache nicht nur in der Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus, sondern auch in den Bedingungen der Entfaltung des Klassenkampfes selbst. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter als Organisation der Arbeiter auf dem Markt, enthält nicht nur die Möglichkeit sich, wie Marx und Engels hofften, zur politischen Klassenorganisation zu entwickeln, sondern auch die Möglichkeit, das Bewußtsein der Arbeiter an den Markt zu binden.
Aus der gewerkschaftlichen Organisation kann so statt einer Schule des Kommunismus ein mächtiges Instrument der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiter-

klasse werden. Diese Möglichkeit wurde in der Epoche des Imperialismus Wirklichkeit. Der Imperialismus ermöglichte es der Kapitalistenklasse, einen Teil der Arbeiterklasse zu bestechen, und diese Arbeiteraristokratie war es gerade, die die Gewerkschaftsfunktionen in der Hand hielt. Sie konnte dies, weil die Arbeiterklasse selbst unter imperialistischen Bedingungen vorübergehend ideologisch fest an die Bourgeosie gekettet werden kann und so in den Schranken des ökonomischen Klassenbewußtseins verbleibt.

Die Ursache für diese ideologische Bindung eines grossen Teils des Proletariats an die Bourgeoisie, ist die Differenz in den Lebensbedingungen des Proletariats der imperialistischen Staaten und der ausgebeuteten und unterdrückten Länder. So glaubt das Proletariat sein Schicksal verbunden mit der imperialistischen Bourgeoisie und die Arbeiteraristokratie tut alles, um diesen falschen Glauben am Leben zu erhalten. Diese vorübergehende Versumpfung des Klassenkampfes kann zu einer Isolation der Partei des Proletariats im Proletariat führen. Diese Isolation der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse wird zur ständigen Quelle des Opportunismus und des Dogmatismus in der Partei des Proletariats. Diese Tendenz läßt sich in der KPD sogar in der Weimarer Republik feststellen, wo eine Bolschewisierung der Partei, d.h. eine Verankerung in den großen Betrieben und in den Massenorganisationen des Proletariats nicht gelang. Ein permanentes Schwanken zwischen Rechtsopportunismus und Linksopportunismus war die Folge. Der Faschismus hat die relative Verankerung der KPD in der Arbeiterklasse zerbrochen. In der BRD konnte die Verankerung in der Arbeiterklasse im Zuge einer relativ ungebrochenen Aufschwungsphase des Kapitalismus nicht wieder hergestellt werden. Erst diese relative Isolierung ermöglichte das wirksame Verbot der KPD. Es ist falsch, die Ursachen dieser Isolation v.a. in der Politik der KPD zu suchen oder in ihrer Bindung an die Sowjet-Union, statt in der Entwicklung des Kapitalismus in der BRD und in der mit dieser Entwicklung zusammenhängenden vorübergehenden Versumpfung des Klassenkampfes. Gerade diese Entwicklung des Kapitalismus, die die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie band und sie vorübergehend sogar für den Lohnkampf entwaffnete, erklärt überhaupt erst, warum die KPD so völlig ins Fahrwasser der KPdSU geriet und immer mehr zum Instrument von deren Außenpolitik und immer weniger zur Führung des Klassenkampfs oder auch bloß einer klassenkämpferischen Propaganda in der Lage war. Die Isolation der KPD von der Arbeiterklasse führte zur Verschärfung des bestehenden Rechtsopportunismus in der Partei, zu einer Verfälschung des Marxismus-Leninismus in den Revisionismus und zur organisatorischen Fixierung dieser revisionistischen Strömung in der DKP. Die Elemente in der KPD, die dem Marxismus-Leninismus treu bleiben wollten, verfielen dagegen dem Dogmatismus und Sektierertum, was sich am deutlichsten in dem Laboratoriumsexperiment der Gründung der KPD-ML niederschlug, das freilich erst durch die Entstehung einer neuen spontanen Bewegung, der Studentenbewegung, möglich war. Diese Entstehung aus der Verbindung von sektiererischen Elementen aus der KPD und linksradikalen Elementen aus der Studentenbewegung hängt der KPD-ML immer noch an: bis heute ist keine der aus der KPD-ML hervorgegangenen Gruppierungen zu einer materialistischen Einschätzung der Arbeit in den Gewerkschaften gelangt. Die Arbeit in den Gewerkschaften wird selbst als korrumpierend betrachtet. Gerade die ML-Organisationen, die sich schon für die Partei des Proletariats halten, sind am weitesten entfernt, ein richtiges Bewußtsein der Dialektik von politischem und ökonomischem Klassenbewußtsein, von Agitation und Propaganda zu entwickeln. Heute, da die Arbeiterklasse dabei ist, die Formen des bürgerlich pervertierten Lohnkampfes in spontanen Kämpfen aufzubrechen, ist die Dialektik von Massenorganisation der Arbeiter und Partei des Proletariats durch die völlige Pervertierung des Gewerkschaftsapparates und durch die Nichtexistenz einer proletarischen Partei bolschewistischen Typs vorläufig nur begrenzt wirksam als Beziehung von spontanen Arbeitskämpfen und politischer Propaganda weithin dezentralisierter ideologisch uneinheitlicher kommunistischer Zirkel, die nicht in der Arbeiterklasse verankert sind.

Die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse im Herbst 1969 und der aktive Eingriff der Metaller in die Tarifverhandlungen im Herbst 1970 sind Abwehrkämpfe gegen die Unterwerfung der Löhne unter die staatliche, vom Gewerkschaftsapparat unterstützte Einkommenspolitik im Dienst der Monopolprofite. Diese Einkommenspolitik zielt auf eine Fixierung des Preises der Arbeitskraft unter ihrem Wert. Sie will das historisch notwendige Existenzminimum der Arbeiterklasse durch politische Eingriffe in die Auseinandersetzung auf einem historisch unangemessenem Niveau einfrieren und die Löhne an die Profitentwicklung binden. Die staatliche über die Gewerkschaften vermittelte Einkommenspolitik ist notwendiger Ausdruck der Schwierigkeiten, den Verwertungsprozeß des Kapitals im Monopolkapitalismus in Gang zu halten.

Der Eingriff in die Lohnsphäre ist das einzige "Planungs"-instrument, das dem kapitalistischen Klassenstaat bei der Bemühung um die Aufrechterhaltung des Verwertungsprozesses des Kapitals zur Verfügung steht. Die staatliche Einkommenspolitik gerät notwendig in Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse. Da der Eingriff in die Lohnsphäre gleichzeitig nicht an die Ursachen der Krisenentwicklung heranreicht, werden sich die ökonomischen Klassenkämpfe in der BRD verschärfen. Diese Verschärfung der ökonomischen Klassenkämpfe ist die Voraussetzung für die Herausbildung einer revolutionären Arbeiterbewegung, die von der Abwehr der Angriffe auf den Wert der Arbeitskraft zur Beseitigung des Lohnsystems übergeht. Die Parteibildung des Proletariats, d.h. die ideologische Vereintheitlichung der Klasse mit dem Ziel der Beseitigung des Lohnsystems, entwickelt sich nicht spontan aus den Lohnkämpfen, sondern durch die politische Agitation und Propaganda einer bewußten proletarischen Avantgardeorganisation in den spontanen Kämpfen der Arbeiterklasse.

III.

Der Aufbau der Partei des Proletariats muß bewußt in Angriff genommen werden.

Der Hebel, mit Hilfe dessen in einer Situation der Verschärfung der ökonomischen Klassenkämpfe die Dialek-

tik von ökonomischem und politischem Kampf zur Entfaltung gebracht werden kann, ist diese proletarische Avantgardeorganisation der kommunistischen Partei. Dem Aufbau dieser Partei dient die ideologische Auseinandersetzung der kommunistischen Zirkel mit dem Ziel der ideologischen und organisatorischen Vereinheitlichung auf der Basis des Marxismus-Leninismus. Aber nur wenn es diesen Zirkeln gelingt, sich mit den fortgeschrittenen Elementen der Arbeiterklasse zu verschmelzen, wird der so entstehende Parteikeim des Proletariats sich in der Arbeiterklasse verwurzeln können und die Kämpfe der Arbeiterklasse ideologisch anleiten können. Das bedeutet, daß der theoretische Kampf unter den kommunistischen Zirkeln mit eben dem Ziel der Vereintheitlichung verschärft geführt werden muß, daß die politische Propaganda im Proletariat auf der Grundlage der Unterstützung der Lohnkämpfe des Proletariats verstärkt werden muß. Klassenmäßig kommen die Mitglieder der verschiedenen kommunistischen Zirkel vielfach aus der demokratischen Studentenbewegung, die eine selbstständige Erscheinung der Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus ist. Die kommunistischen Zirkel, die mit der Ideologie der Studentenbewegung gebrochen haben, sind von großer Bedeutung für den Aufbau der kommunistischen Partei. Sie haben sich Elemente der marxistisch-leninistischen Theorie erarbeitet, die sich nicht aus den spontanen Kämpfen der Arbeiterklasse linear entwickeln können. Gleichzeitig sind diese Elemente der marxistisch-leninistischen Theorie auf einige allgemeine Einsichten beschränkt, denn die "richtige revolutionäre Theorie" nimmt nur im engen Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklichen revolutionären Bewegung Gestalt an. Insofern findet die Erarbeitung der Theorie gegenwärtig in der wenig entwickelten Praxis ihre Schranke. D.h. nicht, daß die revolutionäre Theorie nicht auch auf der gegenwärtigen Stufe des Klassenkampfes in wichtigen Punkten weiterentwickelt und eine größere Konkretionsstufe der Analyse erreicht werden könnte, d.h. aber, daß die Parole "Erst Theorie akkumulieren und dann in die Praxis gehen" völlig falsch ist und auf einem grundsätzlichen Mißverständnis des Verhältnisses von Theorie und Praxis beruht. All das Geschwätz: "Man" müsse erst die "Theorie des Spätkapitalismus" erarbeiten bevor "man" die Organisationsfrage angehe, zeugt nur von starkem Einfluß der bürgerlichen Ideologie in den verschiedenen linken Gruppierungen. Andererseits ist klar, daß bei der derzeitigen Entwicklung der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung die Gründung einer kommunistischen Partei nichts als ein illusionärer Kraftakt ist. Diese Wahrheit bewährte sich gerade in der Geschichte der KPD-ML, die eine Geschichte der Spaltungen ist. Ohne einheitliche Linie stülpte sich diese Gruppierung den demokratischen Zentralismus über, den sie als Organisationsmodell mißverstand. Ohne die einheitliche Linie in den Grundfragen der revolutionären Strategie in einem bestimmten Land und einer bestimmten Etappe, kann es jedoch weder Zentralismus noch Demokratismus geben: der "demokratische Zentralismus" wird so nicht nur zur leeren Hülle, er wird zum Hemmnis für die Ausarbeitung einer einheitlichen Linie. Aus dem Instrument der Einheit der Partei des Proletariats wird er zu einem Instrument der Spaltung der erst rudimentär entwickelten kommunistischen Bewegung.

In dem Maße wie die Grundfragen der revolutionären Theorie aufgeworfen werden - und sie müssen notwendig kontrovers ausgetragen werden - führt ihre Behandlung zur Fraktionierung. Da in der Partei keine Demokratie herrscht, muß der Zentralismus immer wieder administrativ, d.h. oberflächlich, gegenüber diesen Fraktionierungen hergestellt werden. Die Folge dieser inhaltsleeren Politik in der Organisationsfrage ist ebenso zügellose Aufnahme- und Ausschlußpraxis. Wie wenig gerade die ideologische und organisatorische Vereinheitlichung in der KPD-ML fortgeschritten ist, zeigt sich nicht nur in der Tatsache der Spaltungen selbst, sondern vor allem in der Art dieser Spaltungen. Sie verlaufen nicht längs einer politischen Linie quer durch die nationale Organisation, sondern zwischen Ortsvereinen, Regionalverbänden und nationaler Zentrale. So verlief auch die Spaltung der beiden jetzigen nationalen KPD-ML-Gruppierungen als Spaltung zwischen ZK und LV Nordrhein-Westfalen, die sich dann gegenseitig als Erben der antiautoritären Bewegung deren lokale Überbleibsel abspenstig machten. Innerhalb der ZB-Linie, die sich schnell zur nationalen Organisation durch Übernahme lokaler heterogener Gruppen aufgebläht hatte, vollzieht sich nun dieselbe Entwicklung. Gerade spaltete sich wieder die Mannheimer und Ludwigshafener Ortsgruppe vom ZB ab, obwohl sie erst kürzlich der ML-Gruppierung Tübingens abgenommen worden war. Diese Tübinger ML-Gruppierung ist im übrigen ein besonders abschreckendes Beispiel für die inhaltliche Prinzipienlosigkeit, die sich hinter der scheinbaren organisatorischen Prinzipienfestigkeit verbergen kann. Während der KAB-ML am 1. Mai 1970 noch mit der Gründung roter Gewerkschaften liebäugelte, scheut er sich heute nicht davor, sich mit der DKP dadurch einschmeicheln zu wollen, daß er deren Vorwürfe der "Gewerkschaftsfeindlichkeit" auf die KPD-ML (ZK) abzuleiten versucht. Organisatorische "Prinzipien"festigkeit gepaart mit inhaltlicher Prinzipienlosigkeit ist eine neue Erscheinung des organisatorischen Opportunismus. Dieser muß bekämpft werden, indem die inhaltliche Prinzipienlosigkeit entlarvt wird und der demokratische Zentralismus als inhaltliches Prinzip, als Klassenprinzip verteidigt wird.

Angesichts der Erfahrungen der letzten beiden Jahre haben sich Teile der KPD-ML einer Selbstkritik unterzogen, die die ideologischen Auseinandersetzungen mit dem Ziel der Einheit wieder in Gang bringen kann und eine Zusammenarbeit mit diesen Gruppierungen auf der Basis der Gleichberechtigung ermöglicht.

Die Geschichte der KPD-AO unterscheidet sich organisatorisch von der KPD-ML dadurch, daß sie eine lokale Organisation ist, die aus einer relativ homogenen Gruppierung der Studentenbewegung hervorgeht. Ihr Fehler besteht nicht darin, daß sie sich fest organisiert hat, sondern darin, daß diese lokale Organisation mit einem Führungsanspruch auf nationaler Ebene hervortritt, ohne ihn theoretisch und praktisch ausweisen zu können.

All diesen Partei- und Aufbauorganisationen ist folgender Fehler gemeinsam: obwohl sie weder die fortschrittlichen Elemente der Arbeiterklasse organisiert haben,

noch sich in der Arbeiterklasse verankern konnten, sind sie der Auffassung, daß sich aus ihnen linear die Partei des Proletariats herausbilden könnte. Sie sehen den Aufbauprozeß der Partei des Proletariats als Prozeß einer quantitativen Ausdehnung ihrer Organisationen und nicht als einen Prozeß, der wesentliche qualitative Veränderungen aller bestehenden kommunistischen Organisationen und Zirkel notwendig machen wird. Sie vernachlässigen die Dialektik von Avantgarde und Klasse, die bei zunehmender Entwicklung des Klassenbewußtseins immer auch wesentliche Veränderungen für die Organisationen bedeutet, die in einer bestimmten Etappe Avantgardefunktionen ausüben konnten. Wenn sie sich diesen qualitativen Veränderungen nicht unterziehen, bleiben diese Organisationen als Relikte einer bestimmten Etappe des Parteiaufbaus auf der Strekke.

Die falsche Auffassung des Aufbaus der Partei des Proletariats, der als quantitative Ausdehnung der eigenen Organisation mißverstanden wird, führt zu einem prinzipienlosen und inhaltsleeren Konkurrenzkampf der verschiedenen Organisationen um die jeweiligen Mitglieder und Sympathisanten der anderen Organisationen, führt zur Abwerbung und Proselytenmacherei, die das Kennzeichen des Sektierertums sind. Dabei wird vergessen, daß, gerade wenn prinzipielle Differenzen unter den verschiedenen Organisationen herrschten, zuletzt die Abwerbung der Mitglieder der anderen Organisation zur Stärkung der eigenen richtigen Prinzipien beiträgt; es wird vergessen, was Engels schon 1873 den Eisenachern vorhielt: "Nach unserer Ansicht, die wir durch die Praxis bestätigt gefunden haben, ist die richtige Taktik der Propaganda nicht die, dem Gegner hie und da einzelne Leute und Mitgliedschaften abspenstig zu machen, sondern auf die große noch teilnahmslose Masse zu wirken."(1) Entsprechend darf auch der Versuch der Organisation der fortschrittlichsten Arbeiter durch kommunistische Propaganda nicht zu einer Vernachlässigung der Massenagitation führen, wie dies oft in der Propagandatätigkeit der ML-Gruppierungen festzustellen ist.
"Die Kritik an der KPD-ML muß im Bewußtsein geführt werden, daß gerade die KPD-ML das Bewußtsein der Notwendigkeit einer neuen organisatorischen Perspektive der politischen Arbeit in den linken Gruppen überhaupt erst hervorbrachte. Sie hat also einerseits das organisatorische Bewußtsein der Linken objektiv gestützt, andererseits große Verwirrung in die kommunistische Bewegung getragen, indem sie die Arbeit für den Aufbau der Partei des Proletariats mit der Arbeit in ihrer Organisation gleichsetzte."

Nach dieser Kritik an bestehenden Tendenzen in der erst rudimentär entwickelten kommunistischen Bewegung, die immer noch vom völligen Abgleiten ins Sektierertum bedroht ist, versteht es sich von selbst, daß die Gruppe NRF als lokale Gruppe sich keiner bestehenden Organisation anschließt, wie sie überhaupt den "Anschluß" ohne vorhergehende gründliche Klärung der wichtigsten theoretischen und praktischen Fragen, die einen Zusammenschluß auf der Grundlage einer einheitlichen Linie erst ermöglichen, für eine falsche Form des nationalen Organisationsprozesses der kommunistischen Bewegung hält. Diese falsche Form der Organisierung rächt sich immer wieder durch den Abfall ganzer Ortsgruppen, die dann keine andere Perspektive haben, als sich einer neuen Organisation anzuschließen.

Ebensowenig wie wir uns einer der bestehenden Organisationen anschließen, verstehen wir uns als Konkurrenz dieser bestehenden Organisationen. Wir verstehen unsere Aufgabe im Aufbauprozeß der Partei des Proletariats derzeit so:
Wir setzen unsere bisherige regionale kommunistische Propaganda in der Arbeiterklasse fort und versuchen, sie zu verbessern durch das sorgfältige Studium der Erfahrungen der gesamten kommunistischen Bewegung. Wir setzen unsere bisherigen Versuche fort, auf die ideologische Auseinandersetzung in der Linken Einfluß zu nehmen und so einen Zusammenschluß der Kommunisten auf nationaler Ebene und auf einheitlicher ideologischer Grundlage vorzubereiten. Wir haben keine Angst, eines Tages auf dem abgefahrenen Zug der festgefügten kommunistischen Partei nachträglich aufspringen zu müssen, weil wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wissen, daß der Prozeß der Parteibildung in erster Linie ein Prozeß der ideologischen Vereinheitlichung nicht nur der fortgeschrittensten Arbeiter, sondern auch der Klasse ist und daß dieser Prozeß nicht durch voluntaristische Gründungsakte, sondern nur durch langandauernde Arbeit im Proletariat und durch langandauernde Diskussion in der kommunistischen Bewegung beschleunigt werden kann.

(1) an Bebel, 20.7.1873, MEW 33, S. 589

ZUR HOCHSCHULPOLITIK +

I. VORBEMERKUNG

Die Erstellung eines politischen Programms ist nicht allein Ergebnis einer theoretischen Analyse. Strategiefindung ist verknüpft mit dem Prozess reflektierter politischer Praxis. So muß ein programmatischer Vorschlag zur Hochschulpolitik, der den begrenzten studentischen Rahmen, d.h. seine Klassengrenzen durchbrechen will, seine prinzipielle Beschränkung sehen, solange er eben auf eine student ische Praxis sich bezieht. Diesen Widerspruch benennen ist eine Sache. Viele Gruppen, die aus der Studentenbewegung hervorgegangen sind, haben dies seit der Kritik von deren antiautoritären Fehlern erkannt. Ihn richtig zu behandeln, ohne in "kritische" Seminare sich zurückzuziehen oder bewusstloses Objekt kapitalistischer Reform zu werden, ist eine andere. Ebenso, wie es richtig ist festzustellen, daß die Auseinandersetzung um die Forschungs- und Bildungspolitik noch nicht Teil des bewusst geführten Klassenkampfes des Proletariats ist, ist es falsch, sich mit dieser Feststellung gerade von der Aufgabe zu befreien, auch die Politik an der Hochschule im Zusammenhang des Klassenkampfes zu bestimmen. Dieses Problem richtig anzugehen, heißt auch die Studentenbewegung richtig zu interpretieren.

In der schärfsten Ausprägung ihrer Fehler, da wo sie sich selbst als revolutionär oder als direkten Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Umwälzung verstand, zeigte sich gerade der, wenn auch untaugliche Versuch, die Isolierung der studentischen Bewegung zu durchbrechen in einer auf die Veränderung der ganzen Gesellschaft gerichteten Politik. Die Kritik der Fehler kann nicht heißen, diese Intention selber über Bord zu werfen und die Studentenbewegung zu einer bloßen Reformbewegung innerhalb des Kapitalismus zur Verbesserung der Hochschulen zu degradieren und den praktischen und schließlich auch theoretischen Bezug zur Arbeiterbewegung aufzugeben. Andererseits führt die augenblickliche Notwendigkeit, eine sozialistische Perspektive selbständig sich erarbeiten zu müssen, noch häufig zur Wiederholung alter Fehler, indem nicht genügend berücksichtigt wird, daß der Widerspruch zwischen Arbeiterbewegung und demokratischer Studentenbewegung nicht unmittelbar aufhebbar ist.

II. DER KLASSENCHARAKTER DER STUDENTENBEWEGUNG

Die Studentenbewegung ist eine demokratische Bewegung. Sie artikulierte den Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Gesellschaft, der sich in der Epoche des Imperialismus ständig verschärft hat. Die Studentenbewegung entzündete sich an politischen Ausformungen dieses Widerspruchs, an dem Formwandel der Diktatur der Bourgeoisie im Zuge der Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Während die Bourgeoisie, solange sie sich revolutionär gegen den Feudalismus wandte und noch während des 19. Jahrhunderts zumindest bedingt als der Vorkämpfer politischer Freiheit,der nationalen Unabhängigkeit, der öffentlichen Herrschaftsausübung und des Parlamentarismus aufgetreten ist, tritt sie heute überall als Gegner der politischen Freiheit,der nationalen Unabhängigkeit, der öffentlichen Herrschaftsausübung und tendenziell sogar des Parlamentarismus auf. Zu Symbolen dieser Entwicklung wurden für die Studentenbewegung: die Notstandsgesetze, die Große Koalition und der Vietnamkrieg.

Die Studentenbewegung zeigte damit seismographisch die Verschärfung bestimmter Widersprüche des Kapitalismus in seiner monopolistischen und imperialistischen Phase an, ohne selbst im Zentrum dieser Widersprüche zu stehen. In dem Maße, wie der Kapitalismus in der gegenwärtigen Epoche seine Funktion für die Entwicklung der Produktivkräfte verloren hat und zur Fessel der Entwicklung der Produktivkräfte geworden ist, kann er die aus innerem Zwange notwendige Entwicklung der Produktivkräfte nur unter Zuspitzung seiner Widersprüche und schon gar nicht im Interesse der Entfaltung der gesellschaftlichen Möglichkeiten vorantreiben.

Benennt dies den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem die Studentenbewegung sich entwickelte, so ist damit noch nicht erklärt, warum gerade die Studenten und zu diesem Zeitpunkt gegen den bürgerlichen Staat rebellierten. Die historisch-konkreten Bedingungen der westdeutschen und westberliner Studentenbewegung waren vor allem die Rückständigkeit der Hochschulen und der bestimmte Versuch des Staates, diese Rückständigkeit zu beseitigen. Die kapitalistische Bildungsreform hat gerade die Hauptforderungen der Studentenbewegung nach Veränderung des Inhalts von Forschung und Lehre und nach deren demokratischer Kontrolle unterdrückt und lediglich die Anpassung der Ausbildung an die gewachsenen Anforderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses durchgeführt. Der Protest gegen die Entdemokratisierung in der BRD, gegen die imperialistische Unterdrückung schien durch den gleichen Gegner, die bürgerliche Staatsmacht, unmittelbar verbunden mit dem Kampf an der Hochschule, die auch demokratisiert werden sollte.

Die Maßnahmen der Staatsmacht haben einerseits den Gewaltcharakter des bürgerlichen Staates deutlich ge-

+) Das Papier beruht im wesentlichen auf schon veröffentlichten Stellungnahmen und Analysen. Hauptsächlich stützt es sich auf das Referat "Zur Analyse der Studentenbewegung" in Neues Rotes Forum 1/71, aber auch auf das Wahlprogramm der Roten Liste Göttingen, das wesentlich vom KSB beeinflußt ist. Das Papier setzt sich nicht explizit mit dieser Position auseinander - es hat daher streckenweise kompilatorischen Charakter - , sondern übernimmt sie dort, wo es inhaltlich gerechtfertigt schien.

macht und andererseits die Illusionen über die revolutionären Möglichkeiten der Studentenbewegung zerstört. Damit haben sie auch die Einsicht in die Grundlage der bürgerlichen Herrschaft, das Kapitalverhältnis erleichtert, und zu einem ideologischen Klärungsprozess unter den linken Studenten beigetragen, der auch dazu führte, daß sich die sozialistischen Studenten neu organisierten. Sofern nun nicht mehr von einem Widerspruch zwischen der antiautoritären Bewegung und dem autoritären Staat, sondern von dem die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Totalität bestimmenden Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ausgegangen wird, ist auch eine richtige politische Einschätzung der Studentenbewegung und eine richtige Bestimmung der Politik an der Hochschule möglich. Die kommunistische Politik an der Hochschule muß die demokratischen und antiimperialistischen Impulse der Studentenbewegung aufnehmen und sozialistisch, in der Perspektive auf das Bündnis mit dem Proletariat, aufklären, d.h. in den Zusammenhang des Klassenkampfes stellen.

Der studentische Begriff von Freiheit und Gleichheit ist, soweit er sich spontan äußert, bürgerlich. Der kapitalistische Produktionsprozess ist der Ort, in dem die bürgerliche Ideologie der Freiheit und Gleichheit aufgehoben ist und von dem aus sie überhaupt erst kritisiert werden kann. Dies ist auch der Grund, warum das Industrieproletariat, das die Aufhebung der bürgerlichen Ideologie am schärfsten am eigenen Leibe erfährt, Kerntrupp der sozialistischen Revolution sein wird und warum überhaupt bloß vom Standpunkt des produktiven Arbeiters aus die bürgerliche Gesellschaft theoretisch und praktisch kritisiert werden kann.

Das heißt nicht, dass sonst niemand in der kapitalistischen Gesellschaft diese Ideologie kritisieren kann und eine sozialistisches Bewusstsein entwickeln könnte; er kann es jedoch nur, wenn er systematisch vom kapitalistischen Produktionsprozess ausgeht, also von einem Prozess, dem er selbst nicht unmittelbar unterworfen ist. Seine Einsicht in den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft ist deshalb ganz anders vermittelt als die des produktiven Lohnarbeiters. Von anderer Position ausgehend als der des produktiven Lohnarbeiters, wird die Kritik entweder reaktionär oder ist ein bloßes Insistieren auf der bürgerlichen Ideologie gegenüber der tatsächlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Solchen Kritikern der bürgerlichen Gesellschaft ist allerdings mit Marx zu antworten, daß "der Tauschwert oder näher das Geldsystem in der Tat das System der Gleichheit und Freiheit ist und daß, was ihnen in der näheren Entwicklung des Systems störend entgegentritt, ihm immanente Störungen sind, eben die Verwirklichung der Gleichheit und Freiheit, die sich ausweisen als Ungleichheit und Unfreiheit. Es ist ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, dass der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickle oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit. Was die Herren von den bürgerlichen Apologeten unterscheidet, ist auf der einen Seite das Gefühl der Widersprüche, die das System einschließt; auf der anderen der Utopismus, den notwendigen Unterschied zwischen der realen und der idealen Gestalt der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu begreifen und daher das überflüssige Geschäft vornehmen zu wollen, den ideellen Ausdruck selbst wieder realisieren zu wollen, da er in der Tat nur das Lichtbild dieser Realität ist." (Grundrisse, S. 160)

Demokratische Bewegungen bleiben solange bürgerlich borniert, als sie die herrschende Ideologie nur beim Wort nehmen und gegen die tatsächlichen Tendenzen der Gesellschaft ausspielen, also die Legitimations-

TRIKONT

JUDENFRAGE & KAPITALISMUS
ABRAHAM LÉON

Historisch-materialistische Analyse der Rolle der Juden in der Geschichte bis zur Gründung des Staates Israel / Schulungstext zur Wirtschaftsgeschichte Europas

Grundlagen für ein wissenschaftliches Studium der jüdischen Geschichte/Die Beziehungen der Juden zu den anderen Klassen der Gesellschaft/Niedergang des Kapitalismus und die jüdische Frage im 20. Jahrhundert/Wege zur Lösung der jüdischen Frage.
Neuerscheinung Frühjahr 1971, 142 Seiten, DM 7.80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 20
SOWJETUNION UND CHINA: ZWEI WEGE DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS

E. S. Varga: **„Testament"**
Der russische Weg zum Sozialismus und seine Ergebnisse
Charles Bettelheim
China und die SU: Zwei Wege der Industrialisierung
Marco Maccio
Partei, Techniker und Arbeiterklasse in der chinesischen Revolution
Die Produktionsverhältnisse in der SU/Industrialisierung und Bürokratisierung/Die Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in der Übergangsphase/Aufbau des Sozialismus und bürgerliche Arbeitsteilung/China. Rolle der Partei in der Diktatur des Proletariats/Kontrolle der Massen über Lebens- und Arbeitsbedingungen/Initiative der Massen in der Entwicklung der Produktivkräfte. 116 Seiten, DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 21
ANTIGEWERKSCHAFTLICHER KAMPF ODER KAMPF IN DEN GEWERKSCHAFTEN?
WIELAND ESCHENHAGEN

Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie / Erfahrungen in Bremen

Spontane Kämpfe und sozialistische Strategie in der gegenwärtigen Phase in der BRD / Opposition und Bürokratie an der Klöckner-Hütte Bremen / Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen und ökonomischer Konflikt / Kluft zwischen Basis und Apparat / Zur Funktion der innerbetrieblichen Vertretungsorgane / Chancen und Grenzen der Gewerkschaftsopposition.
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 170 Seiten, ca. DM 9.00

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 22
MENSCH UND SOZIALISMUS IN ALBANIEN
GILBERT MURY

Geschichte Albaniens bis zum Befreiungskampf/Ökonomischer Fortschritt in Industrie und Landwirtschaft/Revolutionierung des Alltagslebens/Proletarische Verwaltungssysteme in den Fabriken/Umgestaltung der Arbeitsorganisation in der Industrie/Die neue Stellung der Frau/Leben in den Landkommunen/Revolutionierung der Kultur/Verhältnis von Partei und Massen.
Neuerscheinung Frühjahr 1971, ca. 175 Seiten, ca. DM 8,50

TRIKONT-Verlagskooperative **8 München 80**
Josephsburgstr. 16

begriffe der bürgerlichen Demokratie gegen die Realität der bürgerlichen Gesellschaft wenden, ohne den ideologischen Charakter dieser Legitimationsbegriffe tatsächlich zu durchschauen. Daß die Masse der Studenten zunächst gegen den Kapitalismus dessen Ideologie wendet und nicht die radikale Kritik der kapitalistischen Produktionsverältnisse, führt sie eben in ihr Dilemma: Insofern sich die Studentenbewegung als demokratische gegen den monopolkapitalistischen Staat richtet, kann sie auf die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gerichtet werden, obwohl ihre Inhalte sich der bürgerlichen Ideologie verdanken; insofern sie sich der Tendenz nach gegen die Vergesellschaftung der Wissenschaft selbst wendet, trägt sie potentiell elitäre reaktionäre Züge. Aus dieser Ambivalenz der Studentenbewegung erklärt sich sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit der organisierten sozialistischen Propaganda unter den Studenten. Es ist klar, daß die Kommunisten nicht einfach als "Sprachrohr" demokratischer Bewegungen fungieren können. Ist es u.a. Aufgabe einer kommunistischen Politik an der Hochschule, die demokratischen und antiimperialistischen Impulse der Studentenbewegung aufzunehmen und sozialistisch aufzuklären, d.h. in den Zusammenhang des Klassenkampfes zu stellen, so wird Ziel dieser Politik sein, im Prozess der Auseinandersetzung an der Hochschule den reaktionären und konterrevolutionären Teil der Studenten von den demokratischen und sozialistischen zu trennen, diese zu organisieren und ihnen die Perspektive des Bündnisses mit der Arbeiterklasse aufzuzeigen und zu erschließen, denn nur das Bündnis mit der Arbeiterklasse unter Führung der Arbeiterklasse kann den demokratischen Kampf in die fortschrittliche Perspektive des Kampfes um eine sozialistische Gesellschaftsordnung überführen.

Die Entwicklung der Politik einer kommunistischen Organisation an der Hochschule kann also generell nicht unmittelbar von den Widersprüchen im Hochschulbereich selber ausgehen, sondern hat diese Widersprüche als Folge der Entwicklung des materiellen Produktionsprozesses innerhalb der Bewegungen des Kapitals zu interpretieren, um so in der Lage zu sein, in ihnen die antagonistischen Klasseninteressen von Proletariat und Bourgeoisie zu erkennen und die des Proletariats zu artikulieren.

III. TENDENZEN DER MONOPOLKAPITALISTISCHEN BILDUNGSREFORM+

Die westdeutsche Krise des Ausbildungssektors ist nur als Teil der sich verschärfenden Widersprüche des Monopolkapitalismus zu begreifen, die ihn als überholtes Produktionsverhältnis kennzeichnen; keineswegs als bloße Anpassungskrise auf dem Wege zu internationalen Standards.

Diese Verschärfung der Widersprüche zeigt sich gegenwärtig in dem ungeheueren Schub in der Konzentration der Produktion, der Konzentration und Zentralisation des Kapitals und in dem weiteren Ausbau des monopolkapitalistischen Staatsapparates. Dies sind Anzeichen der fortschreitenden, sprunghaften Entwicklung der Produktivkräfte und der damit verbundenen Vergesellschaftung des Produktionsprozesses. Unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus vollzieht sich dieser Prozeß notwendig als Stärkung der Monopole, deren ökonomische und politische Macht in wechselseitiger Verschränkung sich vermehrt. In der Auseinandersetzung mit den sozialistischen Übergangsgesellschaften, mit der internationalen Konkurrenz unternimmt das Monopolkapital vermehrte Anstrengungen, um unter erschwerten Bedingungen seine Profite zu steigern. Das kann nur auf Kosten der und im Kampf gegen die Arbeiterklasse geschehen. Die wiederaufflammenden Kämpfe der Arbeiterklasse in ganz Westeuropa sind als Abwehrkämpfe gegen die Angriffe des Monopolkapitals zu interpretieren.

1. Die in den letzten Jahrzehnten sich sprunghaft steigernde Einbeziehung von Wissenschaft und Technik in die industrielle Produktion bedeutet gerade nicht die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise durch eine technokratisch geleitete Gesellschaft. Ebenso wenig handelt es sich darum, die Produktion nach den jeweiligen Möglichkeiten einem autonom sich vollziehenden technischen Fortschritt anzupassen. Vielmehr ergibt sich Entwicklung und Bedeutung von Wissenschaft nicht allein aus den ihr eigenen Gesetzen, sondern wird diktiert durch die kapitalistischen Produktions-und Verwertungsbedingungen, in denen sie sich vollzieht.

Grundsätzlich wird der technische Fortschritt notwendig aus dem Zwang zur Verwertung von Kapital. Die Konkurrenz zwingt die einzelnen Kapitale zu permanenten Produktivitätssteigerung und damit zur ständigen Umwälzung der Produktionstechnologie, um im Vorsprung vor dem Konkurrenten einen Extraprofit herauszuschlagen. Die ständige Jagd nach dem Profit war daher der Antrieb für den sich ständig steigernden technischen Fortschritt, und die Höhe des Profits auch dessen Grenze. Profitabilität von Produktivitätssteigerungen mißt sich für den Kapitalisten daran, ob die Maschine weniger kostet als die Lohnkosten, die sie spart. Sie muß also, indem sie Arbeitskräfte ersetzt, noch mehr unbezahlte Arbeit als bisher aus der Arbeitskraft aussaugen. Kapitalistisch angewandt unterwirft sich die Maschine dem Menschen, statt daß sich der Mensch mit ihrer Hilfe die Natur unterwirft. Die Einführung der Automation kann dies nicht ändern - sie verschärft den Widerspruch noch - sondern nur die Beseitigung des Kapitalismus. Die Entwicklung der Maschinerie als angewandte Wissenschaft im Interesse des privaten Profits zeigt immer mehr parasitäre, gegen den gesellschaftlichen Fortschritt gerichtete Züge. Ein Großteil der Forschung ist militarisiert und dient den Interessen der Rüstungskapitale und der aggressiven Politik des Imperialismus.

Freilich entwickelt die kapitalistische Produktionsweise auch damit Bedingungen, die sie letztlich sprengen werden. Die Entwicklung der Produktivkräfte hat einen Stand erreicht, der die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht nur möglich, son-

+) Das Folgende soll nicht die zahlreichen Analysen dieser Reform im Ganzen wiederholen. Es sollen nur einige Aspekte hervorgehoben werden, deren Erwähnung sich aus der augenblicklich notwendigen Abgrenzung von falschen Theoremen ergibt.

dern immer mehr zur Notwendigkeit werden läßt.

Für Wissenschaft und Bildung heißt das, daß die seit der durch das Kapital bewirkten Entwicklung der großen Industrie den Qualifikationsprozeß der Arbeitskraft beherrschende Widersprüche sich deutlich verschärfen. Marx hat das so beschrieben: " Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandne Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv ... Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters. Andererseits reproduziert sie in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten. Man hat gesehen, ... wie dieser Widerspruch im ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt. ... Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz... durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, dem bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind." (Kapital 1, 510ff.)

Die ständig steigende Einbeziehung von Wissenschaft in den Produktionsprozeß hat heute auch die Forderung der Kapitalisten und ihrer Bildungsplaner nach "Disponibilität" und "Flexibilität" lauter werden lassen. Sie meinen freilich nicht die allseitige wissenschaftliche Ausbildung der Individuen, schon gar nicht die Befähigung " verschiedene gesellschaftliche Funktionen" zu übernehmen, sondern schlicht die notwendig veränderte Form der Qualifikation, die die Ware Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt für alle Bewegungen des Kapitals verfügbar halten soll, während die Entwicklung der Produktivkräfte bei gleichzeitiger Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit, schon längst die bewußte Leitung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erfordert.

Verschärft also die Entwicklung des Kapitalismus damit selber die Forderung nach der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums und nach dessen allseitiger Ausbildung, so besteht kein Zweifel, daß die kapitalistische Produktionsweise zu dieser Entwicklung, die sie selber erfordert, in diametralem Widerspruch steht. Das Kapital muß Strategien entwickeln, um den emanzipativen, gegen den Zwang zur Verwertung gerichteten Tendenzen, entgegen zu wirken.

Die gegenwärtig durch den Staat vorangetriebene Gesamtregulierung von wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung im Dienste der Monopole ist Teil der Reaktion auf die vom Kapital selber vorangetriebenen Vergesellschaftungsprozesse mit dem Versuch, die gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen weiter den privaten Profitinteressen zu unterwerfen. Die gegenwärtige staatliche Bildungspolitik ist also gerade der Versuch, die private Verfügungsgewalt gegen die Tendenz zur Vergesellschaftung der Produktion auszudehnen. Einerseits muß sie zwar die Tendenz zur Vergesellschaftung der Wissenschaft vorantreiben, und z.B. die letzten Reste "autonomer" bürgerlicher Ideologieproduktion zerstören, andererseits muß sie den wissenschaftlichen Arbeitsprozeß so verändern, daß er und seine Ergebnisse immer schon kapitalistischer Verwertung unterworfen bleiben. Dieser widersprüchliche Charakter der monopolkapitalistischen Bildungsreform spiegelt den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung wider in dem Versuch einer Reform gesellschaftlicher Bildungseinrichtungen im privaten Interesse, und zwar gerade so, daß der technisch-wissenschaftliche Fortschritt dazu dient, die Herrschaft des Menschen über den Menschen zu erhalten, statt seine Emanzipation zu ermöglichen. Diese in ihm enthaltenen emanzipativen Möglichkeiten werden nur durch den Kampf des Proletariats um seine Befreiung, um die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verwirklicht werden können. Erst die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat schafft letztlich die notwendigen Voraussetzungen, die ungeheure Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Emanzipation des Menschen anzuwenden.

2. Seit den 50er Jahren hat die bürgerliche Ökonomie, wie sie selbst gesteht, "Bildung" als "ökonomischen Faktor" entdeckt. Sie reagierte damit mit ihren Mitteln auf die Tatsache, daß eine weiter gesteigerte Verwertung von Wissenschaft, die notwendig wurde, in ausreichendem Maße nur möglich war, wenn eine den neuen Erfordernissen entsprechende Ausbildung der Arbeitskräfte gesichert war. Die Notwendigkeit der Organisation der Ausbildung bedeutete nichts anderes als die Ausdehnung der Verfügung des Kapitals über die Arbeitskraft von der Produktion auf den Ausbildungssektor. Die bisherige Organisation von Forschung und Ausbildung in lockerer Verbindung von staatlichen und privaten Einrichtungen erwies sich als nicht mehr ausreichend, zumal nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode auch für das westdeutsche Monopolkapital endgültig der technische Fortschritt unter wachsender internationaler Konkurrenz zum wichtigsten Mittel geworden war, weiterhin hohe Profite zu erzielen.

Ökonomisch handelt es sich bei den Ausgaben für die Ausbildung um staatlich umverteilte Revenue, d.h. vor allem um Lohnabzüge in Form der Lohnsteuer, die zur staatlichen Organisation der Ausbildung der Ware Arbeitskraft verwendet werden. Wie immer die Frage gelöst wird, ob die Lohnabzüge sämtlich zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft verwandt werden oder nicht, und in welchem Maße sie wieder in den Wert der Arbeitskraft eingehen, kann gesagt werden, daß Investitionen in den Ausbildungssektor nie, auch "langfristig" nicht, direkt Profit bringen, sondern sie sollen die Voraussetzungen der Profitproduktion verbessern und deren Aufrechterhaltung bei steigenden Verwertungsschwierig

keiten überhaupt garantieren. Ist schon unsicher, ob die in die Forschung investierten Gelder die erwarteten Gewinne ermöglichen, und werden daher immer mehr die Forschungsausgaben dem Staate übertragen (z.B. indem dieser Rüstungsaufträge vergibt), so ist bei den Ausgaben für die notwendige qualitative Änderung und Ausweitung des Ausbildungssektors überhaupt nicht klar, ob die so ausgebildeten Arbeitskräfte es den Kapitalisten möglich machen, vermehrt Profite herauszuschlagen. Ängstlich sprechen auch "progressive" Bildungsplaner von "Überqualifikation". Die Kosten möglichst gering zu halten und ihre Effektivität möglichst genau zu kalkulieren - das ist der Inhalt der gegenwärtigen Anstrengungen der herrschenden Klasse zur Formierung des Ausbildungssektors.

Trotz mehrfach erhobener Forderung sind die Bildungsausgaben nicht wesentlich gestiegen. Zudem hat die Bundesregierung selber betont, daß ihre Ausgaben für die geplanten Reformen vor allem auch Konjunktursteuerungsmittel sein sollen im Interesse der "Stabilität", d.h. also der möglichst hohen Profite der Monopole.

Es ist also völlig unzureichend, die Widersprüche des Kapitalverhältnisses selber in kurz- und langfristige Interessen einzuteilen, diese noch den einzelnen "Kapitalfraktionen" zuzuteilen und so zwischen einer reaktionären Fraktion, die auf bloßes Sparen und kurzfristigen Profit, und einer progressiven, die auf Strukturreformen und Sicherung der Reproduktionsbedingungen aus ist, zu unterscheiden. Bei den festzustellenden unterschiedlichen Konzepten für die monopolkapitalistische Bildungsreform handelt es sich vielmehr um verschiedene Strategien vertreten von Verbänden und Parteien, die von den wechselnden Gruppierungen des Monopolkapitals zur Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen benutzt werden. Diese Strategien sollen insgesamt auf den grundsätzlichen, unauflöslichen Widerspruch antworten, daß nämlich die Jagd nach dem Profit selber Bedingungen schafft, die diese Jagd zunehmend erschweren. Die verschiedenen Seiten dieses Prozesses - in den Ausdrücken bürgerlicher Profitplanung: Profitmaximierung und Profitoptimierung - finden ihren Ausdruck gerade nicht etwa in einer planungsorientierten Kapitalfraktion, die sich gegenüber einer anachronistischen, die überholten Produktionsbedingungen konservierenden durchsetzt. Der permanent wirkende Widerspruch zwischen Gesamt- und Einzelkapital, also zwischen dem Drang des Einzelkapitals nach Profitsteigerung und der Notwendigkeit dessen Tendenz, damit die Produktionsbedingungen des Kapitals insgesamt zu gefährden, entgegen zu wirken, findet seinen Ausdruck vielmehr in einer krisenartigen Entwicklung. Nur dadurch wird das Kapital gezwungen, die Kosten gemäß seiner eigenen Reproduktionsbedingungen zu erhöhen.

Die gegenwärtige Bildungskrise beinhaltet nichts anderes; und die verschiedenen Strategien, die gemäß dem Konjunkturzyklus und den wechselnden politischen Kräfteverhältnissen (zusätzlich beeinflußt durch die dem Kapitalismus eigenen Widersprüche zwischen einzelnen Produktionszweigen) verfolgt werden, sind Reflex darauf, die für das Kapital letztlich unmögliche Aufgabe zu bewältigen, gesamtgesellschaftliche Planung im Interesse des privaten Profits reibungslos durchzusetzen.

Welche der verschiedenen Strategien für die Bildungsreform sich schließlich durchsetzt, und wie diese sich selbst verändern, hängt vor allem von der Entwicklung des Krisenzyklus ab, in dessen Verlauf die stärksten Monopole sich durchsetzen. Die sich ankündigende Krise hat jedenfalls die Konzepte von SPD und CDU gar nicht mehr so unterschiedlich, und die vorsichtig planende Sparpolitik mancher Kultusminister gegenüber dem propagandistischen Geschrei "progressiver" Bildungsplaner gar nicht mehr so kurzsichtig erscheinen lassen.

IV.

Der Fortschritt der Produktivkräfte wendet sich unter der Herrschaft des Kapitals gegen das Proletariat selbst; statt zu seiner Vereintheitlichung dient er zu seiner Spaltung, statt seiner allseitigen Ausbildung betreibt die herrschende Klasse den Versuch seiner Verdummung, statt der freien Disposition des Menschen über seine allseitig entwickelten Fähigkeiten wird die Trennung in Spezialisten und Handlanger forciert. Die technologischen Neuerungen schleudern Massen von Arbeitern von einem Produktionszweig in den anderen; ihre Arbeitskraft wird immer wieder entwertet, und sie werden permanent von Arbeitslosigkeit bedroht. Der Kampf der Arbeiter um eine ausreichende den Interessen ihrer Klasse entsprechende Ausbildung wird eine zentrale Bedeutung in den Kämpfen um die Macht einnehmen, auch wenn klar ist, daß erst die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse die Aufhebung der alten Teilung der Arbeit, der Trennung von Kopf- und Handarbeit ermöglicht.

Auch die Feststellung, daß die Klassenkämpfe in Westdeutschland noch wenig entwickelt sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei der geplanten Formierung des Forschungs-und Ausbildungswesens um Klassenkampf handelt um Klassenkampf von oben. Gerade auch die fortgeschrittensten Pläne der Bourgeoisie für eine Gesamtschule und eine Gesamthochschule verraten in dem Maße, wie sie selber von "Gruppendynamik" und "Konflikttheorie" ausgehen und damit den Klassenkampf leugnen, ihren Charakter als Techniken der Klassenherrschaft. Wo von einheitlicher flexibler Ausbildung die Rede ist, wird doch nur die einheitliche "Begabten"auslese Angepaßter gemeint, die so flexibel sein sollen, daß ihre Arbeitskraft dem Kapitalisten durch den Arbeitsmarkt jederzeit verfügbar ist. Sowohl das Ausbildungsförderungsgesetz und das Hochschulrahmengesetz als auch die schon praktizierte Zentralisierung und Effektivierung der Bildungsverwaltung durch Informationssysteme, Forschungsprojekte und Curriculuminstitute stellen das Instrumentarium staatsmonopolistischer Bildungspolitik im Interesse der herrschenden Klasse dar: Selektion und Kontrolle.

Der wissenschaftliche Arbeitsprozeß bleibt insgesamt von dieser Entwicklung nicht unberührt. Die Intelligenz ist in ihrer gesellschaftlichen Stellung mitbetroffen. Die verstärkte Einbeziehung der Wissenschaft in den Produktionsprozeß im Dienste des Monopolkapitals bedeutet einen Umschichtungsprozeß innerhalb der wissenschaftlich Tätigen, der große Teile sozial deklassiert, bedeutet einen Formwandel der bürgerlichen Wissenschaft,

der den "autonomen" Ideologieproduzenten entthront und zum direkt abhängigen Sachwalter von Kapitalinteressen macht, was notwendig zu Friktionen im Bewußtsein der Betroffenen führt. Diese allgemein beschriebene Entwicklung muß genau untersucht werden in Bezug auf ihre verschiedenen Auswirkungen auf die verschiedene gesellschaftliche Stellung der wissenschaftlich Tätigen. Jedenfalls kann von einer generellen "Verproletarisierung" der Intelligenz nicht die Rede sein, etwa so, daß die steigende Einbeziehung von Wissenschaft in den Produktionsprozeß die wissenschaftliche Intelligenz insgesamt der Herrschaft des Kapitals so unterwerfen würde, daß die Interessen dieser Intelligenz sich direkt gegen die Herrschaft des Kapitals richteten. Da die wissenschaftliche Intelligenz keine homogene gesellschaftliche Schicht ist, lassen sich nicht d i e Interessen d e r wissenschaftlichen Intelligenz allesamt und bruchlos mit der Perspektive des Bündnisses mit der Arbeiterklasse verbinden. Die wissenschaftliche Intelligenz, die direkt in den Produktionsprozeß integriert ist, wird ihre Trennung von der Arbeiterklasse, zu der sie objektiv gehört, auch nicht unmittelbar überwinden können auf Grund der Tatsache, daß die kapitalistische Produktionsweise die Trennung von Hand- und Kopfarbeit bis zum feindlichen Gegensatz entwickelt hat.

Die Formierung des Ausbildungssektors ist natürlich Folge der veränderten Stellung der Intelligenz in und zum Produktionsprozeß. Zwar bedroht sie die Aufstiegsinteressen der Studenten und zerstört ihre Illusionen darüber, sie macht aber die Studenten genau so wenig wie die Intelligenz insgesamt zu einer einheitlichen sich verproletarisierenden Schicht. Daß schließlich Teile der bürgerlichen Intelligenz nicht in ihren jeweils verschiedenen Berufen rebellierten, sondern im Ausbildungssektor und hier zunächst in den Philosophischen Fakultäten zeigte, wie sehr diese Rebellion von ideologischen und politischen Widersprüchen bestimmt ist. Die Bedeutung des allgemeinpolitisch bestimmten Protests, mit dem gerade die Studenten als der am feinsten reagierende Teil der bürgerlichen Intelligenz auf die Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus antworteten, darf nicht vernachlässigt werden. Eine Ausrichtung der Politik an der Hochschule an "gewerkschaftlichen" Interessen der Studenten ist weder in der Lage, die politisch bestimmte Bewegung der Studenten aufzunehmen noch den objektiven Widersprüchen innerhalb der Studentenschaft gerecht zu werden. Dem gegenüber besteht kommunistische Politik gerade darin, die Widersprüche, die die politische Bewegung der Studenten hervortrieben, vom Standpunkt des Proletariats zu erklären und jene Widersprüche begriffen zu machen, um den ideologischen Abspaltungsprozeß eines großen Teils der Studenten von der Bourgeoisie voranzutreiben.

Freilich muß diese Politik nicht abstrakte Aufklärungsarbeit bleiben, völlig losgelöst von den materiellen Bedingungen, denen die Studenten unterworfen sind. In dem Maße, wie die monopolkapitalistische Politik auch im Ausbildungsbereich ihren demokratie- und wissenschaftsfeindlichen Charakter entlarven mußte, schuf sie auch die materiellen Bedingungen, die eine demokratische Bewegung herausforderten. Sie hat die Einsicht in die Notwendigkeit des Bündnisses von Proletariat und Intelligenz selber in der Studentenschaft vorangetrieben und die Voraussetzung dafür geschaffen, daß einem Großteil der Studenten im richtigen Aufgreifen ihrer materiellen und politischen Interessen eine praktische Perspektive in diesem Bündnis gewiesen werden kann.

Allerdings ist der Widerspruch zwischen der Arbeiterbewegung und der Studentenbewegung nicht unmittelbar aufhebbar. Es führt kein direkter Weg von den materiellen Interessen der Studenten zum Bündnis mit dem Proleatriat. Einerseits gerät der Kampf der Studenten allzu leicht zur bloßen Verteidigung ihrer Privilegien, wird die Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zum bürgerlichen Bildungserlebnis und die revolutionäre Theorie selbst zum bürgerlichen Bildungsinhalt degeneriert, andererseits bedeutet der Anspruch der direkten Teilnahme am Klassenkampf auf der Seite der Arbeiterklasse nicht selten die Rationalisierung eines voluntaristischen Avantgardeanspruchs gegenüber der Arbeiterklasse (z.B. wenn sich Studenten schlicht zum kollektiven Theoretiker des Proletariats erklären).

An der Hochschule kann der Kampf gegen die Kriegsforschung, mit der wissenschaftlicher Fortschritt der kriegerischen aggressiven Politik des Imperialismus unterworfen wird, gegen das Geschäft mit der Krankheit, das eine unzureichende Krankenversorgung als Quelle privater Bereicherung benutzt, gegen den Terror der Klassenjustiz, gegen den Ausbau des staatsmonopolistischen Herrschaftsapparates mit Hilfe der Sozialtechniken, gegen die Verdummung durch die bürgerliche Ideologie, gegen eine Erziehung im Klasseninteresse der Bourgeoisie die Einsicht in die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse in dem Maße verbreiten, wie die politische Repression des Staates die betroffenen zum demokratischen Kampf zwingt und damit selber den Vermittlungszusammenhang schafft, von dem aus die marxistische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft für Intellektuelle, die nicht unmittelbar dem kapitalistischen Produktionsprozeß unterworfen sind, überhaupt erst möglich wird.

Für den größten Teil der an der Universität ausgebildeten Intelligenz kann die richtige Konkretisierung des Bündnisses mit dem Proletariat nicht darin bestehen, direkt am Emanzipationskampf des Proletariats teilzunehmen oder sich direkt in dessen Dienst zu stellen. Ihre demokratischen und anti-imperialistischen Impulse richtig aufzunehmen und sie für das Bündnis mit dem Proletariat zu gewinnen, heißt sie für den Kampf um eine wissenschaftliche Tätigkeit zu gewinnen, die nicht im Dienste des Monopolkapitals ausgeführt wird, sondern dem Volke dient, die damit die gesellschaftlichen Ursachen des Privilegs, geistig tätig zu sein, reflektiert und im Zusammenhang des politischen Kampfes auf dessen Abschaffung gerichtet ist.

Es ist klar, daß Wissenschaft sich unter den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus dem Verwertungszwang des Kapitals nicht entziehen kann; unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen gibt es keine Wissenschaft im Dienste des Volkes. Das Interesse demokratischer Studenten an einer gesellschaftlich sinnvollen Berufspraxis wird notwendig vom monopolkapitalistischen Profitinteresse ausgenutzt und ihm subsumiert. Dagegen müssen kommunistische Studenten an der Hochschule den demokratischen Kampf propagieren und

aufnehmen. Dieser Kampf richtet sich gegen die Verordnungen, Maßnahmen und Institutionen, die die Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals sicherstellen, er muß geführt werden im Zusammenhang der antikapitalistischen und anti-imperialistischen Agitation und Mobilisierung, als organisierte Destruktion der bürgerlichen Ideologie und Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, die nur vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus konsequent kritisiert werden kann.
Die Gruppe Neues Rotes Forum hält es daher für ihre Hauptaufgabe an der Universität, das Studium der Grundlagen der marxistischen Theorie zu organisieren, den wissenschaftlichen Sozialismus in der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft weiter zu entwickeln und zu propagieren. Die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft, die Kontrolle der Auftragsforschung und die Propaganda des wissenschaftlichen Sozialismus erfolgt in der Perspektive, die fortschrittlichen Studenten in den Institutsgruppen zu organisieren, die die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft vorantreiben müssen, was gleichzeitig heißt, die bestehenden Konflikte an der Universität aufzugreifen und die fortschrittlichen Studenten darin organisiert anzuleiten. Die Parole " Propagiert den wissenschaftlichen Sozialismus an der Hochschule" bestimmt den Zweck unserer Arbeit an der Hochschule, sie enthält aber kein Aktionsprogramm für diese Arbeit und ist auch nicht als Parole der Massenagitation zu verstehen.

Die Politisierung und Organisation der Studenten erfolgt im Hinblick auf die Berufe, auf die sie sich vorbereiten. Nur ein kleiner Teil der an der Universität ausgebildeten Studenten wird direkt in den Produktionsprozeß integriert werden. Sie gilt es wissenschaftlich, politisch und organisatorisch darauf vorzubereiten, an ihrem Arbeitsplatz an der Seite der Arbeiterklasse den Kampf aufzunehmen und ihn nicht - durch Privilegien bestochen - zu sabotieren. Was den größten Teil der Studenten betrifft, so gibt die Parole " Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes" die Richtung an, in der ein Aktionsprogramm für die Hochschule ausgearbeitet werden muß. Damit wird einerseits Schluß gemacht mit dem Kampf zur Verteidigung der akademischen Spielwiesen und der Privilegien der geistig Tätigen, andererseits setzt diese Parole gegen die Phrasen der bürgerlichen Bildungsreformer eine anti-kapitalistische Politik, die nicht darüber hinwegtäuscht, daß eine solche Ausbildung erst durch die Diktatur des Proletariats institutionell verwirklicht werden kann. Sie enthält damit die Notwendigkeit des Bündnisses mit dem Proletariat und den werktätigen Massen, die Notwendigkeit der organisierten Anleitung des studentischen Kampfes in dieser Perspektive.

do 3. 6. emtidi - berlin folk-protest-songs

4. + 5. + 6. 6. heidelberger jazztage
anschließend im CAVE 54
jam-session

do 10. 6. pall noêl group - USA

do 17. 6. seldon bleed rock-jazz

do 24. 6. peter nell duo

Konzertbeginn jeweils 20.30

CAVE 54
Verein zur Pflege studentischer Geselligkeit e.V.
HD, Krämergasse 2, Tel. 27840

KAPITALISTISCHER UND SOZIALISTISCHER WEG IN DER ÜBERGANGSPERIODE ZUM SOZIALISMUS

Bei dem folgenden Artikel handelt es sich um einen Auszug aus einem Referat, das auf der Generaldebatte der Gruppe Neues Rotes Forum gehalten wurde. In einem ersten, hier nicht abgedruckten Teil, wurde vor allem die Genese des Konflikts und des Bruchs zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus in der kommunistischen Weltbewegung dargestellt. Hier standen die Differenzen in der Beurteilung Stalins, in der Frage der friedlichen Koexistenz im Mittelpunkt. Im folgenden Teil des Referats wird die revisionistische Linie im Aufbau des Sozialismus untersucht. Die Frage, ob in der Sowjetunion eine neue Bourgeoisie die Herrschaft ausübt, wird nicht entschieden. Dazu bedürfte es anderer Analysen als der bisher vorhandenen. Es wird aber gezeigt, daß die revisionistische Behandlung der Widersprüche der Übergangsperiode notwendig zur Restauration des Kapitalismus führt, wenn die Arbeiterklasse diese Restauration nicht gewaltsam verhindert, wie dies in China durch die Kulturrevolution geschehen ist.

Die Schlußfolgerungen in diesem Referat werden bewußt beschränkt. In der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus dürfen wir uns nicht dazu hinreißen lassen, Behauptungen aufzustellen, die wir noch nicht beweisen können. Nur so könnnen wir erreichen, dass die Position des Revisionismus dauerhaft geschwächt wird.

Es waren die Fragen der Beurteilung der Fehler Stalins, des friedlichen Übergangs und der friedlichen Koexistenz, die den Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen der KPCh mit der KPdSU und anderen Parteien bildete. Zu diesem Zeitpunkt bekämpfte die KPCh diese revisionistischen Fehler ohne die entsprechenden Parteien als revisionistisch zu bekämpfen. Seit der offenen Spaltung des revisionistischen Lagers ist die KPCh zunehmend dazu übergegangen, die Fehler als Ausdruck revisionistischer Ideologie zu begreifen, die als ganzes bekämpft werden muß. Dabei geht die KPCh von folgendem, von Lenin übernommenen Begriff des Revisionismus aus: "Der Revisionismus ist eine Art der bürgerlichen Ideologie. Die Revisionisten verwischen den Unterschied zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, den Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur. Das, wofür sie eintreten, ist in Wirklichkeit nicht die sozialistische Linie, sondern die kapitalistische." Da das Kernstück der Politik jeder kommunistischen Partei, die an der Macht ist, die Frage der Diktatur des Proletariats und des Aufbau des Sozialismus ist, muß die Frage, ob sie vom Revisionismus beherrscht ist und ob sie den kapitalistischen Weg geht, gerade hier untersucht werden, um zu entscheiden, ob es sich bei bestimmten Fehlern wie den oben behandelten einfach um ideologische Unklarheiten handelt oder ob es sich um den notwendigen Ausdruck einer insgesamt revisionistischen Ideologie und Politik handelt.

Dementsprechend hat die KPCh nach der Spaltung gerade die innere Politik der KPdSU in den Mittelpunkt ihrer Kritik gestellt und hat in der Kulturrevolution die Konsequenzen aus dieser Kritik für das eigene Land und die eigene Partei gezogen. Die KPCh geht inzwischen davon aus, dass die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion durch die Diktatur einer "bürokratischen Monopolbourgeoisie", einer "Großbourgeoisie neuen Typs" abgelöst ist, "die den gesamten Staatsapparat beherrscht und sämtlichen gesellschaftlichen Reichtum kontrolliert." (1) "Diese bürokratische Monopolbourgeoisie neuen Typs hat unter Mißbrauch der von ihr kontrollierten Staatsmacht das sozialistische Eigentumssystem in das Eigentumssystem der den kapitalistischen Weg gehenden Machthaber, die sozialistische Wirtschaft in eine kapitalistische Wirtschaft und eine staatsmonopolistische Wirtschaft umgewandelt. Unter Mißbrauch des Namens "Staat" plündert sie rücksichtslos die Staatskasse, bemächtigt sich mit allem Mitteln nach Belieben der Früchte der Arbeit des Sowjetvolkes, führt damit ein herrschaftliches und luxuriöses, liederliches und müßiges Leben und schaltet und waltet, wie es ihr beliebt (...) Diese bürokratische Monopolbourgeoisie neuen Typus bildet die Klassenbasis des sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus" (2). Mao Tse-tung hatte schon 1964 in zwei Gesprächen festgestellt: "Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie." und: "Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers." (3) Trotz der Ungeheuer-

---

(1) Leninismus oder Sozialimperialismus, PR 17, 28.4. 1970, S.7 f.
Zu dem ganzen folgenden Ausschnitt des Referats vgl.: Bettelheim, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1970 pass. und Philip Naumann, Der "Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation", Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR, in: Kursbuch 23, 1971, S.96 - 142

(2) a.a.O., S. 8; zur Phänomenologie vgl. auch Testament von Varga.

(3) zit. a.a.O., S. 7

lichkeit der Vorwürfe, glaube ich nicht, dass man sie einfach als emotionale Entgleisungen und Gerede abtun kann, wie dies etwa Walter Lindner tut (4). Die chinesische Position gegenüber der KPdSU hat zu keinem Zeitpunkt der Auseinandersetzungen den Boden der marxistisch-leninistischen Analyse verlassen und man sollte deshalb auch bei ihren jüngsten Positionen, die offen erst seit dem Einmarsch in die CSSR und den bewaffneten Grenzstreitigkeiten vertreten werden, mit allen Abqualifizierungen vorsichtig sein. Immerhin hat August Thalheimer eine solche Entwicklung der Sowjetunion schon 1946 für nicht ausgeschlossen gehalten, obwohl er einer der schärfsten Gegner der schematischen "links"-kommunistischen Kritik an der angeblich schon in den 20er Jahren vollzogenen kapitalistischen Restauration der Sowjetunion gewesen ist. Thalheimer schrieb:"Es handelt sich bei der Oktoberrevolution um den Übergang vom (privaten) Kapitalismus nicht zum Staatskapitalismus, sondern zum Staatssozialismus. Die Rückverwandlung staatssozialistischer in staatskapitalistische Wirtschaft würde die umgekehrten Übergänge als vollzogen voraussetzen. Die entscheidenden Produktionsmittel würden kollektives kapitalistisches Eigentum, d.h. Eigentum einer neuen Kapitalistenklasse, die die Staatsmacht in Händen hat. Die Produktion ist nicht mehr auf Bedarf ausgerichtet sondern auf die Erzielung wachsenden Mehrwerts eingestellt. Eine solche Rückverwandlung ist jedenfalls in der heutigen Sowjetunion noch keine vollzogene Tatsache." (5) Wichtig ist, daß sowohl Thalheimer, als auch die KPCh und Bettelheim, der eine ähnliche These vertritt, von der entscheidenden Frage ausgehen, vom Klassencharakter der Staatsmacht. Diese Fragestellung ist die einzig marxistisch-leninistische. Im Gegensatz dazu hatten die Linkskommunisten, die während der 20er Jahre von einer kapitalistischen Restauration der Sowjetunion geredet hatten, diese Frage umgangen und schlicht aus der Tatsache des Überwiegens der ländlichen Kleinproduktion auf die Unvermeidbarkeit des Kapitalismus geschlossen. Das war eine menschewistische Methode, und es ist kein Zufall, daß ein nicht geringer Teil dieser Kritiker bei der Sozialdemokratie oder direkt in den Armen der Bourgeoisie geendet hat (6) . Bei der Widerlegung der These der KPCh und Bettelheims darf man es sich auch nicht so leicht machen, daß man, wie Walter Lindner, den "marxistischen"Begriff der Klasse von der ausdrücklichen Vererbbarkeit der Stellung zu den Produktionsmitteln abhängig macht. Einerseits geht in den Klassenbegriff natürlich nicht die individuelle Vererbbarkeit der Stellung zu den Produktionsmitteln ein, sonst wäre das Proletariat keine Klasse und andererseits setzt natürlich die rechtliche Fixierung einer faktischen Vererbbarkeit des Besitzes an Produktionsmitteln eine relativ lange Entwicklung der Klassenherrschaft voraus. Es ist also durchaus möglich, daß eine privilegierte Schicht sich längst in eine herrschende Klasse verwandelt hat, ehe ihre Position rechtlich abgesichert ist. Wie es oft vorkommt verwechselt Lindner die Analyse der juristischen Formen mit der Analyse der Produktionsverhältnisse, eine Verwechslung, die in der gesamten Literatur der Revisionisten deren apologetischen Charakter ausmacht.

In unserem Entwurf einer programmatischen Erklärung werden keineswegs so weitgehende Behauptungen aufgestellt, wie in der chinesischen und Bettelheimschen Analyse. Die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie wird nicht behauptet, der Konflikt zwischen der KPdSU und der KPCh wird als Auseinandersetzung zwischen kapitalistischem und sozialistischem Weg innerhalb der Übergangsgesellschaften verstanden, wobei offengelasssen wird, ob die Entwicklung in der Sowjetunion schon zur Herrschaft einer neuen Bourgeoisie und damit zur vorübergehenden Restauration des Kapitalismus geführt hat. Ein solches Ergebnis ließe sich erst in einer konkreten Analyse der Produktionsverhältnisse der Sowjetunion belegen; diese haben wir natürlich nicht ausreichend durchgeführt,und die KPCh hat eine solche Analyse auch noch nicht veröffentlicht. Um unsere These zu belegen reicht es dagegen aus, aufzuzeigen, daß die Revision der marxistisch-leninistischen Theorie in der KPdSU und den mit ihr befreundeten Parteien inzwischen soweit fortgeschritten ist, dass diese Parteien nicht mehr in der Lage sind, die Widersprüche der Übergangsgesellschaft zu analysieren und richtig zu behandeln, ja diese Widersprüche direkt leugnen müssen, so daß sie, die bestehenden Widersprüche gegeben, objektiv die Restauration des Kapitalismus erleichtern und die Entstehung einer neuen Bourgeoisie fördern. Der Begriff Revisionismus sagt nichts über die guten oder bösen Absichten Einzelner aus, sondern etwas über das Verhältnis einer bestimmten Ideologie zu den bestehenden Widersprüchen und Klassengegensätzen.
Eine solche Revision der marxistisch-leninistischen Theorie stellt z.B. die These von der Umwandlung der Diktatur des Proletariats in den Staat des ganzen Volkes dar, und die These von der Umwandlung der Partei des Proletariats in die Partei des ganzen Volkes, die auf dem XXII. Parteitag in das Programm der KPdSU aufgenommen wurden und seitdem auch nach Chruschtschows Sturz die Phraseologie der Machthaber der Sowjetunion bestimmen. Es ist klar, dass diese Begriffe ausgehend von der marxistisch-leninistischen Methode schlechthin widersinnig sind. Entweder ist die Klassengesellschaft überwunden,dann hat der Staat seine Notwendigkeit verloren, oder die Klassengegensätze sind nicht überwunden, dann ist nicht der Staat des ganzen Volkes und die Partei des ganzen Volkes notwendig, sondern die Diktatur des Proletariats und die Partei des Proletariats, die im nach wie vor bestehenden Klassenkampf die übergroße Mehrheit des Volkes um sich sammeln. Die Nichtexistenz von Klassen behaupten und den Staat des ganzen Volkes propagieren, das ist entweder schierer Widersinn oder bewusste Täuschung. Man kann natürlich auch nicht so argumentieren, dass im Innern kein Klassenkampf mehr existieren würde und deshalb die Diktatur des Proletariats funktionslos geworden wäre, aber der internationale Klassenkampf noch einen Staat, eben den Staat des ganzen Volkes,notwendig mache. Einerseits sind die

(4) Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration, Erlangen 1971, S. 2, S. 71
(5) Thalheimer, Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg, Anfang 1946, S. 15
(6) z.B. Ruth Fischer; vgl. zur Auseinandersetzung in den 20er Jahren: Bucharin, Die kapitalistische Stabilisierung und die proletarische Revolution, EKKI - Moskau, 1926

sozialistischen Übergangsgesellschaften keine von der übrigen Welt getrennten Inseln, sondern reproduziert sich der internationale Klassenkampf notwendig im Innern der Übergangsgesellschaften, andererseits ist der internationale Klassenkampf halt gerade der Klassenkampf von Bourgeoisie und Proletariat und er kann deshalb konsequent nur durch die Diktatur des Proletariats und die Partei des Proletariats angeleitet werden. So stellt die Formel des Staates des ganzen Volkes im besten Fall eine unbewusste Kapitulation vor dem Druck der bürgerlichen Propaganda dar, im schlimmsten Fall aber den bewussten Verzicht auf den Klassenkampf. Diese Kritik ist von der KPCh im 9. Kommentar überzeugend geführt worden. Über diese theoretische Widerlegung hinaus aber zeigte die KPCh anhand sowjetischen Materials, dass in Wirklichkeit in der SU natürlich nach wie vor ein mehr oder weniger offener Klassenkampf stattfindet, daß kapitalistische Ausbeutung im traditionellen Sinn entgegen den Sowjetgesetzen stattfindet und dass dies nur möglich ist, weil im Sowjetapparat selbst sich Elemente eingeschlichen haben, die diese Machenschaften decken. Die Formel vom Staat des ganzen Volkes bricht also nicht nur mit der marxistisch-leninistischen Theorie und Methode, sondern verschleiert ganz offensichtliche Erscheinungen des Klassenkampfes in der Sowjetunion.

Aber ich will jetzt zur entscheidenden Revision der marxistisch-leninistischen Theorie übergehen, zur Revision des Begriffes des Sozialismus selbst, die letztlich auch den anderen Revisionen zugrundeliegt, wobei man sich immer darüber im Klaren sein muß, daß diese Revisionen als Revision an der Ideologie des Proletariats, die Kapitulation vor der bürgerlichen Ideologie bedeuten und damit die Entwaffnung des Proletariats im Kampf gegen die Bourgeoisie und die Restauration ihrer Macht. Ich werde mich im folgenden vor allem auf die Schriften aus der DDR beziehen. Das ist legitim, weil die DDR - Ideologen am ehesten an der Theorie des Marxismus-Leninismus festhalten, und in der Kritik ihrer Theorie also das ganze "sozialistische Weltsystem", soweit es sich um die Sowjetunion schart, getroffen wird. Ich will die Kritik des Begriffes der "sozialistischen Warenproduktion" in den Mittelpunkt stellen, einerseits, weil von seinem Inhalt her die ganze Frage der Problematik der Übergangsgesellschaft und ihre Verschleierung durch den Revisionismus her aufgerollt werden kann, andererseits um zu zeigen, daß tatsächlich, wie in unserem Programmentwurf behauptet, die Kapitulation vor den Gesetzen der Warenproduktion, einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Restauration des Kapitalismus bedeutet, auf dem es kein Halten mehr gibt, wenn die Arbeiterklasse keine Umkehr erzwingen kann. Ich stelle folgende These auf:

Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung lebt nach Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse in veränderter Form als Widerspruch zwischen Plan und Markt, zwischen Staat und Unternehmen, als Widerspruch von gesellschaftlicher Verfügung über die Produktion und "privater" Produktion weiter fort. Dieser neue Widerspruch kann gerade so wie der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung nur politisch gelöst werden. Dieser Widerspruch wurde in der Zeit Stalins administrativ unterdrückt und gelangt durch die Ersetzung des staatlich-administrativen Eingriffe unter der Verwaltung Stalins durch die "ökonomischen" Hebel der verschiedenen Wirtschaftsreformen zur vollen Entfaltung um tendenziell zugunsten des Marktes, der Unternehmen und der Privatproduktion gelöst zu werden, d.h. wieder umzuschlagen in den Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung. Der Begriff der sozialistischen Warenproduktion dient ausschließlich zur Verschleierung dieses Widerspruches, indem er zur Behauptung eines harmonischen Systems führt, wo nur politisch richtiges Handeln verhindern könnte, dass dieser Widerspruch die Übergangsgesellschaften sprengt und zur Restauration des Kapitalismus führt. Diese These beinhaltet natürlich nicht, dass Warenproduktion in der sozialistischen Übergangsgesellschaft durch Ukas oder Beschluß abgeschafft werden könnte, sie bedeutet jedoch, daß der Widerspruch zwischen Plan und Markt nur durch die bewusste Masseninitiative, durch eine ganze Reihe von Kulturrevolutionen zugunsten des Plans und damit zugunsten der unmittelbaren Verfügung der Gesellschaft über ihre Produktion gelöst werden kann. Nichts anderes ist der Inhalt des Grundsatzes der Kulturrevolution: "Die Revolution anpacken, die Produktion fördern." Die Parole dagegen: "Die Produktion fördern", auf die die Revisionisten den Aufbau des Sozialismus reduziert haben, führt unter den gegebenen Bedingungen nicht zum Aufbau des Sozialismus, sondern zur Restauration des Kapitalismus.

So hat also Charles Bettelheim in seiner Polemik gegen Sweezy Recht, wenn er die irrige Auffassung zurückweist, es könne aus der bloßen Zu- oder Abnahme von Warenverhältnissen oder der Bedeutung des Marktes auf den Charakter der Entwicklung der Übergangsgesellschaften geschlossen werden, und die Frage des Klassencharakters der staatlichen Macht ins Zentrum der Untersuchung stellt. Er spottet, daß man, verführe man anders, zu der Meinung kommen müsse, die Sowjetunion sei dem Sozialismus niemals so nahe gewesen wie in der Zeit des "Kriegskommunismus", in der es keinen legalen Markt gegeben hat, und die Sowjetunion habe mit der NEP den kapitalistischen Weg eingeschlagen. Bettelheim und die chinesischen Genossen stellen auch fest, dass die Existenz des Planes und die Ausdehnung der geplanten Produktion, noch keineswegs etwas darüber aussagen, ob die Machthaber im Staat und in der Partei den sozialistischen oder den kapitalistischen Weg gehen: "Es gibt sowohl sozialistische Planung als auch revisionistische "Planung". Der kennzeichnende Unterschied zwischen ihnen ist, auf der Politik welcher Klasse sie basiert und den Interessen welcher Klasse sie dient." (7)

Wenn aber die Existenz des Planes und des Marktes und ihr wechselseitiges quantitatives Verhältnis nichts über den Klassencharakter des Staates aussagen, wie z.B. Sweezy ursprünglich meinte, dann lassen sich doch

(7) Sozialistischer Aufbau und Klassenkampf im Bereich der Ökonomie, PR 16, 21. April 1970, S.8

aus dem qualitativen Verhältnis von Plan und Markt, aus der Behandlung der Widersprüche in den Produktionsverhältnissen, die ihm zugrundeliegen, und der Widersprüche im Überbau, die ihm entsprechen, wesentliche Aussagen über den Klassencharakter des Staates und der Führung der Partei ableiten. Dabei ist es klar, dass der Übergang vom Aufbau des Sozialismus zur Restauration des Kapitalismus fließend ist, dass sich aus einzelnen Fehlern nach und nach ein ganzes System revisionistischer Anschauungen ergibt, daß diese erst allmählich zur Beseitigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse führen und die Restauration des Kapitalismus erst ihren Abschluß findet, wenn eine neue Bourgeoisie sich aus den Klassenkämpfen der Übergangsgesellschaft herauskristallisiert und die Herrschaft im Staat übernommen hat.

Die chinesische Partei geht und ging von der Auffassung aus und es ist ihr auch gelungen, diese Auffassung in den Deklarationen von 1967 und 1960 zu fixieren, daß die Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat und die Verstaatlichung der Produktionsmittel nur der Beginn der sozialistischen Revolution ist. In der Frage des Aufbaus des Sozialismus gehen sie von folgenden Grundsätzen aus:

"Die sozialistische Gesellschaft umfasst eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden; der Kampf zwischen zwei Wegen, dem Sozialismus und dem Kapitalismus, geht weiter, und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen und die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Anderfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können." (8)

Es war diese allgemeine Einsicht der KPCh, die sie befähigte, Stalins Fehler vom proletarischen Standpunkt aus zu kritisieren, die nur noch in ein revisionistisches System gebracht werden mußten, um das Proletariat gegenüber den fortbestehenden Klassenkämpfen und Widersprüchen zu entwaffnen. Es leben in der sozialistischen Gesellschaft vor allem auch der Widerspruch zwischen Stadt und Land und der Widerspruch zwischen geistiger und körperlicher Arbeit fort, die vom Kapitalismus ererbt sind und zum Boden neuer antagonistischer Klassengegensätze werden können. Stalin "wich als er die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes untersuchte, von der marxistisch-leninistischen Dialektik ab; deshalb verkündete er, nachdem die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion im wesentlichen beendet war, allzu früh, daß es in der Sowjetunion 'keine antagonistischen Klassen mehr gibt' und daß die Sowjetgesellschaft 'frei von den Konflikten zwischen den Klassen' sei. Stalin betonte einseitig die Eintracht innerhalb der sozialistischen Gesellschaft und vernachlässigte deren Widersprüche. Er stützte sich im Kampf gegen die kapitalistischen Kräfte nicht auf die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen. Er sah die Möglichkeit einer Restauration lediglich in Verbindung mit einem bewaffneten Angriff seitens des internationalen Imperialismus." (9)

Genau diese Fehler kritisierte die KPdSU auf dem XX. Parteitag nicht, deshalb bereitete auch ihre Kritik an Stalin nur den Verrat am Sozialismus vor. Während Stalin die bestehenden Widersprüche administrativ unterdrückte und gleichzeitig ihre Existenz leugnete, leugnen die heutigen Revisionisten die Existenz dieser Widersprüche der Übergangsgesellschaft und forcieren deren "Lösung" durch die Restauration des Kapitalismus. Bettelheim beschreibt treffend den Widerspruch der sowjetischen Gesellschaft als Widerspruch zwischen juristischen Eigentumsformen, die die Nationalisierung hervorgebracht hat, und dem Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel; Vergesellschaftung der Produktionsmittel bedeutet die unmittelbare Verfügung der Gesellschaft über die Produktion und impliziert besonders die "effektive Fähigkeit" der Gesellschaft zu registrieren und zu verteilen. Aus diesem Widerspruch erklärt Bettelheim die Neigung zu administrativen Lösungen, die die Stalinsche Politik auszeichnete: "Wenn juristische und tatsächliche Fähigkeit nicht übereinstimmen, wenn das juristische Subjekt nicht ein wirklich ökonomisches Subjekt ist, so gibt es eine Scheidung zwischen dem tatsächlichen Produktionsprozess und der Distribut ion auf der einen Seite und dem Prozess der erstrebt worden war von jenen, die die juristische Gewalt haben, ohne über die tatsächliche Fähigkeit zu verfügen, auf der anderen Seite. Diese Scheidung bringt einen mehr oder weniger großen Mangel an tatsächlicher Leitung des ökonomischen Prozesses durch diejenigen, die ihn leiten sollen, mit sich, und ruft im allgemeinen die Vervielfältigung von Reglementierungsmaßnahmen und das Anschwellen des Apparates hervor. Diese Erscheinungen sind ihrerseits verbunden mit der vergeblichen Anstrengung, die auf den Versuch verwendet wird, den Graben auszufüllen, die den formalen juristischen Rahmen von den tatsächlichen Produktionsverhältnissen trennt, Verhältnisse, die also diesen Rahmen in unangemessener Weise ausfüllen." (10)

Dieser objektive Widerspruch zwischen den juristischen Eigentumsformen und wirklichen Produktionsverhältnissen und entsprechend zwischen Plan und wirklicher Produktion, äusserte sich subjektiv als Widerspruch zwischen staatlicher Planungsbürokratie und staatlicher Unternehmensleitung. Dieser Widerspruch zeigte sich vor allem am Ende von Stalins Regierung. Die Unternehmens-

(8) Mao Tse-tung, zit. in: Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution, Peking 1970

(9) Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, S.478

Diese fehlerhafte Auffassung schlug sich auch in der Deklaration von 1960 nieder

(10) Bettelheim u.a., Wertgesetz, Planung und Bewußtsein. Die Planungsdebatte in Kuba, Ffm 1969, S. 94 f.

leitungen versuchten nicht die Intentionen des staatlichen Plans möglichst gut zu erfüllen, sondern versuchten, den eigenen Kopf möglichst günstig aus der Schlinge zu ziehen. So wurden z.B. wenn das Plansoll von Kerzenständern nach Gewicht berechnet wurde, das Gewicht der Kerzenständer künstlich erhöht. Die "Planerfüllung" führte zur Verschwendung des kollektiven Reichtums statt zu dessen Vermehrung. Da die Arbeiter der einzelnen Unternehmen, denen der Plan einfach vorgesetzt wurde, materiell an das Unternehmen gebunden waren, erschienen ihnen ihre Interessen identisch mit denen der Unternehmensleitung. Dieser Widerspruch der Sowjetökonomie unter Stalin wird nun durch die Wirtschaftsreform der Revisionisten lediglich zugunsten der tatsächlichen Produktionsverhältnisse und zuungunsten der durch die Eigentumsformen intendierten Produktionsverhältnisse "gelöst". Wenn Stalin die Geltung der Gesetze der Warenproduktion für den staatlichen Sektor prinzipiell leugnete und sie nur für die Beziehungen zwischen kollektiver und staatlicher Produktion anerkannte, ging er zwar an den ökonomischen Realitäten vorbei, aber hielt an der sozialistischen Intention fest, die freilich nur durch eine Fortführung der realen Vergesellschaftung, also eine Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, d.h. letztlich durch eine Entwicklung der Fähigkeiten und des politischen Bewusstseins der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen eingelöst werden konnte. Wenn die Revisionisten nun die Gesetze der Warenproduktion einfach zu den Gesetzen der sozialistischen Produktion erklären und in der sozialistischen Warenproduktion generalisieren, dann mögen sie zwar vorübergehend aus der Sackgasse herauskommen in die Stalin am Ende bei der Entwicklung der Produktivkräfte geraten ist (vieles spricht dafür, daß dies tatsächlich nicht gelingt), geraten aber zunehmend in die Sackgasse des Kapitalismus.

Marx ging in der Kritik des "Gothaer Programms" davon aus, daß auch in der niedrigen Stufe des Kommunismus, dem Sozialismus, in dem noch bürgerliches, d.h. gleiches Recht herrscht und die Verteilung gemäß der Leistung und nicht der Bedürfnisse geregelt wird, die Warenverhältnisse beseitigt sind: "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an denProduktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihren Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteil der Gesamtarbeit existieren." Das'Prinzip"der Warengesellschaft, d.h. das Wertgesetz, gilt in dieser "ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft", die "in jeder Beziehung ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt", nur noch in der Verteilung des Produktes der gesellschaftlichen Gesamtarbeit: "Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den geänderten Zuständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann ausser individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung unter die letzteren,unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer anderen Form ausgetauscht." (11) In der kommunistischen Gesellschaft niederen Typs, d.h. der sozialistischen, sind also die Warenproduktion und die sie beherrschenden Gesetze beseitigt und das "Prinzip" des Äquivalententauschs, das Wertgesetz herrscht mit verändertem Inhalt und in veränderter Form nur noch bei der Verteilung der Konsumtionsmittel unter die einzelnen Produzenten, d.h. aber sowohl die Produkte der Arbeit als auch die Arbeitskraft haben aufgehört Waren zu sein; damit ist die Notwendigkeit des Geldes beseitigt und es herrscht lediglich der"Mißstand", daß bei gleicher Arbeitsleistung der eine faktisch mehr bekommt als der andere, gerade insofern gleiche Arbeit gleich kompensiert wird, die Fähigkeiten und Bedürfnisse aber verschieden sind:

"Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft. In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen - erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" (12)

Aus dieser allgemeinen Beschreibung der sozialistischen und der kommunistischen Produktionsweise, die sich aus der Marxschen Analyse des Kapitalismus ergibt, rechtfertigt sich der Begriff Übergangsgesellschaft, der festhält, daß kein Land in dem die politische Machtergreifung des Proletariats stattgefunden hat bis jetzt auch nur die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft erreicht hat,insofern in all diesen Ländern immer noch Warenproduktion vorliegt oder gar herrscht. An diesen Zitaten ist aber auch der Begriff "sozialistische Warenproduktion" zu messen und erst recht die marktschreierischen Behauptungen des Programms der KPdSU von 1961, das in die Schlußsätze mündet:

"Unter der erprobten Führung der kommunistischen Partei, unter dem Banner des Marxismus-Leninismus hat das Sowjetvolk den Sozialismus aufgebaut. Unter der Führung der Partei, unter dem Banner des Marxismus-Leninismus wird das Sowjetvolk die kommunistische Gesellschaft errichten.
Die Partei verkündet feierlich: Die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben!" (13)

(11) alle Zitate, MEW 19, S. 19 f
(12) a.a.O., S. 21
(13) Programm der KPdSU, angenommen auf dem XXII. Parteitag, Okt. 1961, Berlin 1961, S. 134

Gleichzeitig heißt es im Programm:
"Beim kommunistischen Aufbau sind die Ware-Geld-Beziehungen entsprechend dem neuen Inhalt, der ihnen in der Periode des Sozialismus eigen ist, voll auszunutzen. Eine große Rolle spielt hierbei die Anwendung von Instrumenten der ökonomischen Entwicklung, wie wirtschaftliche Rechnungsführung, Geld, Preis, Selbstkosten, Gewinn, Handel, Kredit und Finanzen. Mit dem Übergang zum einheitlichen kommunistischen Eigentum, dem allgemeinen Volkseigentum, und zum kommunistischen Verteilungssystem werden sich dieWare-Geld-Beziehungen ökonomisch erübrigen und absterben." (14) Dieses Zitat steht nicht nur, abgesehen von der verbalen Referenz an die Theorie des Marxismus-Leninismus, in diametralem Gegensatz zur marxschen Auffassung des Sozialismus und des Übergangs zum vollendeten Kommunismus, sondern ist in sich selbst höchst widersprüchlich. Denn wenn es auch leicht verständlich ist, daß zwischen verschieden organisierten und durch verschiedene Eigentumsformen gekennzeichnete Produktionsbereiche Warenaustausch stattfindet, so ist es nur schwer verständlich, wieso auch innerhalb des staatlichen Sektors, wie hier offensichtlich gemeint und andernorts offen ausgesprochen , Warenproduktion stattfindet. Das kann aber nur erklärt werden, wenn eine Diskrepanz zwischen den juristischen Eigentumsformen und den tatsächlichen Produktionsverhältnissen, d.h. zwischen sozialistischen Eigentumsformen und kapitalistischen Produktionsverhältnissen, zwischen staatlicher Organisation und betrieblicher Produktion besteht. Angesichts dieses Widerspruchs von Vollendung des Sozialismus zu sprechen, ist schierer Revisionismus, Verwechslung von Sozialismus und Kapitalismus. Hatte Stalin diesen Widerspruch dogmatisch negiert, so wird er im Programm der KPdSU von 1961 revisionistisch verschleiert. Als die sowjetischen Machthaber auf diesen Widerspruch stiessen, weil er sich gewaltsam zur Geltung brachte in der ökonomischen Wachstumskrise, da revidierten sie lieber die marxistisch-leninistische Theorie, statt ihn mit Hilfe von deren Methode zu erklären und richtig zu behandeln.

Marx stellte bei der Analyse der Ware fest: "Nur Produkte selbstständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber." (15) und: "Gebrauchsgegenstände werden überhaupt nur Waren, weil sie Produkte voneinander unabhängiger Privatarbeiten sind." (16) Karl Bichtler, ein Ökonom aus der DDR,stellt fest: "Man könnte einfach davon ausgehen, daß einfach die Praxis gezeigt hat, daß die Produkte, die unsere Betriebe produziert haben,sich einfach (ich will es einmal etwas vereinfacht darstellen) wie Waren benahmen." Bichtler folgert daraus und dies ist die offenste Formulierung der zugrundeliegenden Problematik, die ich in der entsprechenden Literatur gefunden habe:

"Nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel - wir müssen ausgehen vom Charakter der Arbeit - ist auf alle Fälle die Arbeit - ich folge hierbei Marx - dass sie Arbeit für die Gesellschaft ist. Sie ist also auf der einen Seite freie Arbeit, die Produktionsmittel sind Eigentum der ganzen Gesellschaft und dadurch zugleich Arbeit für die ganze Gesellschaft, insoweit gesellschaftliche Arbeit. Jedoch ist auf der anderen zu berücksichtigen, daß die Betriebe, und nicht nur die Genossenschaften, sondern die Betriebe überhaupt, nicht nur als technisch organisatorische Einheiten aufzufassen sind, sondern wie wir meinen, daß die eizelnen Betriebe sehr wohl als ökonomische Einheiten aufzufassen sind. Natürlich als selbständige ökonomische Einheiten im Rahmen des gesamten gesellschaftlichen Eigentums. In Hinblick auf das Problem der warenproduzierenden Arbeit bedeutet dies, daß die von diesen Betriebskollektiven geleistete Arbeit eben nicht unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, aber dennoch wird sie nicht nur als warenproduzierende Arbeit geleistet. Wir meinen, daß diese Arbeit der sozialistischen Betriebskollektive geleistet wird als warenproduzierende Arbeit, die sich vermittelt auf dem Wege über den Austausch. Von daher sind wir der Ansicht, daß nach wie vor - zwar nicht antagonistische - Widersprüche bestehen, daß es natürlich einen Widerspruch zwischen der konkreten und abstrakten Arbeit gibt. Sonst wäre ja der Wert nichtexistent." (17) Es ist offensichtlich, daß sich dabei das Wort sozialistisch in der Formulierung "sozialistische Warenproduktion" tatsächlich bloß aus der juristischen Form des Eigentums herleitet und daß ansonsten,was den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit in dieser "sozialistischen Warenproduktion"betrifft, er sich nicht von der kapitalistischen Produktionsweise unterscheidet, in der eben auch die gesellschaftliche Arbeit als Privatproduktion geleistet wird. Es zeigt sich, wie groß die Gefahr der vollen Restauration des Kapitalismus beim derzeitigen Entwicklungsstand der Übergangsgesellschaften ist. Nun wird aber der genannte Widerspruch von der revisionistischen Theorie einseitig ökonomisch interpretiert,nicht ernst genommen und außerdem wird die bewusste Initiative der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen, die allein diesen Widerspruch tendenziell überwinden können, bewusst oder unbewusst hintertrieben. Denn diesemWiderspruch zwischen Staat und Betrieb entspricht ein Widerspruch zwischen den Interessen der einzelnen Arbeiter des einzelnen Betriebs und der Interessen der Arbeiterklasse, und je mehr die Arbeiter bei bestehender Warenproduktion und damit bestehender Konkurrenz unter den einzelnen Betrieben materiell an ihre Betriebe gefesselt werden, umso weniger sind sie in der Lage, ihre politische Diktatur als Klasse auszuüben. Die einseitig materielle Bindung an den Betrieb, die die Arbeiterklasse schon im früheren Planungssystem an einer wirksamen gesellschaftlichen Kontrolle gehindert hatte, wird verstärkt und die Kontrolle der Produktion wird direkt durch den Markt und nur indirekt durch die Arbeiter, die an hohen Gewinnen ihres Betriebes interessiert werden, kontrolliert. Zudem wird der Plan selbst zunehmend durch Marktprognosen und nur über den Markt vermittelt von den gesellschaftlichen Bedürfnissen bestimmt. Nicht das Auftreten des Widerspruchs zwischen juristischer Eigentumsform und tatsächlichem Grad der Vergesellschaftung der Produktion, berechtigt dazu, davon zu sprechen, die Machthaber in den Übergangsgesellschaften vom Schlage der Sowjetunion hätten den kapitalistischen Weg eingeschlagen, sondern ihre theoretische und praktische Reaktion auf diesen Widerspruch .

(14) a.a. O., S. 85
(15) Kapital I, MEW 23, S. 57
(16) a.a.O., S. 87
(17) 100 Jahre Kapital, Ffm 1968, S. 347

Sie behaupten die Harmonie von Plan und Markt und erreichen diese "Harmonie" nur durch eine Anpassung des Planes an denMarkt. Auch Bichtler, der dem bestehenden Widerspruch doch einigermaßen formuliert hat, wischt ihn wieder vom Tisch, indem er das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln, dessen bloß juristischen Charakter er eben eingestanden hat und von dem er zeigte, daß es in einem Widerspruch zum tatsächlichen Grad der Vergesellschaftung der Produktion steht, selbst zum Garanten der sozialistischen Entwicklung der Übergangsgesellschaft macht: "Das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln gewährleistet eine einheitliche Grundrichtung des ökonomischen Handelns." (18) Wenn aber das Problem eben darin liegt, daß die "Vergesellschaftung der Produktion" gerade nicht real ist, denn dürfte es keine Warenproduktion mehr geben, dann kann sie auch nicht der Garant einer einheitlichen Richtung auf den Sozialismus ein. Aber dieses Problem wischen die revisionistischen Apologeten einfach dadurch vom Tisch, dass sie behaupten, die Warenproduktion sei selbst schon sozialistisch. Das ist natürlich Sophisterei. Zeigt sich hier die Tendenz, die juristische Eigentumsform, deren Differenz von realer Vergesellschaftung aufgezeigt wurde, doch wieder mit der Vergesellschaftung der Produktion gleichzusetzen, so zeigt sich andererseits die Tendenz, die Vergesellschaftung der Produktion, entgegen ihrem Begriff, einseitig zu interpretieren. Das wiederum erlaubt es zu hoffen, die juristisch-gesellschaftliche Eigentumsform könne durch reale Vergesellschaftung ausgefüllt werden, indem man die Warenproduktion durch eine Reihe ökonomischer Hebel zu einer ständigen Steigerung der Produktivkräfte anspornt.

Während einerseits die juristische Eigentumsform ständig herbeizitiert wird, um die grundsätzliche Differenz der sozialistischen Warenproduktion von der kapitalistischen zu trennen, wird andererseits erklärt, die formale Gleichheit der sozialistischen Warenproduktion mit der kapitalistischen dürfe nicht über deren grundsätzlich inhaltliche Differenz hinwegtäuschen. "Die sozialistische Produktion ist (...) eine Warenproduktion völlig neuen Inhalts." "Die Warenproduktion bildet (...) einen untrennbaren Bestandteil der sozialistischen Ökonomik." (19) Damit ist der Widerspruch, den Bichtler noch benannte, endgültig beseitigt. "Die Warenproduktion ist Bestandteil der sozialistischen Planwirtschaft." (20) "Bereits in den Beschlüssen des VI. Parteitags wurde herausgearbeitet, daß zur sozialistischen Planwirtschaft, wie sie der voll ausgebildeten sozialistischen Ökonomik entspricht, sowohl die regulierend wirksame gesellschaftliche Planung und Organisation der Volkswirtschaft in gesamtstaatlichem Maßstab als auch die konsequente Entfaltung der sozialistischen Warenwirtschaft gehört. Beides bildet eine organische Einheit." (21) Damit ist das Bewußtsein der Widersprüche der Übergangsgesellschaft ausgemerzt. Statt die Warenproduktion dogmatisch per Ukas abzuschaffen, wird sie revisionistisch zum organischen Bestandteil des Sozialismus erklärt. Aus der Übergangsgesellschaft, die durch den Widerspruch von Warenproduktion und juristisch gesellschaftlichem Eigentum gekennzeichnet ist, wird das "entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus", in dem nicht die Muttermale der kapitalistischen Gesellschaft fortwirken, sondern in dem die Kategorien der kapitalistischen Warenproduktion zu eigenen Kategorien der sozialistischen Ökonomik werden. (22) Damit kann die Warenproduktion, die darauf beruht, daß gesellschaftliche Produktion immer noch als Privatproduktion geleistet wird, natürlich per definitionem keine antagonistischen Widersprüche hervorbringen. In Wahrheit aber besteht die Gefahr, daß die Arbeitskraft selber wieder zur Ware wird, und die in der revisionistischen Sophistik noch nicht so erfahrenen Heidelberger DKP-Studenten haben denn auch den Genossen Hildebrandt in einer apologetischen Broschüre tolldreist gefragt, ob er sich den Sozialismus denn anders als auf Lohnarbeit beruhend vorstellen könne: "Freund Hildebrandt, es ist vielleicht nicht so schlimm, wenn Du dieses Bedürfnis der "Bürokratie" (nämlich: auf Basis der Lohnarbeit ausreichend zu akkumulieren) weder beweisen noch erklären kannst, aber sage uns bitte, auf welcher anderen Basis als der der Lohnarbeit man zur Zeit in den sozialistischen Ländern akkumulieren soll?" (23)

In dieser scheinheiligen Frage kommt zynisch zum Ausdruck, daß das, was die Tendenz der "sozialistischen Warenproduktion" ist, die Wiedereinführung der Lohnarbeit, von den weniger in revisionistischer Sophistik geübten DKP-Studenten, die die Marx'sche Analyse der Warenrpoduktion genauer studiert haben als die "Politische Ökonomie des Sozialismus"nicht nur nicht für vermeidbar gehalten wird, sondern längst für gegeben. In der Politischen Ökonomie des Sozialismus wird dagegen gerade in der Abschaffung der Lohnarbeit der qualitativ neue Charakter der "sozialistischen Warenproduktion" gesehen: "Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln überwindet somit jegliche Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Es beseitigt den Warencharakter der Arbeitskraft und schafft erstmalig auf einer historisch entwickelten Stufe der gesellschaftlichen Produktion alle Voraussetzungen, die gesellschaftliche Arbeit für Zwecke und in Ausmaßen einzusetzen, die im Interesse aller Bürger und der Entwicklung der ganzen Gesellschaft erforderlich sind. Im Gegensatz zu aller bisherigen Warenproduktion ist die sozialistische Produktion eine Warenproduktion der von Ausbeutung befreiten sozialistischen Produzenten." (24) Die Frage, ob in den Übergangsgesellschaften, deren Machthaber den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben, generell Lohnarbeit herrscht, kann ich nicht entscheiden. Sie wird auch in unserem Programmentwurf nicht entschieden. Sie ist dieselbe Frage wie die, ob sich die Machthaber dieser Gesellschaf-

(18) a.a.O., S. 332
(19) Politische Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1969, S. 262 und 263
(20) a.a.O., S. 260
(21) W. Ulbricht, zit. a.a.O., S. 260
(22) vgl. Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus, Bd. 2, Berlin 1969, S. 530 f.
(23) DKP-Hochschulgruppe antwortet dem Neuen Roten Forum. HD 1970, S.12
(24) Politische Ökonomie des Sozialismus, S. 261

ten tatsächlich schon in eine herrschende Bourgeoisie verwandelt haben oder nicht. Daß die weitere Entfaltung der Warenproduktion zweifellos zur Wiedereinführung der Lohnarbeit und zur Fixierung einer neuen Bourgeoisie führen wird und damit zur Restauration des Kapitalismus, scheint mir sicher.

Ich will noch einmal auf die Analyse der sozialistischen Warenproduktion durch die revisionistische politische Ökonomie zurückkommen: Was an ihr vor allem auffällt, ist die Vernachlässigung der Analyse der Wertform und der Dialektik von Form und Inhalt, die schließlich dazu führt, daß Zitate von Marx's Analyse des Kapitals im allgemeinen schlicht zur Legitimation der "Politischen Ökonomie des Sozialismus" herangezogen werden. So z.B., wenn der Nachweis Marxens, daß Warenrpoduktion zwar Arbeitsteilung voraussetzt, aber nicht jede Arbeitsteilung Warenproduktion nach sich zieht, einfach als Legitimation für den Begriff der sozialistischen Warenproduktion herangezogen wird, weil sie auf Arbeitsteilung beruht. (25)

Bezeichnend ist, wie z.B. die "Anwendung des Wertgesetzes" im Sozialismus begründet wird und wie man sich seine Auswirkung vorstellt: "Die Ausnutzung des Wertes zwingt ökonomisch, den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand zur Produktion materieller Güter einzuhalten und ständig zu senken. Diese Wirkung erzielt der Wert nur, weil und insofern er mit der materiellen Interessiertheit verbunden ist." (26) Statt direkt an die Arbeiterklasse zu appellieren, die Revolution zu machen und die Produktion und den allgemeinen Wohlstand zu fördern, hofft man die Arbeiterklasse über die materielle Interessiertheit dazu zu bringen, mittelbar den allgemeinen Wohlstand und bestimmt nicht Revolution zu machen.

In ihrer ganzen Argumentation beziehen sich die Revisionisten ausgerechnet auf Lenin, der angeblich erstmalig die "völlig neuen Warenbeziehungen" begründet habe. (27) Das ist schiere Sophisterei. Gerade Lenin hat ständig darauf abgehoben, daß Verwirklichung des Sozialismus und Fortbestehen von Warenproduktion unvereinbar miteinander sind. Wenn die DDR-Autoren auch noch die "Tradition", den "Entwicklungsstand des Bewußtseins" (nicht der Bauern, sondern der Proletarier!) und den "Einfluß der historischen Kontinuität wirtschaftlicher Tätigkeit" heranziehen, um positiv die "Notwendigkeit der Warenproduktion als historisch begründete Produktionsweise im Sozialismus" (28) zu legitimieren, dann hat Lenin den "Kampf gegen die Gewohnheit" für eine Hauptform des Klassenkampfes gehalten. Zwar sprach Lenin von der Notwendigkeit für die Kommunisten, den Handel zu lernen; aber deshalb hat er doch noch lange nicht die Warenproduktion für einen integralen Bestandteil der sozialistischen Produktionsweise gehalten. Es wird gern auf die Kritik Lenins an Bucharins "links"radikalen Fehlern hingewiesen, die dieser in seiner Schrift zur Transformationsperiode begangen hatte. Die Fehler Bucharins bestanden aber gerade in der Unterschätzung der Widersprüche der Transformationsperiode und der Bedeutung der Widerstände gegen die Diktatur des Proletariats. Wenn aber Bucharin sagte: "Der Wert ist als Kategorie des kapitalistischen Warensystems in seinem Gleichgewicht am wenigsten brauchbar für die Übergangsperiode, wo die Warenproduktion im hohen Grade verschwindet und wo das Gleichgewicht fehlt", schrieb Lenin lapidar an den Rand: "Richtig!". Und wenn Bucharin schrieb: "Im System der proletarischen Diktatur erhält der 'Arbeiter' einen gesellschaftlichen Anteil, aber keinen Arbeitslohn", bemerkte Lenin: "Richtig, gut gesagt, ohne Umständlichkeiten. Dieser Gedanke müßte ausführlicher, auf Kosten Dutzender von Seiten über 'Gesichtspunkte', erläutert werden." Borilin, der Kommentator zu Lenis Randbemerkungen, interpretiert:" Daraus geht hervor, daß Lenin es für dringend notwendig erachtete, den Prozeß des Absterbens der entscheidenden ökonomischen Gesetze und Kategorien der kapitalistischen Welt theoretisch eingehend zu untersuchen. In diesem Zusammenhang sei der von Lenin ausgesprochene Gedanke über das Absterben der Kategorie "Ware" vermerkt. Zu Bucharins Ausführungen über die Verwandlung der Ware in "Produkt" bemerkt Lenin:"Nicht exakt; (Ware) verwandelt sich nicht in 'Produkt', sondern irgendwie anders etwa in ein Produkt, das nicht durch den Markt der gesellschaftlichen Konsumtion zugeführt wird." Im Gegensatz zu der allgemeinen Auffassung unterstreicht Lenin die Notwendigkeit eines Hinweises darauf, welche gesellschaftliche Form das Produkt in der sozialistischen Gesellschaft annimmt." (29)

Entsprechend hat Lenin den Handel, den nach seiner Ansicht die Kommunisten in der NEP lernen sollten, nicht selbst als sozialistisch begriffen, sondern als notwendige Vorform des "sozialistischen Produktenaustausches" zwischen staatlicher Industrie und Landwirtschaft, wobei er offensichtlich an eine Form der gegenseitigen ökonomischen Beziehungen dachte, die die Gesetze der Warenproduktion sprengen.

Im Mittelpunkt der Lenin'schen Überlegungen stand immer das Primat der Politik, der Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats . So war er für eine Wiederzulassung des Handels und des Marktes auch nicht, weil er dies für sozialistisch hielt, sondern weil nur so die Diktatur des Proletariats in einer bestimmten Periode aufrechterhalten werden konnte. Insofern verträgt sich bei Lenin der Begriff der Diktatur des Proletariats mit den Kategorien der Warenproduktion und der kapitalistischen Warenproduktion, dem Begriff des Staatskapitalismus etc. , wie sich eben Feuer und Wasser vertragen, d.h. Lenin ist sich darüber im klaren, daß, solange den Kategorien der kapitalistischen Produktionsweise noch eine ökonomische Basis entspricht, eben nicht von einem "entwickelten System des Sozialismus" gesprochen werden kann und daß die sozialistische Produktionsweise die Kategorien der Ware, des Marktes etc. ebenso wenig kennt, wie die des Lohns. Als er vor der Einführung der NEP die Erfahrungen der Praxis machte, daß sich die Produkte trotz strenger Ge-

(25) a.a.O., S. 264 f.
(26) a.a.O., S. 266
(27) a.a.O., S.263
(28) a.a.O., S.264
(29) alle Zitate in: B. Borilin, Lenin über die "Ökonomik der Transformationsperiode", in: Unter dem Banner des Marxismus, 1929, S. 866 f.

setze wie Waren verhielten, hat er nicht den Begriff der sozialistischen Produktionsweise geändert, sondern im vollen Bewußtsein des Rückzugs, der Überwindung theoretischer Illusionen nach einem Neuansatz gesucht, die unter der Diktatur des Proletariats fortbestehenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beseitigen. So verhielt er sich auch, als sich herausstellte, daß der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine starke Differenzierung der Bezüge der technischen und administrativen Intelligenz gegenüber denen der Arbeiter verlangte:

"Ohne die Anleitung von Spezialisten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik und der Praxis ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich, denn der Sozialismus erfordert einen bewußten und massenhaften Vormarsch zu einer höheren Arbeitsproduktivität als unter dem Kapitalismus, und zwar auf der Basis des durch den Kapitalismus Erreichten. Der Sozialismus muß auf seine Art, mit seinen Methoden (...) diesen Vormarsch verwirklichen. Die Masse der Spezialisten aber ist unvermeidlich bürgerlich infolge der ganzen Beschaffenheit des gesellschaftlichen Lebens, das sie zu Spezialisten gemacht hat. (...) Wir mußten jetzt zu dem alten bürgerlichen Mittel greifen und uns mit einer sehr hohen Bezahlung der 'Dienste' der bedeutendsten bürgerlichen Spezialisten einverstanden erklären. (...) Es ist klar, daß eine solche Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist, die fordert, daß die Gehälter dem Lohn des Durchschnittsarbeiters angeglichen sind, die fordern, daß man den Kampf gegen den Karrierismus mit Taten und nicht mit Worten führe. (...) Offen erklären, wie und warum wir diesen Schritt zurück gemacht haben, dann öffentlich beraten, welche Mittel vorhanden sind, das Versäumte nachzuholen - das bedeutet, die Massen erziehen und zusammen mit ihnen aus der Erfahrung lernen, wie man den Sozialismus aufbauen muß." (30) Es ist klar, daß diese revolutionäre Intransingenz, verbunden mit höchster Flexibilität in taktischen Fragen, nur auf Grundlage der festen Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse und den Massen möglich ist. Der Revisionismus hat seinen Ursprung in der Trennung von den Massen, gleichgültig, ob er erst die Intention einer privilegierten Schicht zur herrschenden Klasse zu werden ausspricht, oder ob er schon die Ideologie einer herrschenden Klasse ist, die das Proletariat demagogisch hinters Licht führen will. Er äußert sich immer darin, daß er den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus und die Widersprüche der Übergangsgesellschaft verschleiert.

Seit es genauere Informationen über die Kulturrevolution gibt, die von der KPCH schon in der Auseinandersetzung mit Chruschtschow propagiert wurde, hat sich sowohl das Bewußtsein von den Widersprüchen der Übergangsgesellschaft, als auch das Bewußtsein von der Möglichkeit, diese revolutionär zu behandeln und in einen Motor der Beschleunigung des Aufbaus des Sozialismus zu verwandeln, geschärft. Die Kulturrevolution ist eine direkte Negation der Restaurationstendenzen des Kapitalismus in der Übergangsgesellschaft, die den, zumal in den weniger entwickelten sozialistischen Ländern, notwendig bestehenden Widerspruch zwischen fortgeschrittenen Produktionsverhältnissen und zurückgebliebenen Produktivkräften durch eine Involution der Produktionsverhältnisse lösen wollen. Unter der Diktatur des Proletariats und in der Übergangsgesellschaft allgemein sind die Produktionsverhältnisse bzw. bestimmte Seiten dieser Produktionsverhältnisse, nämlich die sozialistischen Eigentumsverhältnisse, der Entwicklung der Produktivkräfte voraus, obwohl die imperialistischen Produktionsverhältnisse zur Schranke der Entwicklung der Produktivkräfte geworden sein müßten, ehe sie von der sozialistischen Revolution durchbrochen werden könnten. Für das zurückgebliebene Rußland formulierte Lenin diesen Gedanken folgendermaßen: "Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist (...), warum sollten wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und dann schon, auf der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung, vorwärts schreiten und die anderen Völker einholen." (31) Ich meine, daß diese Aussage einen allgemeineren Aspekt hat als den von Lenin direkt angesprochenen, der sich auf zurückgebliebene Länder beschränkt, und daß sich das gerade in den Restaurationstendenzen der entwickelteren Übergangsgesellschaften zeigt. Die Entwicklung der Produktivkräfte erreicht spontan im Kapitalismus zwar ein Niveau, auf dem sie auf die Schranke der kapitalistischen Produktionsverhältnisse stößt, aber sie erreicht nicht das Niveau, daß die von der proletarischen Revolution geschaffenen Eigentumsverhältnisse durch die mit Hilfe der kapitalistischen Produktionsweise erreichte Vergesellschaftung der Produktion ausgefüllt werden könnten, es sei denn, die proletarische Revolution fiele in einer bestimmten Gesellschaft erst mit der völligen kapitalistischen Verstaatlichung der Produktionsmittel zusammen. Ansonsten schafft die proletarische Revolution einen notwendigen "Überschuß" der Eigentumsverhältnisse über die reale Vergesellschaftung durch die Entwicklung der Produktivkräfte im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Der Widerspruch zwischen formal und juristisch gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln und realer Vergesellschaftung der Produktion tritt notwendig auf, was einmal mehr die Notwendigkeit der Übergangsgesellschaft auch in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern zeigt und die Notwendigkeit der ununterbrochenen Revolution, deren Beginn bloß die Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft ist. Der Widerspruch zwischen formalem Eigentum der Gesellschaft an den Produktionsmitteln und realer Vergesellschaftung kann bloß aufgehoben werden durch ständige Erhöhung des Grades der Vergesellschaftung der Produktion und diese bewußte Vergesellschaftung der Produktion, durchgeführt, um die sozialistische Eigentumsform auszufüllen, ist auch der entscheidende Faktor in der Entwicklung der Produktivkräfte, insofern das Proletariat, die, wie Marx sagt, entscheidende Produktivkraft, zunehmend die Produktion als Klasse unmittelbar

(30) Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, 1918, zit. nach Kursbuch 23, S. 15

(31) Unsere Revolution, 1923, W 33, S. 464f.

in die Hand nimmt. Dieser Prozeß ist ein Prozeß der ständigen Aufhebung des Widerspruchs von gesellschaftlichem Eigentum und, wie ein revisionistischer Theoretiker richtig sagt, " isoliertem Betrieb", (32), von Plan und Markt, von gesellschaftlicher und Privatproduktion, von Gebrauchswert und Wert unter der Diktatur des Proletariats. Er ist auch ein Prozeß der Aufhebung der Widersprüche innerhalb des Proletariats von Betrieb zu Betrieb, von Branche zu Branche, ein Prozeß der Aufhebung des Widerspruchs von geistiger und körperlicher Arbeit, d.h. er ist eine ununterbrochene Kulturrevolution, die das Proletariat und die breiten Volksmassen erst befähigt, die juristisch vergesellschafteten Produktionsmittel und die formal vergesellschaftete Produktion unmittelbar zu beherrschen, unmittelbar über sie zu verfügen. Insofern dieses Ziel in der Kulturrevolution intendiert ist, ist sie für die gesamte internationale kommunistische und Arbeiterbewegung von zentraler Bedeutung. Sie ist die schärfste Kritik des Revisionismus, der die grundlegenden Widersprüche auf dem Weg zu klassenlosen Gesellschaft durch sein Gerede vom entwickelten System des Sozialismus und der sozialistischen Warenproduktion verschleiert.

(32) Zolo Petrov, Das staatliche Budget unter Bedingungen des neuen Systems der Leitung der Volkswirtschaft, in: Marxismus-Digest 3/70, S. 390

DIE TECHNISCHE INTELLIGENZ ZWISCHEN KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS

Redaktionelle Vorbemerkung

Nachfolgend drucken wir einen Vortrag von Alfred Sohn-Rethel ab, den dieser am 12. Mai 1971 in Heidelberg gehalten hat. Der Vortrag wurde im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Studium Generale gehalten. In dieser Reihe habn auch schon Andrê Gorz und Claus Offe gesporchen und wird u.a. noch Paul Mattick sprechen. Das Thema der Veranstaltung lautet: "Technische und wissenschaftliche Intelligenz im Spätkapitalismus". Die Veranstaltungsreihe hat natürlich keinerlei methodische oder politische Linie. Gerade deshalb ist sie offenbar in den Augen der diffusen Sammlung von kritischen Individuen um den Heidelberger AStA hervorragend geeignet, den angeblichen "Dogmatismus" der kommunistischen Gruppen zu konterkarieren und der "Problematisierung" aller möglichen Fragen der "Analyse des Spätkapitalismus" zu dienen. Diese Funktion war im Rahmen der Vortragsreihe des Studium Generale vor allem Sohn-Rethel und Mattick zugedacht. Nun darf man das diesen Autoren, die sich um die theoretische Auseinandersetzung unter den Marxisten zweifellos verdient gemacht haben, keineswegs anlasten. Jedenfalls haben sie es nicht verdient, daß sie schlicht zum Aushängeschild eines theorie- und praxislosen Sammelsuriums von Eklektikern gemacht werden. Die Auseinandersetzung mit Sohn-Rethel und Mattick ist im Gegensatz zur Auseinandersetzung mit ihren eklektizistischen Adepten in der BRD durchaus sinnvoll und notwendig. Es würde auch einen schweren Schaden für die kommunistischen Gruppen in der BRD bedeuten, wenn sie diese Auseinandersetzung einfach deshalb vernachlässigen würden, weil mit den Schriften Sohn-Rethels und Matticks in der BRD entschieden Schindluder getrieben wird (x). Dehalb haben wir es begrüßt, daß uns Sohn-Rethel das Manuskript seines Heidelberger Vortrags zum Abdruck zur Verfügung gestellt hat. Der Abdruck dieses Vortrags ist schon deshalb sinnvoll, weil es sich hier um eine kurze Zusammenfassung einiger Hauptthesen des wichtigen Buches "Körperliche und geistige Arbeit" (xx) handelt, und weil durch diesen Abdruck vielleicht auch innerhalb der kommunistischen Gruppen in der BRD eine Auseinandersetzung mit Sohn-Rethel initiiert werden kann, die durch die begeisterte Aufnahme dieses Buches ausgerechnet durch solche Elemente, wie sie sich um den Heidelberger AStA sammeln (xxx), eher behindert worden ist.

Dieser AStA, der durch Leute geführt wird, die sich noch nicht zwischen Revisionismus und Linksopportunismus entscheiden konnten, verteilte vor dem Vortrag ein Flugblatt, das dem Waschzettel eine bürgerlichen Verlages verdächtig ähnelte. Das strotzte nur so von Vokabeln wie "marxistisches Neuland", "Vortrag wird mit Spannung erwartet", "wie es bei originellen Werken häufig der Fall ist, besitzt das Buch Sohn-Rethels seine eigene Geschichte". Aber auch mit Waschzetteln kann man Politik machen wollen und so endet das Flugblatt unvermittelt: "Ansätze, wie sie sich heute in der BRD zeigen, die Organisierung der Arbeiterklasse unter der Prämisse voranzutreiben, daß politisches und ökonomisches Bewusstsein geschieden sei, scheint uns die Trennung von Kopf- und Handarbeit auf einer anderen Ebene fortzusetzen und eine wesentliche Perspektive der proletarischen Revolution zu verschütten." Dieses scheinheilige Geschwätz versucht Sohn-Rethel zum Schutzpatron eines bornierten Anti-Leninismus zu machen, der unterstellt, man könne die richtige Behandlung von Widersprüchen dadurch ge-

(x) wie z.B. Kramer mit Matticks Begriff der "mixed economy" Schindluder getrieben hat, wurde in NRF 3/70 aufgezeigt.

(xx) Frankfurt 1970

(xxx) eine Gruppierung, die ihre offen konterrevolui-onären Intentionen immer weniger hinter ouvrieristischen und linkskommunistischen Phrasen verdeckt.

währleisten, daß man diese Widersprüche unterschlägt oder schlicht über sie hinwegsieht. Das ist aber offensichtlich auch nicht die Methode Sohn-Rethels, der den Widerspruch von Hand- und Kopfarbeit analysiert, um die Bedingungen seiner Überwindung zu untersuchen, und der, in der seinem Vortrag folgenden Diskussion, keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß das Proletariat, um sich von der Herrschaft des Kapitals und den Relikten des Kapitalverhältnisses in der Übergangsgesellschaft zu befreien, sich um die richtige Führung einer kommunistischen Partei sammeln muß.

ZU DEM VORTRAG VON ALFRED SOHN-RETHEL

Sohn-Rethel versteht seine formgenetische Erklärung des naturwissenschaftlichen Denkens und seine daraus entwickelte "Theorie über Kopf- und Handarbeit als Beitrag zum Aufbau des Sozialismus nach der Revolution" und nicht als Theorie der Revolution selbst. Anschließend an Marxens Auffassung, daß in der kommunistischen Gesellschaft die Trennung von Hand- und Kopfarbeit aufgehoben wird, untersucht er die objektiven Bedingungen dieser Trennung in der warenproduzierenden Gesellschaft und die objektiven Bedingungen ihrer Aufhebung, die die kapitalistische Produktionsweise selbst hervorbringt. Sohn- Rethel geht davon aus, daß in der erkenntnistheoretischen Frage der formgenetischen Erklärung des logisch-naturwissenschaftlichen Denkens letztlich über die Überlegenheit des historischen Materialismus über den Idealismus entschieden wird und gleichzeitig darüber, ob eine kommunistische Gesellschaft, die die Trennung von Hand- und Kopfarbeit überwindet, aufgebaut werden kann: "Die unhistorische Begriffsform der mathematischen Naturwissenschaft verlangt eine historische, genauer gesagt, eine geschichtsmaterialistische Erklärung. Und wenn diese Erklärung nicht gelingt, so gelingt auch die ganze Aufgabenstellung des Geschichtsmaterialismus, d.h. die Herbeiführung des Sozialismus und einer klassenlosen Gesellschaft nicht." (1) Nach Sohn-Rethel haben Marx und Engels diese zentrale Aufgabe des "Geschichtsmaterialismus" vernachlässigt. Sein Buch erhebt den Anspruch den Widerstreit zwischen Idealismus und historischem Materialismus zur "bündigen Entscheidung" gebracht zu haben, indem es den positiven Nachweis der Möglichkeit einer historischen Erklärung der unhistorischen Logik derwissenschaftlichen Denkweise gebracht hat. Die Entstehung des Geldes aus dem Warenaustausch als "abstraktem Ding" "zwingt zum abstrakten Denken" (siehe Vortrag).

Um diese formgenetische Erklärung der Denkform aus der Wertform leisten zu können, glaubt Sohn-Rethel in einem zentralen Punkt von der Marxschen Warenanalyse abweichen zu müssen: "Den Waren ihren Wert zu geben, ist die quantitativ bestimmte Aufgabe der Arbeit gemäß den jeweils gegebenen Produktionsbedingungen, aber diese Genesis der Wertform und der ihr zugrundeliegenden Realabstraktion erklärt sich aus dem Austauschprozess. Diese Erklärung fehlt bei Marx; daher ist die Erweiterung und Modifikation seiner Warenanalyse erforderlich. Die Modifikation ergibt sich aus der Ablehnung der Wesensreduktion des Austauschverhältnisses von Ware gegen Ware auf die Arbeitsabstraktion. Denn aus unserer Analyse der Warenabstraktion hat sich im Gegenteil erwiesen, daß für das Verständis alles darauf ankommt, Wertform und Arbeitsform auseinanderzuhalten." (2)

Wir sehen nun einerseits nicht, wieso diese Modifikation der Warenanalyse notwendig ist; andererseits geht mit der völligen Isolierung der Wertform von der Arbeit auch die Möglichkeit verloren, den Doppelcharakter der Arbeit von konkreter und abstrakter Arbeit in der warenproduzierenden Gesellschaft zu bestimmen. Das wiederum hat Konsequenzen für Sohn-Rethels Auffassung der Aufhebung von körperlicher und geistiger Arbeit im Kommunismus.

Marx stellt in der Einleitung zu den Grundrissen fest: "In Gesellschaft produzierende Individuen - daher gesellschaftlich bestimmte Produktion der Individuen ist natürlich der Ausgangspunkt". (3) Dies ist der Ausgangspunkt der menschlichen Geschichte und der Ausgangspunkt jeder allgemeinen Bestimmung der menschlichen Produktion. Zu Waren werden die Produkte der Individuen nur, sofern die Produktion der in Gesellschaft produzierenden Individuen als Privatproduktion betrieben wird. Dies setzt voraus entwickelte gesellschaftliche Arbeitsteilung einerseits und mangelnde Vergesellschaftung der Arbeit andererseits. In einer Gesellschaft in der sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung naturwüchsig entwickelt und die gesellschaftliche Arbeit durch isolierte Privatproduzenten verrichtet wird, drückt sich der gesellschaftliche Charakter der Arbeit als abstrakte Gleichheit aller menschlichen Arbeit aus. Die Produkte der Privatproduzenten werden im Austausch als Produkte gleicher Arbeit gleichgesetzt und nur der Quantität der gleichen abstrakt menschlichen Arbeit nach unterschieden, weil der gesellschaftliche Charakter der menschlichen Arbeit in einer Gesellschaft von isolierten Privatproduzenten in der Gleichgültigkeit gegenüber der konkreten Arbeit dieser einzelnen Privatproduzenten besteht. Die Notwendigkeit des Austausches ergibt sich aus einer bestimmten Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, aus dem ihr zugrundeliegenden Widerspruch von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Privatproduktion. Nur unter den Bedingungen dieser Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, der wiederum eine bestimmte gesellschaftliche Entwicklung der Produktivkräfte zugrundelieg, nimmt das Produkt der menschlichen Arbeit Wertform an. Der Doppelcharakter der Ware und der Arbeit ist Ausdruck des Widerspruchs von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Privatproduktion, der im Austausch nicht seine Lösung findet, sondern zur Erscheinung kommt. Da der gesellschaftliche Charakter der Produktion nur im Austausch der Privatproduzenten erscheint und hier als Gleichsetzung der Produkte der verschiedenen konkreten Arbeiten der Privatproduzenten als Werte, bleibt auch das gesellschaftliche Denken am Austausch haften, dessen Formgesetze es reproduziert.

(1) vgl., Geistige und Körperliche Arbeit, Ffm 1970, S. 36 f.
(2) a.a.O. S. 191 f.; vgl. S. 57-61; zur Kritik vgl. Reinicke, Politikon Nr. 36, S. 22-33
(3) S.5

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Enteignung der Masse der Privatproduzenten entwickelt sich der Widerspruch von gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Privatproduktion fort zum Widerspruch von gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung. (4) Die Arbeitskraft selbst wird zur Ware, und sie wird durch den Kapitalisten zunehmend in einem kombinierten Produktionsprozess auf großer Stufenleiter angewandt. Die kapitalistische Warenproduktion reproduziert den Widerspruch der einfachen Warenproduktion in neuer Form und schafft gleichzeitig die Bedingungen seiner Aufhebung. "Sobald dieser Umwandlungsprozess (der Enteignung der unmittelbaren Produzenten - Anm. von uns) nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eignen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist.

Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewusste technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschul' .t, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriiert.

Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist die Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.

Die Verwandlung des auf eigner Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches ist natürlich ein Prozess, ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb beruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse." (Kapital I, S. 790-91)

Im Laufe der Entwicklung der Warenproduktion zur kapitalistischen Warenproduktion und in der Entfaltung der kapitalistischen Warenproduktion entwickelt sich also die Vergesellschaftung der Arbeit unter dem Zwang zur Verwertung des Kapitals. Extremer Ausdruck dieses Vergesellschaftungsprozesses ist für Sohn-Rethel der Taylorismus, der für ihn das Prinzip einer neuen Ökonomie im Schoße der alten Ökonomie und deren Prinzipien diametral engegengesetzt ist: "Die fundamentale Bedeutung dieser methodischen Bewegungs- und Zeitanalyse der Arbeit ist unschwer zu erkennen, sie besteht in einer neuartigen Kommensuration der Arbeit und dadurch in der Schaffung einer neuen Ökonomie." (vgl. Vortrag) Diese neue Art der Arbeitskommensuration im Arbeitsprozess und nicht auf dem Markt kann nach Sohn-Rethel Grundlage der Ökonomie der Zeit im Kommunismus und der Aufhebung der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit werden, wenn die Produzentenklasse politisch die Macht ergreift, die Kapitalisten enteignet und die Produktion mit Hilfe dieses Zeitmaßes zum Zweck der Bedürfnisbefriedigung der Produzenten und der Gesellschaft unmittelbar und selbstbewußt organisiert.

Bleibt die zentrale Frage, ob zwischen Gleichsetzung der menschlichen Arbeit als gleiche abstrakt-menschliche Arbeit im Austauschprozess und Messung der Arbeit im Arbeitsprozess zum Zweck der Kostenersparnis tatsächlich der diametrale Gegensatz besteht, der es Sohn-Rethel erlauben könnte, das Wesen der imperialistischen Epoche in diesem Widerspuch von Marktökonomie und Betriebsökonomie zu sehen und die Grundzüge der Taylorschen Betriebsökonomie als Organisationsprinzipien des Arbeitsprozesses im Sozialismus anzunehmen.

Zunächst muß festgestellt werden, daß Sohn-Rethel die in Schwang kommenden Auffassungen des Imperialismus als gemischter Ökonomie nicht teilt (vgl. Schluß des Vortrages) und daß er den Widerspruch zwischen Marktökonomie und Betriebs- oder Zeitökonomie als Grundlage der Bestimmung des Imperialismus als Epoche der sozialen Revolution begreift, in der die Vergesellschaftung der Arbeit und die kapitalistische Aneignung in unaufhebbaren Widerspruch geraten sind.

Nun scheint uns aber die Vernachlässigung des Doppelcharakters der Arbeit durch die Sohn-Rethelsche Warenanalyse und daraus folgend die Vernachlässigung der

(4) vgl. dazu den hervorragenden Abriss von Engels in: "Entwicklung von der Utopie zur Wissenschaft", MEW 19, S. 210 ff.

Tatsache, daß der Taylorismus gerade, indem er diesen Widerspruch verschärft, die Konsequenz der Herrschaft des Privateigentums über den gesellschaftlichen Arbeitsprozess darstellt, dazu zu führen, daß Sohn-Rethel übersieht oder keinen Nachdruck darauf legt, daß die kommunistische Gesellschaft gerade den Widerspruch zwischen konkreter und abstrakter Arbeit beseitigen wird und deshalb auch nicht ihre gesellschaftliche Synthesis in einer abstrakten Gleichsetzung der menschlichen Arbeit durch die Zeit haben kann. Richtig ist, daß solange es Arbeit geben wird, es auch eine Ökonomie der Zeit geben wird. Aber diese Ökonomie der Zeit wird in der voll vergesellschafteten Produktion gerade nicht auf einer Gleichsetzung der Arbeit als abstrakt menschliche Arbeit beruhen können. Sohn-Rethel aber schreibt: "Alles,was greifbar und appropriierbar ist, Wert und Warencharakter hat, gehört dem Kapital, wohingegen die Arbeit dem Ganzen die Bewegung beisteuert, in die sie es versetzt. Diese Polarisierung ist geschichtliches Entwicklungsprodukt, Produkt der Verbreitung und Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Entwicklung auf immer größerer Stufenleiter bis zur strukturellen Vollendung im kontinuierlichen Prozess der vollvergesellschafteten Arbeit. Die abstrakt menschliche Arbeit wird dabei zum Bewegungsgesetz der Produktion nach Funktionen der Maßeinheit von menschlicher und maschineller Verrichtung. Sie wird, mit anderen Worten, zum synthetischen Prinzip des vollvergesellschafteten Arbeitsprozesses. Wenn der Kapitalismus beseitigt würde und die Produktion dieser Entwicklungsstufe in die Herrschaft der Produzenten überginge, könnte sie die Basis einer klassenlosen Vergesellschaftung bilden." (5) Ausgerechnet also die Quantifizierung der abstrakten Arbeit, die Ausdruck der Herrschaft des Verwertungsprozesses über den Arbeitsprozess ist, soll die Basis einer klassenlosen Gesellschaft bilden.

Sohn-Rethel stimmt in der allgemeinen Kennzeichnung der Epoche des Imperialismus als "Transformationsperiode" des Kapitalismus in eine neue Gesellschaftsformation, d.h. als einer Epoche der sozialen Revolution und der Aktualität der Revolution mit Lenin überein. Beide gehen von der Verschärfung des Widerspruches von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung in der Epoche des Imperialismus aus. Sohn-Rethel allerdings glaubt den Leninschen analytischen Ausgangspunkt der Analyse, das Monopol als schärfsten Ausdruck des Widerspruchs von gesllschaftlicher Produktion und privater Aneignung noch hinterfragen zu müssen. Aber gerade das Monopol ist die differentia specifica zwischen Kapitalismus und Imperialismus, und der Taylorismus ist nicht Negation des kapitalistischen Organisationsprinzips der gesellschaftlichen Arbeit, sondern das einzige Mittel, mit Hilfe dessen die kapitalistische Produktionsweise im Imperialismus noch aufrechterhalten werden kann: Mittel der verschärften Ausbeutung der Arbeitskraft.

Zu überprüfen wären jedoch im Zusammenhang mit der Sohn-Rethelschen Auffassung des einheitlichen Zeitmaßes der Arbeit solche Vorstellungen Lenins, wie die, daß die Organisation der Deutschen Reichspost unter veränderten Produktionsbedingungen durchaus dem Organisationsprinzip des Sozialismus entsprechen würden.

Eine andere wichtige Frage ist u.E. die Überprüfung der Auffassungen Sohn-Rethels und speziell seiner Entgegensetzung von Marktökonomie und Zeitökonomie im Rahmen der Kategorien, die Charles Bettelheim entwickelt hat, speziell des Gegensatzes von monetärem Kalkül und gesellschaftlich-ökonomischem Kalkül. Das ökonomische Kalkül hat nach Bettelheim die Aufgabe, Zeitkalkül und Messung des gesellschaftlichen Nutzeffektes einer bestimmten Arbeit miteinander zu verbinden. (6) Dieser Ansatz Bettelheims scheint uns für die Frage einer Ökonomie des Sozialismus weiterführend zu sein, während der Sohn-Rethelsche Ansatz der gerade in der Realabstraktion des kapitalistischen Produktionsprozesses, dessen Instrument der Taylorismus bloß ist, die Grundlage der "Vollvergesellschaftung" der Arbeit im Sozialismus sieht, statt im Taylorismus ein spezifisches kapitalistisches Instrument der Behandlung des Widerspruchs von gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung im Imperialismus zu sehen.

Wenn sich Sohn-Rethel in seiner Theorie auf die Praxis des chinesischen Weges zum Sozialismus beruft, so spricht das für das revolutionäre Interesse der philosophischen Arbeit Sohn-Rethels. Ob die Praxis der chinesischen Revolution allerdings die Sohn-Rethelsche Theorie bestätigt, bleibt fragwürdig: versuchen doch die chinesischen Genossen gerade die konkrete Arbeit der Massen zu organisieren, statt auf dem kapitalistisch notwendigen Umweg die Arbeit dadurch zu organisieren, daß sie abstrakt gleichgesetzt wird. Organisation der Arbeit durch ihre Gleichsetzung als abstrakte Arbeit ist ein kapitalistisches Prinzip, Organisation der verschiedenen Arbeiten nach ihrem Nutzeffekt in Relation zum notwendigen Arbeitsaufwand der Gesellschaft ist ein sozialistisches Prinzip. Sohn-Rethel scheint trotz aller Sympathien für die chinesische Revolution, diese grundsätzliche Differenz nicht beachtet zu haben. Auch die Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit kann nur durch selbstbewusste Organisation der konkreten Arbeit durch das als Klasse herrschende Proletariat überwunden werden, wobei die objektive Bedingung hierfür, und darin besteht Einigkeit mit Sohn-Rethel, die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist.

(5) "Geistige und Körperliche Arbeit", S,193
(6) vgl.: "Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft" Berlin 1970, S. 12 ff.

VORTRAG VON ALFRED SOHN-RETHEL*

Vielleicht sollte ich meinen Ausführungen eine Bemerkung darüber vorausschicken, daß und warum ich die Phänomene der technischen Intelligenz nicht empirisch angehe. Der Grund ist kein andrer als der, daß ich am empirischen Sosein der Verhältnisse in ihrem heutigen Zustand nicht interessiert bin. Ich bin interessiert an ihrer Veränderung; und zwar nicht an der Veränderung dieser oder jener empirischen Einzelheit, sondern an einer Veränderung der Dinge in ihrem Zusammenhang. Dazu benötigt man offenbar auch eine Erkenntnis ihres Zusammenhangs, und zwar

KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG
DER GRUPPE NEUES ROTES FORUM

erscheint im Semester alle 14 Tage --- 20 Pf.---
erhältlich an der Mensa und in der Politischen Buchhandlung Jörg Burkhard---Schiffgasse 3----

KOMMUNISTISCHE HOCHSCHULZEITUNG
DER GRUPPE NEUES ROTES FORUM

insofern als der Zusammenhang die Bedingungen der Möglichkeit des Einzelnen enthält. Natürlich wird ein jeder, der dem empiristischen Credo anhängt, ein solches Unternehmen für unmöglich erklären und geltend machen, daß man darin die Grenzen kritischer Denkweise ins Spekulative und Metaphysische hinaus überschreite. Aber in diesem Punkt ist der Geschichtsmaterialismus ein ausgesprochener Gegner des Empirismus. Vom geschichtsmaterialistischen, also vom Marxschen Standpunkt aus, unternimmt man eine naturgeschichtliche Erklärung der Phänomene, sämtlicher Phänomene der menschlichen Geschichte, die als Fortsetzung oder Abstecher der Naturgeschichte angesehen wird. Hier gilt der Mensch immer noch als Tier, aber als Tier mit einer ganz ungewöhnlichen Entwicklungslinie, welche damit begann, daß dieses Tier sich seine eigenen Lebensmittel zu produzieren anschickte. In dieser Betrachtungsweise liegt nichts Metaphysisches, obgleich sie von Grund aus auf die Zusammenhänge in der Menschengeschichte ausgeht. Sie ist im Gegenteil Materialismus vom reinsten Wasser, eben Geschichtsmaterialismus. Dementsprechend wird der materiellen Produktion, als dem Stoffwechselprozeß des Menschen mit der Natur, die primäre Wirkungskraft zugesprochen, der alles übrige, d.h. alle Verhältnisse und Äusserungen des gesellschaftlichen Lebens sich nolens volens anzubequemen haben. Auch in der Menschengeschichte waltet also die Naturnotwendigkeit, aber eine von der Arbeit modifizierte Naturnotwendigkeit in Gestalt der Ökonomie. An der Basis des Determinationszusammenhanges der Menschenwelt liegt vom Anfang bis zum Ende ihrer Geschichte der Arbeitsprozeß der Produktion, der durch die Entwicklung der Produktivkräfte, die er benutzt, selbst seine Geschichte hat. Ich möchte daher ausgehen von der allgemeinen Beschreibung des Arbeitsprozesses der Produktion, die Marx im 5. Kapitel des "Kapital" (1. Bd.) gibt. Hier ist ein Auszug der wesentlichen Momente der Marxschen Beschreibung:

"Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt der Natur selbst als eine Naturmacht gegenüber... Wir unterstellen die Arbeit in einer Form, worin sie dem Menschen ausschliesslich angehört... Außer der Anstrengung der Organe, die arbeiten, ist der zweckmässige Wille, der sich als Aufmerksamkeit äußert, für die ganze Dauer der Arbeit erheischt, und umsomehr, je weniger sie... den Arbeiter mit sich fortreißt, je weniger er sie ... als Spiel seiner eignen körperlichen und geistigen Kräfte genießt.

Die einfachen Momente des Arbeitsprozesses sind die zweckmässige Tätigkeit oder die Arbeit selbst, ihr Gegenstand und ihr Mittel.

Die Erde... findet sich ohne sein (des Menschen) Zutun als der allgemeine Gegenstand der menschlichen Arbeit vor ... von Natur vorgefundne Arbeitsgegenstände ... Rohmaterial (hingegen) ist der Arbeitsgegenstand nur, sobald er bereits eine durch Arbeit vermittelte Veränderung erfahren hat.

Das Arbeitsmittel ist ein Ding oder ein Komplex von Dingen, die der Arbeiter zwischen sich und den Arbeitsgegenstand schiebt, und die ihm als Leiter seiner Tätigkeit auf diesen Gegenstand dient... Wie die Erde seine ursprüngliche Proviantkammer, ist sie sein ursprüngliches Arsenal von Arbeitsmitteln. ... Sobald der Arbeitsprozeß ... nur einigermaßen entwickelt ist, bedarf er bereits bearbeiteter Arbeitsmittel... Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird. ...

Betrachtet man den ganzen Prozeß vom Standpunkt seines Resultats, des Produkts, so erscheinen beide, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand, als Produktionsmittel und die Arbeit selbst als produktive Arbeit (dazu bemerkt Marx in einer Fußnote, dieser gleichsam naturgeschichtliche Begriff von produktiver Arbeit "reicht keineswegs hin für den kapitalistischen Produktionsprozeß").

Durch ihren Eintritt als Produktionsmittel in neue Arbeitsprozesse verlieren Produkte ... den Charakter des Produkts. Sie funktionieren nur noch als gegenständliche Faktoren der lebendigen Arbeit. ...

Der Arbeitsprozeß, wie wir ihn in seinen einfachen und abstrakten Momenten dargestellt haben, ist zweckmässige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher notwendig unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam. ..."

Diese Darstellung versteht sich, wie Marx selbst betont, als blosse Abstraktion, als Beschreibung des Arbeitsprozesses, wie er "zunächst unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form zu betrachten" war. Da die menschliche Arbeit aber wesensmäßig, d.h. von vornherein gesellschaftliche Betätigung von Menschen ist, findet der Arbeitsprozeß geschichtlich immer nur in bestimmten gesellschaftlichen Formen statt. Indes habe ich zu dieser Abstraktion eine ergänzende Bemerkung hinzuzufügen. Sie betrifft die Naturkenntnis, die zu jedem Arbeitsprozeß als zweckmäßiger Tätigkeit auf welcher Stufe auch immer erfordert ist und die sich im Einklang mit dem Arbeitsprozeß auch verändern muß. Da sie als bedingender Faktor durch Marx keine explicite Erwähnung findet, scheint sie von ihm implicite als zugehöriger Teil des Arbeitsprozesses in seiner Gesamtheit inbegriffen und mit ihm mitgegebene, aus seinen ihm eigenen Quellen fliessende Potenzialität vorausgesetzt zu werden. Dieser Eindruck bestätigt sich aus zahlreichen andren Stellen bei Marx. Ein "Erkenntnisproblem" unabhängig vom Arbeitsprozeß und außerhalb seiner, erschien Marx, wie vor ihm schon Hegel, als eine sinnlose, oder wie es in der 2. Feuerbach-These heißt, "rein scholastische" Fragestellung. Diese Eliminierung der erkenntnistheoretischen Fragestellung ist aber nur solange berechtigt, wie angenommen werden darf, daß Kopfarbeit und Handarbeit in der Produk-

tion zusammengehen. Diese Annahme ist aber für den kapitalistischen Produktionsprozeß keineswegs mehr hinreichend, sie wird vielmehr zunehmend irrig. Die "exakte" Naturkenntnis, die der Arbeitsprozess des Kapitals in wachsendem Maße erheischt, ist eine solche aus anderen Quellen als denen der körperlichen Arbeit und der praktischen Prokuktionserfahrung. Wie eine exakte Naturerkenntnis dieser Art möglich sei, ist ein Problem, das sich nicht unabhängig und abgesehen vom Arbeitsprozeß der Produktion stellt, sondern das sich im Gegenteil als ein essenzieller Teil desselben auf dieser historischen Stufe erst ergibt. Dieses historische Problem kleidet sich aber in Formen, die denen, in welchen Kant seine unhistorische Fragestellung präsentiert, zum Verwechseln ähnlich sind, und zwar dadurch, daß die Begriffsformen dieser mathematischen Naturerkenntnis einen ausgesprochen unhistorischen Geltungscharakter besitzen. Es bleibt also nach gänzlicher Liquidierung der Kantschen aprioristischen Philosophie die Frage nach der Möglichkeit einer theoretischen Naturerkenntnis immer noch zu beantworten übrig in Formen, die unerachtet ihrer universellen Erscheinungsweise den spezifischen historischen Bedingungen der Frage genügetun müssen. M.a.W., die unhistorische Begriffsform der mathematischen Naturwissenschaft verlangt eine historische, genauer gesagt, eine geschichtsmaterialistische Erklärung. Und wenn diese Erklärung nicht gelingt, so gelingt auch die ganze Aufgabenstellung des Geschichtsmaterialismus, d.h. die Herbeiführung des Sozialismus und einer klassenlosen Gesellschaft nicht.

Diese Frage ist also alles andere als von beiläufiger Bedeutung. In ihr verfängt sich der ganze Disput zwischen Materialismus und Idealismus in seiner zugespitztesten Form und mit mehr als bloß ideologiepolitischen Implikationen. In der Frage, ob eine historische Erklärung der naturwissenschaftlichen Denkart gelingen könne oder nicht, stoßen philosophischer Idealismus und historischer Materialismus zu einer Art kontradiktorischer Wahrheitsentscheidung zwischen ihnen aufeinander. Der essentiell unhistorische Formcharakter der wissenschaftlichen, spezifisch mathematischen Naturerkenntnis, ihre logische Unmittelbarkeit und noologische Autonomie, ist die Gegebenheit, worauf sich der philosophische Idealismus in der ganzen neuzeitlichen Denktradition als Zeugnis seiner Unbestreitbarkeit beruft. Das mag mit unterstützender philosophischer Argumentation begleitet sein oder unter dem grundsätzlichen positivistischen Verzicht auf eine solche mit dem bloßen Hinweis aufs Faktum vertreten werden. Ganz und gar aber gilt in jedem Fall eine genetische und historische Erklärungsweise dieser unhistorischen Denkart für ein absolut unmögliches, mit der philosophischen Logik von Grund auf unverträgliches Unterfangen. Man kann, diesem Standpunkt zufolge, nur entweder der Geschichte oder der Wahrheitsfrage der Wissenschaften genügetun, aber nicht beiden in einem. Wer sich dieser Einsicht versagt, gibt sich, so muß es scheinen, dem Sündenfall des Historismus preis.

Es gehört aber zur Wesensdefinition des historischen Materialismus, daß er diesen Standpunkt als ein bloßes Dogma bewertet, welches durch dialektische Denkart hinfällig wird. Dialektische Denkart konstituiert sich geradezu durch erfolgreiche Vereinigung von Genesis und Geltung, Geschichte und Wahrheitsfrage, in einer Methode. Die Wahrheit selbst ist zeitgebunden, und Dialektik eben die Formgesetzlichkeit zeitbedingter Wahrheit. Das Recht oder Unrecht dieses Standpunkts, oder richtiger gesagt, die Möglichkeit oder Unmöglichkeit des historischen Materialismus kommt aber zu einer bündigen Entscheidung über der Frage, einer bloßen Tatfrage, ob eine historische Erklärung der unhistorischen Logik der wissenschaftlichen Denkweise gelingt oder nicht gelingt. Für einen positiven Erweis dieser Möglichkeit, oder sagen wir, für den Versuch eines solchen, verweise ich auf mein Buch "Geistige und körperliche Arbeit, Zur Theorie der gesellschaftlichen Synthesis".

Die Basis, auf der sich der Versuch bewegt, ist ein Nachweis, daß mit dem geschichtlichen Eindringen des Warenverkehrs ins innere Gefüge der Gesellschaft, anders gesagt, mit dem Beginn der Warenproduktion, ein gesellschaftlicher Nexus entsteht, welcher, nicht durch das Denken sondern durch das Tun der tauschenden Warenbesitzer, eine Abstraktion vom Gebrauchswert der Waren und mithin von allen zeitlichen und örtlichen Kennzeichen der Erfahrung vollzieht und also realiter, nämlich im raumzeitlichen Prozeß seines Geschehens, zeitlos universelle Formabstraktionen erzeugt. Diese Formabstraktionen, obgleich nicht aus dem Denken entspringend, haben aber die Form reinen Denkens und bieten sich der bewußten Reflexion dar, nicht schon da, wo sie entspringen, nämlich im Geschäft des Warenaustauschs, sondern post festum im Spiegel des Geldes. Das abstrakte Ding zwingt zum abstrakten Denken. Im Resultat dieses historischen Geschehens findet sich das Denken bestimmter Gesellschaftsklassen im Besitz einer inhaltlich zeitlos universellen Logik unter Auslöschung jeglichen Bewußtseins ihrer Herkunft. "Die vermittelnde Bewegung verschwindet in ihrem Resultat und laßt keine Spur zurück", sagt Marx in diesem Zusammenhang.

Auf diesem Wege wird also in der Tat eine geschichtliche Erklärung der geschichtslosen Formbestimmtheit dieser, in warenproduzierenden Gesellschaften herrschenden Denkart geliefert. Es ist eine Erklärung, die sich als dialektische oder, mehr explikativ, als formgenetische bezeichnen läßt, weil sie in bruchloser methodischer Einheit die historische Entstehung und die begriffliche Form dieser Erkenntnisweise in ihrer ganzen Abseitigkeit von der "produktiven Arbeit" zur Darstellung bringt. Die Tatsache, daß die "reine" Form der Begriffe einer raumzeitlichen Realabstraktion entspringt, und keineswegs einer Denkerfindung, gibt zugleich den Schlüssel für ihren objektiven Erkenntniswert, den Schlüssel also zu einer Wahrheitskritik der so entstandenen Denkweise und der mit ihr verknüpften Philosophien und Wissenschaften. In meiner bereits erwähnten Schrift wird diese formgenetische Erklärung im Einzelnen für die verschiedenen Erkenntnisbegriffe oder primären Kategorien des "reinen Verstandes" geliefert und der Nachweis erbracht, in welchem Zusammenhang die Kategorien a priori mit einer bestimmten gesellschaftlichen Basis steht. Um als logische Normen theoretischer Naturerkenntnis dienen zu können, müssen sie ökonomischen Dienst tun als die tragenden gesellschaftlich-synthetischen Funktionen des Warenaustauschs.

Dieser enge Zusammenhang zwischen Ökonomie und Logik wird manchen idealistischen Denkern schockant erscheinen. Er hat aber eine sehr weittragende und positive Bedeutung. Er besagt nämlich, daß die Logik sich im Lichte ihrer Genesis als die gesellschaftliche Form des Denkens erweist oder als Form des vergesellschafteten Denkens oder noch besser als Vergesellschaftungsform des Denkens. Das in den Formen der gesellschaftlichen Synthesis sich bewegende Denken ist ein Denken für die Gesellschaft. Das kursive Denken ist eine Betäti-

gung der Gesellschaft selbst, genauer ihrer Synthesis, in Gestalt des abstrakten Denksubjekts der Natur gegenüber. Diese Betätigung ist rein intellektuelle Arbeit in unüberbrückbarer, weil formbegründeter Scheidung von physischer Tätigkeit der "produktiven Arbeit" ("produktive Arbeit" als Begriff des Arbeitsprozesses verstanden).

Hiermit stehen wir an dem Punkt, wo aus alledem das Verständnis erwächst, was "die Intelligenz" ist, von der hier die Rede sein soll, zwar noch nicht die "technische Intelligenz", aber die mathematische und philosophische Intelligenz der Alten und die mathematisch-wissenschaftliche Intelligenz der Neuzeit. Wir können beide unter dem Namen der begriffsrationalen Intelligenz in eins setzen und darunter also die einseitige Geistesbetätigung fassen, die von der Antike bis heute reicht oder genauer bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Von 1900 ab etwa ist die Herausbildung einer "technischen Intelligenz" datierbar, als Phänomen von spezifisch neuartigen Kennzeichen und einem Übergangscharakter zu etwas wesentlich Andrem, einem terminus ad quem, der vorerst noch undefinierbar ist und auch mit der Benennung als Sozialismus oder Kommunismus etwa so undefinierbar bleibt wie ohne sie. Diesem Übergangsphänomen lässt sich indes nicht habhaft werden ohne einen fundierten Begriff von dem traditionellen Phänomen der, sagen wir, allgemein geistigen Intelligenz als dem terminus a quo, von dem die technische Intelligenz herkommt und abweicht. Wir brauchen ein präzises Verständnis der im Grunde unseres ganzen gesellschaftlichen Gefüges vor sich gehenden strukturellen Wandlung, welche gleichsam unter unseren Füssen durch und über unsere Köpfe hinweg seit Ende des 19. Jahrhunderts den jetzigen Transformationsprozess unseres gesellschaftlichen Seins und Bewusstseins verursacht.

Dazu einen ganz kurzen historischen Blick auf die Entwicklung der Warenproduktion seit dem Geburtsakt der geistigen Intelligenz bis etwa 1900. Zu Anfang, in der Antike, steht die reine Vergesellschaftsform des Denkens im krassen Gegensatz zur Individualform der Arbeit als Sklavenarbeit. Die Sklavenarbeit war Einzelarbeit vom Zuschnitt des einzelnen individuellen Leibes. Diodorus Siculus z.B. berichtet, daß die Sklaven, wo sie haufenweis zur Anwendung kamen wie in den Bergwerken, oftmals verschiedensprachig ausgesucht wurden, um sie besser isoliert voneinander zu halten. Physische Arbeit und Menschsein standen in der klassischen Antike beziehungslos und unvereinbar zueinander, nicht so sehr empirisch und psychologisch, wo es natürlich Ausnahmen gab, aber in ihrer Formbestimmtheit. Hier war die Begriffstätigkeit der Intelligenz überhaupt nicht auf die Produktion und die Entwicklung ihrer Produktivkräfte bezogen. Das änderte sich erst in der Neuzeit. Im Verfallsprozess der antiken Ordnung, der Freilassung der Sklaven und Herausbildung der feudalen Villikationsverfassung als spätantikem Residualprodukt, und sodann im christlichen Mittelalter veränderte sich das Verhältnis des Menschen zur Arbeit. Leib und Geist blieben zwar noch moralisch unvereinbar, das Fleisch, die Ursünde des Geistes, aber funktionell wurde die Arbeit menschlich. In der beginnenden Städtewirtschaft waren die Produzenten kraft ihrer Arbeit die privaten Eigentümer ihrer Produkte als Waren und als Geld. Auf dieser Basis wuchs, mit der Verallgemeinerung des Handels- und Geldverkehrs, des Kaufmanns- und des Geldkapitals, die Produktion nach und nach zu größeren Dimensionen und entwickelte technische und ökonomische Ansprüche, denen der handwerkliche Einzelproduzent nicht mehr gewachsen war. Er verschuldete sich und unterlag dem Kapital, das sich die Produktion subsumierte mit mehr und mehr Arbeitskräften und einen zunehmenden Apparat von technischen Produktivkräften entwickelte. Ich brauche die Lücken nicht alle auszufüllen - die manufaktürliche Produktion des 17. wurde zur maschinellen Produktion des 18. und diese zur Massenproduktion im 19. Jahrhundert. Das strukturell und prinzipiell bedeutende Ergebnis dieser Entwicklung war, daß die "produktive Arbeit", der manuelle Gegenpol zur Geistesarbeit, ihrerseits gesellschaftliche Form gewann. Denn das bedeutet, daß im Resultat der ganzen warenökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, über 2 500 bis 3 000 Jahre hinweg, die manuelle Arbeit in der Produktion am Ende eine Form annimmt, welche derjenigen der intellektuellen Arbeit homolog wird.

Diese tendenzielle Formangleichung der manuellen an die intellektuelle Arbeit ist offenkundig ein Umstand von ungeheurer Tragweite, nicht nur für die Stellung der Intelligenz, sondern für die Ökonomie und die ganze Struktur der Gesellschaft. Ich betrachte sie als den verborgenen Knoten- und Wurzelpunkt des Transformationsprozesses, in welchem die gegenwärtige Gesellschaft sich befindet. Welches ist die Bedeutung des Phänomens und welches sind seine Konsequenzen?

Von einer Formangleichung der manuellen an die geistige Arbeit läßt sich nur sprechen unter der Voraussetzung, daß die vergesellschaftete Arbeit eine ihr spezifische Formbestimmtheit angenommen hat. Nur wenn dies eintritt, wird sie zu einem strukturverändernden Faktor, zu einer unabhängigen Variablen im Determinationsgeschiebe der Gesellschaft und zu einem Gegensatz gegen die kapitalistische Marktökonomie der uneingeschränkten Konkurrenz. Die Formgewinnung der vergesellschafteten Arbeit betrachte ich als einen definitiven geschichtlichen Vorgang, der sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ereignet hat. Er vollzog sich während und in Gestalt der mehr als 20-jährigen ökonomischen Stagnationsperiode, in die der Kapitalismus in der "Gründerkrise" von 1873/4 als freier Konkurrenzkapitalismus einmündete und aus der er erst 1895/6 als Monopolkapitalismus hervorging, um nun mit wiedererstehender Prosperität, mit Imperialismus, Wettrüsten und Massenproduktion auf den ersten Weltkrieg zuzurennen. Konkurrenzkapitalismus und Monopolkapitalismus ist die Entgegensetzung, in der diese Wandlung üblicherweise begriffen wird. Dies sind aber bloße Oberflächenbegriffe, solange ihnen nicht durch eine eingehendere Analyse ihre Geheimnisse abgewonnen worden sind. In eine solche Analyse hier einzutreten, macht der Zeitmangel mir leider unmöglich. Ich will nur sagen, daß es den Dingen eher gerecht würde, von einem Übergang oder dem beginnenden Zeichen eines Übergangs von der höchsten und letzten Form von Aneignungsgesellschaft zu einer ersten modernen Form von Produktionsgesellschaft zu sprechen. Was ist mit diesen Ausdrücken gemeint?

Der Begriff der Aneignungsgesellschaft entdeckt sich aus der formgenetischen Erklärung der Entstehung des seperaten Intellekts in der Antike. Die einseitige Geistesarbeit entsteht auf Grund der säuberlichen und kompletten Tren-

nung des gesellschaftlichen Nexus von der Produktion, eines Nexus nämlich durch bloßen Tauschverkehr, also wechselseitige Aneignung identischer Waren. Auf dieser Trennung, der Trennung vom Stoffwechsel mit der Natur also, mit Marx zu sprechen, beruht die Abstraktheit des Nexus und auf ihr die Abseitigkeit, des Intellekts von der Arbeit, die ganze Begriffsform des selbstgenügsamen Intellekts. Aneignungsgesellschaft in jeder Form ist verknüpft mit ökonomischer Ausbeutung, mit politischem Klassenantagonismus und mit Scheidung von Kopf und Hand. Produktionsgesellschaft dagegen bezeichnet eine Gesellschaft, deren Nexus sich direkt auf den Arbeitsprozess der Produktion gründet und worin Eigentumsverhältnisse keinerlei Rolle spielen. Eine solche Gesellschaftsformation läßt keinen Raum für Ausbeutung, für antagonistische Klassenunterschiede und für die Scheidung von intellektueller und manueller Arbeit. Aneignungsgesellschaft und Produktionsgesellschaft bezeichnen also den Terminus a quo und den Terminus ad quem der heutigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse.

Die Vergesellschaftung der Arbeit in der Produktion betrifft den Charakter der Produktion als Arbeitsprozess. Sie wird zwar verursacht durch den Verwertungsprozess, durch den Konkurrenzdruck um Profitgewinnung und die fortschreitende technologische Umwälzung im Dienst derselben, und daraus folgend die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals, die zunehmende Inflexibilität der Kostenstruktur und den Zwang zur monopolistischen Marktberherrschung, den sie nach sich zieht. Mit der Formgewinnung der Vergesellschaftung der Arbeit verdichtet sich die Spannung zwischen Arbeitsprozess und Verwertungsprozess zur Widersprüchlichkeit zwischen konträren Formgesetzen, und es ist diese Widersprüchlichkeit, welche die Schaffung einer eigenen Institution zu ihrer Bewältigung nötig macht: des modernen industriellen Management. Dasselbe steht im Dienst der Kapitalverwertung, und all sein Denken bewegt sich in den Kategorien des Verwertungsprozesses, aber seine Tätigkeit besteht in der Organisierung des Arbeitsprozesses der Produktion. Das moderne Management steht auf dem genauen Schnittpunkt der beiden Termini der heutigen gesellschaftlichen Transformation. Die Herrschaft der Wert- und Profitkategorien im betriebsökonomischen Denken des Management verdeckt die Tatsache, daß seine ganze Anstrengung der Bewältigung einer andersgearteten Ökonomie gilt, einer im Arbeitsprozess wurzelnden Ökonomie. Nichtsdestoweniger dringt aber diese Tatsache dem Management aus allen Knopflöchern sozusagen wenn man auf seinen Werdegang, auf die Begründung der ganzen Institution zurückgreift. Dazu bedarf es der Beschäftigung mit dem Werk Frederick Winslow Taylors, des effektiven Begründers des "scientific Management", wie er es nannte.

Die Arbeiten Taylors dauerten von 1880 bis zur Veröffentlichung seines Hauptwerks (The Art of Cutting Metals) 1906. Der Eckstein darin ist die von Taylor erarbeitete Methode des "time and motion study". Die fundamentale Bedeutung dieser methodischen Bewegungs- und Zeitanalyse der Arbeit ist unschwer zu erkennen, sie besteht in einer neuartigen Kommensuration der Arbeit und dadurch in der Schaffung einer neuen Ökonomie.

Man weiß, welchen Wert Marx in seiner Warenanalyse auf die Entdeckung legt, daß die Äquivalenz der Waren im Tausch zugleich mit der Abstraktion vom Gebrauchswert eine Kommensuration der Arbeit in sich schließt. Er nennt diese Entdeckung geradezu den "Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht". Nur durch diesen funktionalen Inhalt einer Kommensuration der Arbeit ist die Wert- und Preisformation im Aneignungszusammenhang überhaupt in der Lage, die lebendige Arbeit in Bewegung zu setzen und die gesellschaftliche Produktion zu beherrschen, also den materiellen Lebensprozess der Gesellschaft zu fördern. Nur vermittels der Kommensuration der Arbeit setzt sich überhaupt die Naturnotwendigkeit in Ökonomie um, die Naturgeschichte in Menschengeschichte. Die Kommensuration der Arbeit unterliegt daher auch selbst geschichtlicher Wandlung, derselben wie die Ökonomien. Gerade das trifft eben hier, in der Gründung des modernen Management zutage. Worin besteht, in aller Kürze, die Taylorsche Methode?

Die Taylorsche Methode analysiert die verschiedenen in einem Arbeitsprozess vorkommenden Verrichtungen unter mehrfachem Gesichtswinkel: 1. um ihre an Zeit und Kraft sparsamste Ausführungsform zu finden, 2. um diese aufs Repetitive und Standardisierbare an ihr zu reduzieren, 3. um diesen Restbestand nun in kleinste für alle Arbeiten homogene Bewegungselemente zu zerlegen, und 4. von diesen eine genaue Zeitmessung vorzunehmen. Im Ergebnis dieser Verfahren werden die verschiedenen Arbeiten ausdrückbar als unterschiedliche Vielfache von einander. Hier wird, mit anderen Worten, eine methodische Quantifizierung der menschlichen Arbeiten nach reinen Zeitmassen durchgeführt, die Arbeit also im wörtlichen Sinne in all ihren Formen kommensurabel gemacht. Wenn wir nun diese Kommensuration der Arbeit vergleichen mit derjenigen, die vermittels der Warenabstraktion in der Wertform zustandekommt, so erweisen sich beide in ihren entscheidenden Merkmalen als diametrale Gegensätze zueinander. Die warenökonomische Arbeitskommensuration ist 1. auf die Produktion als Verwertungsprozess des Kapitals bezüglich, 2. findet sie bloß indirekt statt, 3. als rein funktionaler, blindwirkender, bewußtloser Vorgang, 4. nur übers Ganze des gesellschaftlichen Aneignungszusammenhanges hinweg, und 5. als Kommensuration der "toten" Arbeit, wie Marx die in den Waren verkörperte, aufgespeicherte Arbeit nennt. Dagegen nimmt die Taylorsche Kommensuration der Arbeit erstens ihren Ausgang vom Arbeitsprozess, 2. besteht sie in direkter Messung, 3. ist also bewusste Tat, 4. geht sie aus von den einzelnen Teilen des Arbeitsprozesses und baut sich von hier auf zur Anwendung auf größere Komplexe, und 5. ist sie die Kommensuration der "lebendigen" Arbeit, der Arbeit in actu, in ihrer produktiven Leistung.

Das ist offenbar die Art von Arbeitskommensuration, nach der die gesellschaftliche Synthesis sich auf den Arbeitsprozess gründen könnte, mit deren Hilfe also moderne Produktionsgesellschaft möglich wird. Hier wäre die ganze Gesellschaft organisiert als eine Synthesis der lebendigen Arbeit. Auf der Taylorschen Basis haben alsdann Swift in Chicago und Ford in Detroit als erste den Fliessbetrieb geschaffen, und erst aus dieser Anwendung wird die Bedeutung, werden die vollen Implikationen der direkten Kommensuration der Arbeit klar. Es wird vor

allem klar, daß sie eine neue Ökonomie oder die Grundlage einer neuen Ökonomie hervorgerufen hat.

Im Fliessbetrieb werden aufeinanderfolgende Arbeitsvorgänge in solcher Weise mechanisch miteinander verbunden, daß sie nach einem einheitlichen Zeitmaß ablaufen. Dieses Zeitmaß ist dasselbe für die maschinellen Funktionen, die Funktionen der implizierten Maschinerie, wie für die menschlichen Verrichtungen. In der Vereinheitlichung der Zeitmaße beider konstituiert sich eigentlich der Fliessbetrieb. Diese Einheit des Zeitmaßes ist kein Denkprinzip, sondern ein Realprinzip. Die Maßeinheit der maschinellen und der menschlichen Produktivfunktionen stellt sich her, wenn das Fließband angestellt wird und zu laufen beginnt. Die Einheit des Zeitmaßes hat selbst Prozesscharakter. Sie ist nicht, sozusagen, sondern sie findet statt. Im Stillstand des Betriebes existiert sie nicht und keine Art der Denkanstrengung kann sie erzeugen. Ich lege auf den realen Charakter dieser Maßeinheit so großen Nachdruck, um die Aussage zu machen, daß in einer sozialistischen Ökonomie diese Maßeinheit die Stelle einnehmen müßte, welche in der Warenökonomie von der Realabstraktion des Austauschs okkupiert wird. Ich darf das näher erklären:

Vermöge der Einheit des Zeitmaßes verrichten, soweit sie reicht, die Arbeiter synthetische Arbeit. Sie verrichten die Arbeit eines Gesamtarbeiters mit 100 oder 1 000 oder 10 000 Händen und Füßen. Ebenso operiert die Maschinerie als eine synthetische oder Verbund-Maschinerie. Die Einheit des Zeitmaßes der beiderseitigen Funktionen ist eine Drehpunkt. Sie macht möglich, daß entweder die menschliche Arbeit der Verbund-Maschinerie subsumiert wird oder aber umgekehrt die Maschinerie der synthetischen Arbeit der Menschen. Im ersteren Falle haben wir den Tatbestand der Technokratie, im zweiten den von Sozialismus. Das Kapitaleigentum an der Maschinerie schließt das zweite aus und kreiert nur das erste. Um einen besseren Blick für das Verhältnis von Technik und Arbeit unter der Kapitalherrschaft zu gewinnen, möchte ich zuerst den Tatbestand des Sozialismus weiter durchverfolgen.

Der Marxsche Begriff des Gesamtarbeiters gewinnt hier konkrete Bedeutung. Die direkte Kommensuration der Arbeit vollzieht die Abstraktion von den qualitativen Unterschieden der Arbeit und bringt also eine reine Quantifizierung der Arbeit in solchem Grad und Umfang, daß sie ihre ökonomische Wirkung übers gesamte Gebiet der gesellschaftlichen Produktion erstrecken kann. In blinder, gesellschaftlich-chaotischer Weise geschieht dies bereits im Kapitalismus in Gestalt des Wachstums privater Unternehmungen zu immer größeren, ja schon multinationalen, ja interkontinentalen Konzernen. Auch hier verschafft die Ökonomie des einheitlichen Zeitmaßes sich Geltung, und sie kann das tun, weil sie sich, wie wir sahen, von kleinem Umfang schrittweise zu immer größeren Komplexen aufbaut. Soweit wie ein einheitliches Zeitmaß sich erstreckt, soweit reicht die synthetische Arbeit des Gesamtarbeiters. Solange die Einheitlichkeit der Zeitmaße auf getrennte Konzerne beschränkt ist, stimmen die Zeitmaße verschiedener Konzerne nicht überein. Sie könnten jedoch zur Übereinstimmung gebracht werden. Die synthetische Arbeit verschiedener, untereinander divergierender Gesamtarbeiter könnte zur synthetischen Arbeit eines Gesamtarbeiters von globalem gesellschaftlichem Status werden. Wovon hängt es ab ? Offenbar davon, daß die Technologie entsprechende Verbundmaschinerien zur Verfügung stellt, Maschinerien, die sich in einen globalen Zusammenhang fügen lassen. Das aber geht die Wissenschaften an. Es wird also verlangt, daß die Wissenschaften auf einer systematischen Basis zusammenarbeiten. Diese Basis entstammt nicht der spezifischen Logik und Methodologie, nach welcher gegenwärtig jede Spezialwissenschaft für sich besonders arbeitet als eine von der Ordnung der manuellen Arbeit gänzlich geschiedene Geistesarbeit. Bisher besteht zwischen den Kategorien der Wissenschaften, ganz gleich welcher, und den Ordnungsprinzipien der manuellen Arbeit überhaupt keine formelle Vermittlung. Nach den aus der Warenökonomie überkommenen Formkonstitutionen sind Ökonomie und Erkenntnis völlig disparate Ordnungen. Auf Grund der neuen Kommensuration der Arbeit und ihrer Anwendung im Fließbetrieb wächst aber eine gemeinsame Bezugsebene zwischen ihnen heran, nämlich die potentielle Einheitlichkeit aller Zeitmasse innerhalb der gesellschaftlichen Produktion in ihrem prozessualen Vollzug. Dessen Prinzip, wenn seine Einheitlichkeit gesellschaftlichen Gesamtumfang erzielt hat, läßt sich beschreiben als Einheit der Synthesis alles Manigfaltigen nach Funktionen der Zeit, wobei das Mannigfaltige die Gesamheit aller Vorgänge in der gesellschaftlichen Produktion darstellt. Die Einheit der Synthesis alles Mannigfaltigen nach Funktionen der Zeit ist nebenbei bemerkt Kants Beschreibung des transzendentalen Prinzipien der Begriffsformung des Verstandes. D.h. bei Kant fungiert es gerade als der oberste Scheidungsgrund zwischen Kopf- und Handarbeit. Diese Kantische philosophische Interpretation können wir in den Wind schlagen, aber das genannte Prinzip seiner bloßen Form nach besteht. Es braucht sich nur als tauglich zu erweisen, die gemeinsame Bezugsebene für die systematische Zusammenarbeit aller Teilwissenschaften zu einer gesellschaftlichen Gesamtwissenschaft abzugeben, damit dasselbe Prinzip auch die gemeinsame Bezugsebene zwischen dieser gesellschaftlichen Gesamtwissenschaft und der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bildet. Wir kommen hiernach zu einer Anschauung dessen, was die Formangleichung von Denken und Arbeit auf homologer gesellschaftlicher Skala tatsächlich bedeutet. Sie bedeutet, daß für den Gesamtarbeiter auf globalem gesellschaftlichem Niveau Wissenschaft und Arbeit zusammengehören wie der Kopf und der Leib eines Menschen. Sie gehören zusammen kraft der Einheit eines und desselben Zeitmasses als gemeinsamen Formprinzip für Denken und Arbeit, Logik und Ökonomie. Es ist das Formprinzip des Gesellschaftsprozesses, das Prinzip , welches der Synthesis des Gesellschaftsprozesses Einheit gibt, worauf beide, Wissenschaft und Arbeit, gleichermassen bezogen sind und wonach sie sich zwecks Planung der Gesamtproduktion aufeinander abstimmen können. Seitens der Wissenschaft würde das keinem auferlegten Zwang, sondern dem immanenten Bedürfnis nach der Einheit ihrer Erkenntnis entsprechen. Die Wissenschaft würde, m.a.W., Vernunft annehmen. In der Tat war ja in der eingangs angedeuteten formgenetischen Erklärung des Intellekts aus Analyseen des gesellschaftlichen Seins der Primat der Gesellschaft vor der Wissenschaft und wissenschaftlichen Technologie etabliert worden. Nur auf der Ba-

sis einer solchen formellen Einheit von Arbeit und Denken, Körper und Geist auf gesamtgellschaftlicher Stufenleiter kann unsere zerbrechende Welt überhaupt wieder ganz werden. Die Benennung dieses Entwicklungszieles als moderner Kommunismus sollte seiner Bewertung weder zu noch abträglich sein.

Natürlich erhebt sich die praktische und politische Frage, auf welchem Wege dahin zu gelangen ist. Daß das aus dem Gesagten so wenig klar ist, liegt an gewissen Unklarheiten und Unstimmigkeiten . Denn es scheint, als ob die Wissenschaften zweierlei Logik haben sollten, eine in ihrer spezialistischen Verstandsarbeit und die andere für ihre gesellschaftliche Vernunft. Aber diese aus warenökonomischen Gesellschaften hinlänglich bekannte Zwiespältigkeit von Verstand und Vernunft kann unmöglich ein befriedigender Zustand sein. Im Grunde war in dieser Zwiespältigkeit die heutige Technokratie immer schon angelegt. In der soeben skizzierten Zielkonstruktion stellten sich die Dinge so dar, als ob Wissenschaft und Arbeit sich immer noch als getrennte, intellektuelle und manuelle Bereiche gegenüberständen, die sich nur auf einer gemeinsamen Basis zur Verständigung zusammenfinden. Ihren beiderseitigen Verrichtungen ginger sie immer noch gesondert nach. Eine ärgere Unstimmigkeit lag ferner darin, daß die Arbeiter in der Konstruktion ständig in der Eigenschaft des Gesamtarbeiters in Rechnung gestellt waren. Diese Unterstellung aber entspricht natürlich dem heutigen empirischen Stand der Dinge keineswegs. Zwar verrichten die Arbeiter im Fließbetrieb mit ihren Händen synthetische Arbeit. Aber dieser gesellschaftlichen Funktion ihrer Hände entspricht ihr persönliches Bewußtsein noch durchaus nicht. Das würde erst der Fall sein, wenn das Bewußtsein der Arbeiter in ihrer Produktionstätigkeit eben das Bewußtsein ihrer synthetischen Arbeit und nicht das ihrer Einzelarbeit wäre und wenn es auch weiter mit dem Niveauaufstieg Schritt hielte, den die Synthesis ihrer Arbeit durchmacht, indem sie sich stufenweise auf die volle gesellschaftliche Synthesis hinentwickelt. Wodurch kann eine soche Bewußtseinsentwicklung der Arbeiter möglich gemacht werden ? Zunächst muß klar sein, was ihr im Wege steht. Nach dem heute herrschenden Institut der Lohnarbeit, das im Dienst der monopolkapitalistischen Konkurrenz um sinkende Arbeitskosten der Produkteinheit steht, werden die Löhne nach bestimmten materiellen Arbeitsreizen bezahlt. Auf dieser Basis wird das Interesse und Bewußtsein jedes Arbeiters an seine Einzelarbeit gekettet und es bedarf einer beträchlichen marxistischen Geistesanstrengung für die Arbeiter, um der objektiven gesellschaftlichen Funktion ihrer Arbeit habhaft zu werden. Vom kapitalistischen Management werden ihnen die verfälschenden Begriffe aufgedrängt, in denen die Kommensuration der lebendigen Arbeit, wie schon betont wurde, ihrem diametralen Gegenteil subsumiert wird, nämlich den Kategorien der Waren-und Profitökonomie. Diese Kategorien haben die Vereinzelung der individuellen Arbeit zur axiomatischen Voraussetzung. Eine eindringende Kritik des modernen Management unter marxistischen Gesichtspunkten, d.h. seiner ganzen begrifflichen Faktur nach, wäre ein wirksames Hilfsmittel, um dieser Bewußtseinsverfälschung entgegenzuwirken, und zwar bei Arbeitern nicht nur, sondern ebenso bei der fürs Mangement arbeitenden technischen Intelligenz . Zwei Zitate aus den Schriften Taylors mögen dies illustrieren : Im § 124 seines Haufptwerks (The Art of Cutting Metals von 1906) sagt er mit dankenswerter Unverhohlenheit :

"Aus den Direktiven, die in dieser Untersuchung entwickelt werden, wird jedem einleuchten, worauf darin abgezielt wird, Den Arbeitern sollen alle Entscheidungen und Plandispositionen, von denen der Austoß der Werkstatt maßgeblich abhängt, aus der Hand genommen werden, um sie auf einige wenige Leute zu übertragen, die durch eine spezialisierte Ausbildung und Anleitung instandgesetzt sind, die nötigen Anweisungen zu geben und denselben Wirksamkeit zu verschaffen, welche somit Meister in ihren Spezialaufgaben sind und sich in die der anderen jeder Einmischung enthalten."

Die "Entscheidungen und Plandispositionen, von denen der Ausstoß der Werkstatt maßgeblich abhängt"(all of the important decisions and planning which vitally affect the output of the shop) bezeichnen den Inbegriff der Vergesellschaftung der Arbeit in einer Werkstätt; sie betreffen die Kontrolle über den Arbeitszusammenhang. Die komplette Trennung der Arbeiter von der Vergesellschaftung ihrer Arbeit ist also das leitende Prinzip für das moderne Management. Tatsächlich ist diese Trennung eine essentielle Planke der Technokratie. In "Shop Management" von Taylor heißt es :

"Mein System ist darauf abgestellt, eine reinliche (clearcut) und neuartige Scheidung von intellektueller und manueller Arbeit im Produktionsbetrieb aufzurichten. Dieselbe gründet sich auf die genaue und isolierte Zeit-und Bewegungsanalyse der Verrichungen jedes einzelnen Arbeiter und überträgt den gesamten intellektuellen Teil diesen Verrichtungen auf die Funktionäre des Management (My system ist aimed at establishing a clearcut and novel division of mental and manual labor throughout the workshops. It is based upon the precise time and motion study of each workman's job in isolation and relegates the entire mental parts of the tasks in hand to the managerial staff.")

Es ist klar, daß, wenn die Vergesellschaftung ihrer Arbeit nicht von den Arbeitern gehandhabt wird, sie von andren versehen werden muß, und daß sie sich als dann als ein intellektueller Aufgabenbereich darstellt, ob sie das von Haus aus ist oder nicht. Letzten Endes kommt alles auf die Arbeiter an, ob sie die Vergesellschafung ihrer Arbeit wirksam übernehmen oder ob sie sie andren überlassen. Allein unter der Herrschaft des kapitalistischen Managements ist diese Alternative ohne Befragung der Arbeiter vorentschieden. Auf Basis dieser Herrschaft kann die technische Intelligenz und die Arbeiterschaft gar nicht finden, wie sie zueinander stehen. Hier sind sie getrennt, nicht aus dem, was sie selbst sind, sondern durch die Wand, die das kapitalistische Management zwischen ihnen aufrechterhält. Darüber sollte vor allem bei der technischen Intelligenz Klarheit herrschen. Die sämtliche Tätigkeit der technischen Intelligenz steht im Dienst des Kapitals und ist von der produktiven Arbeit geschieden und der eigenen Vernunft beraubt durch diese Wand des kapitalistischen Management. Ich spreche hier vom kapitalistischen Management, aber Kapital und Management sind nicht dasselbe und nicht notwendigerweise verbunden. Wenn eine Revolution des Kapitalismus aus dem Wege räumte, würde das Kapital

beseitigt, aber das Managemnt bliebe bestehen. Es würde dann nach und nach in sozialistisches Management verwandelt. Und wie stünde das Verhältnis von technischer Intelligenz und Arbeiterschaft zueinander dann ? Die Frage wäre dann immer noch, ob die Arbeiterschaft sich die Vergesellschaftung ihrer Arbeit zu eigen machen, oder sie andern zur Handhabung überlassen würde. Und obwohl der materielle Arbeitsanreiz im Sozialismus natürlich eine ganz andere Rolle spielt als im Kapitalismus und dem Arbeiterbewußtsein, statt es niederzuhalten und zu schuhriegeln, einen ungeheuren Auftrieb gibt, bedarf es gesonderter Erwägung, ob ein materieller Arbeitsanreiz, selbst wenn von progressiver Art, geeignet ist, das Arbeiterbewußtsein vom Standpunkt der Einzelarbeit zum Standpunkt der synthetischen Arbeit fortzuentwickeln.

Ohne diese Fortentwicklung kommt es nicht zum Sozialismus, wenn unter Sozialismus der Übergangsprozess zu einer klassenlosen Gesellschaft verstanden wird. Ohne eine Bewusstseinsentwicklung der Arbeiterschaft zum Gesamtarbeiter bleibt es bei der Technokratie, bei der Scheidung von Arbeit und Intelligenz, bleibt es bei essenzieller Klassenscheidung und bei einer Wert- und Geldökonomie.

Wie sie wissen, ist die Frage der Arbeitsanreize in den letzten Jahren zwischen China, Russland und Kuba Gegenstand einer bedeutsamen Auseinandersetzung gewesen, die hier zur Illustration herangezogen sei. 'Jm die ausgedehnte Diskussion nur auf ihren Springpunkt zu bringen: Wenn die Arbeiter materielle Lohnanreize akzeptieren, so akzeptieren sie in nuce die gegebenen Verhältnisse in dem Rahmen, in dem sie gegeben sind. Sie können natürlich ihre materielle Lage verbessern, aber wesentlich nur innerhalb dieses Rahmens. Solange die zunehmende Arbeiterbeteiligung an der Produktionsleitung (und überhaupt der Gesellschaftsordnung) als eine technologische Frage, abhängig von Kybernetik, Komputern etc., und nicht als eine politische Frage verstanden wird, kommt die Arbeiterübernahme der Produktion (und der Gesellschaft) nie zustande, soviel sie auch in Worten beschworen werden mag. Dagegen hat in China beim Ausbruch der "Großen Proletarischen Kulturrevolution" die Losung oben an gestanden: Put politics in command! Handelt mit und aus politischem Bewußtsein! Das ist eine Losung der Veränderung der gegebenen Verhältnisse, aller gegebenen Verhältnisse und vor allem der Schaffung eines gemeinsamen Handelns und eines kollektiven Bewusstseins. Darum eben ist das kleine Rote Buch zu allem und jedem der Ausgangspunkt. In China tritt das alles schön einfach und greifbar in Erscheinung, so sehr naiv, an unseren Gewohnheiten gemessen. Dort wird der ganze Mensch von der politischen Kulturrevolution erfasst, seine Umwandlung vom Privatmenschen einer bürgerlichen und kleinbürgerlichen zum Subjekt einer kommunistischen Gesellschaft betrieben. In diesem Prozess hören die Arbeiter auf, bloße Bediener ihrer Maschinen zu sein, sie werden zu Technikern und Ingenieuren, Konstrukteuren und Erfindern, Technologen und Experimenteuren mit neuen Verfahren und Produkten, am Ende wohl auch zu Atomphysikern und Grundlagenforschern, wofern diese Kategorien dann noch zutreffend sind. Und das alles auf kollektiver Basis. Tatsächlich ist, was hier vor sich geht, die Verschmelzung von Wissenschaft und Produktion. Natürlich ist das ein schrittweiser Prozess, der lange, sehr lange Zeit in Anspruch nehmen wird, und der jetzt noch ganz in seinen Anfangsstadien steht. Aber nach den Ergebnissen dieser Anfangsstadien zu urteilen, verspricht er, erfolgreich zu sein. Dass solche Entwicklungen nicht von oben dekretiert, sondern von der Produzentenschaft selbst getragen sein müssen, ist offenkundig. Die Kulturrevolution hat die Arbeiter und die kleinen und mittleren Bauern in die Leitung aller Schulen und Hochschulen des Landes gebracht; von ihnen selbst aber hängt ab, was sie dort verrichten. All das hat eine separate Intelligenz noch lange nicht zum Verschwinden gebracht, und auch ein organisatorisches Management wird an den Produktionsstätten noch benötigt. Überhaupt bleibt das Management in einer oder anderen Form eine unvermeidliche Einrichtung, solange eine Wert- und Geldökonomie im Sozialismus in Geltung bleibt. Die Arbeiter und die mit ihnen kooperierende Intelligenz mögen ihre synthetische Arbeit noch so gut verstehen und meistern, aber sie den geltenden Wert- und Geldnormen zu subsumieren, kann nicht ihre Leistung sein. Die Lösung, der Ausweg hieraus liegt in der Komplettierung der synthetischen Arbeitsökonomie auf gesamtgesellschaftlicher Stufenleiter durch Herstellung eines durchgehenden Zeitmaßes. Nur dann und nur von hier aus und also durch die gesamte Klasse und ihre politische Führung, nicht von den Betrieben und ihren Arbeitsprozessen aus, kann die verbleibende Wert- und Geldökonomie abgeschafft und durch die direkte Ökonomie der Plangesellschaft abgelöst werden. Dorthin ist es noch weit, aber die Tendenzen und die Richtung des sozialistischen Weges zeichnen sich unverkennbar ab. Mit ihnen sind elitäre Haltungen auf seiten der technischen Intelligenz eine Insistenz auf Scheidung von der manuellen produktiven Arbeit unvereinbar. Sie sind es in China und sie wären es hier. Jedes Mitglied der technischen Intelligenz hat den Klassenkampf in der eigenen Brust auszutragen.

Es muß aber auch gesagt werden, daß, soviel sich aus der chinesischen Erfahrung und Praxis für uns lernen läßt, ihr Beispielwert auf unsere sehr verschiedenen Verhältnisse übertragen doch sehr begrenzt ist. Was in China unter einer genialen Führung in konsequenter Fortführung zuerst "neudemokratischen" und dann der proletarischen Revolution auf die sozialistische Bahn gebracht worden ist, läßt sich von unserer Ausgangssituation aus nicht erhoffen, es sei denn, daß es auf seinen allgemeinen theoretischen Begriff gebracht wird. Eben dahin zielt meine ganze Bemühung. Dazu gehört in vorrangiger Weise eine explizite Theorie der geistigen und der körperlichen Arbeit. Ohne sie kann auf unserem Entwicklungsstand die Technokratie nicht widerlegt, nicht bekämpft und nicht vermieden werden. Der Primat der Gesellschaft über die Technik muß durch die formgenetische Erklärung der geschichtslosen Erkenntnisbegriffe der technologischen Wissenschaften in aller Form etabliert werden. Aus dieser formgenetischen Erklärung folgt, allgemein gesprochen, dass die gesellschaftlich gültigen Erkenntnisbegriffe einer Epoche sich gründen auf die gesellschaftlich-synthetischen Funktionen derselben Epoche. Wenn diese Synthesis sich wandelt, so auch die Erkenntnisbegriffe. Und heute wandelt sich die Synthesis von der der

letzten Aneignungsgesellschaft zu den Elementen einer ersten modernen Produktionsgesellschaft. Die Synthesis von Aneignungsgesellschaften gründet sich auf eine Kommensuration der toten Arbeit und bedingt die Scheidung von Kopf- und Handarbeit. Die Synthesis einer Produktionsgesellschaft dagegen gründet sich auf die Kommensuration der lebendigen Arbeit und verlangt Einheit von Kopf und Hand auf gesamtgesellschaftlicher Skala. Hier ist der gesellschaftliche Nexus eins mit der Synthesis des Arbeitsprozesses. Der Träger der Erkenntnisbegriffe muß deshalb keine gesonderte Intelligenz, sondern die direkte Produzentenschaft selber sein, die eben damit aufhört, einseitig manuelle Arbeit zu leisten. Das ist, in den Hauptzügen die generelle Theorie, zu der China ein Beispiel liefert. Um sie bei uns anwendbar zu machen, müssen die von unseren Verhältnissen bestimmten speziellen Anwendungsbedingungen studiert und geklärt werden. Daraus sollte sich die richtige Strategie für die Anwendung selbst gewinnen lassen.

Eine letzte Bemerkung noch, unerlässlich, um ein verheerendes Mißverständnis zu vermeiden. Meine Feststellung zweier Kommensurationen der Arbeit im Rahmen der heutigen Produktionsverhältnisse könnte dahin gedeutet werden, daß ich Begriffen wie "mixed economy", also von Mischformen von Kapitalismus und Sozialismus Vorschub leiste. Das ist nicht der Fall. Unsere westlichen Produktionsverhältnisse sind kapitalistisch und nichts als kapitalistisch. Gerade und trotz des im modernen Arbeitsprozess groß werdenden Embryos von Zeitökonomie Kapitalismus zu bleiben, mußte er Monopolkapitalismus werden, sich imperialistisch ausdehnen, sich das moderne Management aufziehen, den Staat mit Krückenfunktionen beladen und so weiter. Wie das geschehen ist, mit welchen verheerenden Folgen für die Gesellschaft, unter welchen hanebüchenen Verwicklungen in Widersprüche, das läßt sich natürlich verfolgen, aber darauf einzugehen, muß ich mir hier versagen.

Zum Aufbau der sozialistischen Produktion in China
aus: Peking Rundschau 19/71

Große Anstrengungen zur Entwicklung des Bergbaus

Seit der Gründung der Volksrepublik China, besonders seit 1958, besteht stets ein heftiger Kampf zweier Linien in der Frage, wie man die Eisen- und Stahlindustrie Chinas entwickeln soll. Eine wichtige Seite in diesem Kampf ist es, wie die Verhältnisse zwischen Metallurgie und Bergbau zu behandeln sind.

Der Bergbau ist die Basis der Eisen- und Stahlindustrie, und das Erz deren Nahrung. Will man die Eisen- und Stahlindustrie in hohem Tempo entwickeln, muß man zuerst den Bergbau tatkräftig vorantreiben. Unser großer Führer Vorsitzender Mao hat schon frühzeitig hingewiesen: Man muß **„den Bergbau entwickeln"**. Diese Lehre des Vorsitzenden Mao zeigt die wichtige Position des Aufbaus von Bergwerken in der Eisen- und Stahlindustrie, stellt die Beziehungen zwischen verarbeitender Industrie und Rohstoffindustrie klar und weist der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie in unserem Lande den Weg.

In Opposition gegen die korrekte Richtlinie des Vorsitzenden Mao und um seine konterrevolutionäre revisionistische Linie mit aller Kraft zu verfolgen, setzte sich der Renegat, versteckte Kollaborateur und Arbeiterverräter Liu Schao-tschi dafür ein, nur Eisen und Stahl zu verhütten, und gegen den Aufbau von Bergwerken. Er verbreitete außerdem eine ganze Reihe reaktionärer Behauptungen, wie der Aufbau von Bergwerken sei „Wasser in der Ferne, das den Durst im Augenblick nicht stillen kann", „die Einfuhr von Erzen ist günstiger als deren Abbau" usw.

Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution entfachten die breiten Massen der Arbeiter und Angestellten an der Metallurgie-Front revolutionäre Massenkritik, entlarvten die verbrecherischen Absichten Liu Schao-tschis, die Eisen- und Stahlproduktion zu torpedieren, und trieben energisch den Aufbau von Bergwerken voran, womit günstige Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der Eisen- und Stahlindustrie geschaffen wurden. Nachfolgend berichten wir über die Fortschritte im energischen Aufbau von Bergwerken an drei Beispielen.

Bergbau an erste Stelle

Beim Aufbau des Hochofens Nr. 1 im Jahre 1969 im Kreis Huanan, Provinz Heilungkiang, gab es eine falsche Ansicht: Der Bau von Bergwerken ist leichter als die Errichtung eines Hochofens. Deshalb stellte man dort sowohl bei der Organisation des Personals und der Verwendung von Ausrüstung als auch bei Investition von Geldmitteln den Bau des Hochofens an erste Stelle. Für den Bau von zwei Bergwerken wurden nur sieben Funktionäre eingesetzt, während für den Bau eines Hochofens 63 Funktionäre Arbeitsposten zugeteilt erhielten. Der größte Teil der Geldmittel wurde für den Hochofen investiert, für den Bergbau jedoch weniger als 5%.

Nach der Inbetriebnahme des Hochofens Nr. 1 traten die Widersprüche bald völlig an den Tag. Das abgebaute Erz wurde innerhalb weniger als eines Monats verschluckt, dem Hochofen fehlte dann Erz, und die Produktion des Hochofens geriet in schwierige Lage. Der Abbau konnte mit der Produktion des Hochofens nicht Schritt halten, die Bergwerke legten also nur Aufmerksamkeit auf Quantität und vernachlässigten die Qualität. Dies führte zu hohen Selbstkosten, niedrigem Ausstoß und schlechter Qualität, was die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie im ganzen Kreis sehr beeinträchtigte.

Die hauptverantwortlichen Genossen des Kreisrevolutionskomitees gingen an den Hochofen und untersuchten die Lage. Die Schmelzer sagten. „Genauso wie eine noch so geschickte Hausfrau ohne Reis keine Mahlzeit bereiten kann, können wir Schmelzer ohne Erz keinen hohen Ausstoß erzielen." Sie gingen dann zur Untersuchung an die Abbaustellen. Da sahen sie, daß die Lastwagen dort auf Erze warteten, weil der Abbau hinterherhinkte. Die Kumpels sagten: „Wenn die Bergwerke nicht in guter Form sind, kann der Hochofen nicht satt gefüttert werden." Die Kritik der Arbeiter hat diesen verantwortlichen Genossen gewaltig eingeleuchtet. Erst da begriffen sie, daß sie unbewußt eine falsche Linie verfolgt hatten.

Das Kreisrevolutionskomitee ergriff sofort Maßnahmen; die politisch-ideologische Arbeit wurde verstärkt, zusätzliche leitende Kader wurden in die Bergwerke entsandt, und der Abbau bekam mehr Arbeitskräfte, zu den Jahreszeiten mit geringeren Landarbeiten wurden außerdem Kommunemitglieder zur Arbeit am Aufbau von Bergwerken organisiert. Im Jahre 1970 waren 83% der gesamten Investition für Eisen- und Stahlindustrie dem Aufbau von Bergwerken zuteil worden. Das Antlitz des Bergbaus hat sich dadurch rasch verändert, die Erzförderung stieg ständig und konnte den Bedarf des Hochofens befriedigen.

Jetzt hat der Kreis Huanan bereits ein Aufbereitungswerk, das im Jahr 300 000 Tonnen Roherz verarbeiten kann, und einen Schacht mit einer Jahresförderung von 300 000 Tonnen Erz aufgebaut. Eine komplette technologische Folge von Abbau, Aufbereitung, Sintern bis Metallurgie bildet sich heraus. In dem mehr als einem Jahr wurden über 82 000 Tonnen Erz bzw. Erzpulver sowie über 11 000 Tonnen Kalkstein gefördert, die die normale Produktion des Hochofens gewährleistet haben.

北京周报「德文版」第十九期（一九七一年五月十一日出版）

邮政代号二—九三九

Massen beschäftigen sich mit Bergbau

Kreis Tsintscheng, Provinz Schansi, ist reich an Kohle- und Eisenerzvorräten. Die Werktätigen dort begannen schon vor mehr als 2000 Jahren mit dem Erzbergbau und der Verhüttung von Eisen in Handarbeit. Erleuchtet durch die Generallinie der Partei für den sozialistischen Aufbau, wurde 1958 im ganzen Kreis eine schwungvolle Kampagne zum Aufbau von Gruben und zum Verhütten von Eisen und Stahl entfacht, wobei über 50 Erzabbaupunkte in Betrieb genommen und 13 einheimische Hochöfen errichtet wurden. Die Eisenhüttenindustrie des Kreises bekam ein völlig neues Antlitz. Liu Schao-tschi und seine Agenten orderten jedoch an, den Bergbau einzustellen und die Hochöfen zu schließen. Der Bergbau und Eisenhüttenindustrie des Kreises Tsintscheng, die sich gerade in Entwicklung befanden, litten an ernster Unterminierung. Seitdem mußte dieser Kreis für die Herstellung von Eisentöpfen und landwirtschaftlichen Kleingeräten auch Eisen von außen her beschaffen. Nach der Gründung des Revolutionskomitees des Kreises Tsintscheng studierten die Komiteemitglieder eingehend die diesbezüglichen Lehren des Vorsitzenden Mao und erkannten dadurch die Wichtigkeit des Aufbaus von Bergwerken für die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie. Sie mobilisierten auf der Grundlage dieser neuen Erkenntnis vollauf die Massen zum Aufbau von Bergwerken und einheimischen Hochöfen. Die führenden Mitglieder gingen unter die Massen, erläuterten ihnen die Anweisung von Vorsitzendem Mao, **„den Bergbau entwickeln“**, und leiteten die Massenkritik an der von Liu Schao-tschi und seinen Agenten befolgten reaktionären Richtlinie, nur die Metallurgie zu betreiben, den Bergbau aber zu unterminieren. Die Initiative der Volksmassen zum Vorantreiben des Bergbaus entfaltete sich, wodurch in kurzer Zeit die alten Abbaugruben bzw. -punkte im ganzen Kreis wiederaufgebaut wurden und neue eins ums andere entstanden.

Gegenwärtig besitzen bereits 80% der Volkskommunen in diesem Kreis eigene Kleinbergwerke; zusammen mit den dem Kreis unmittelbar unterstellten und den von Kreis und Kommunen gemeinsam betriebenen sind es im ganzen Kreis bereits 64 Kleinbergwerke und 84 Abbaupunkte. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 92 000 Tonnen Eisenerze abgebaut. Diese Erze haben nicht nur den Bedarf der eigenen Eisen- und Stahlindustrie gedeckt, sondern gingen auch in großen Mengen in die Bruderbetriebe für Eisen- und Stahlerzeugung anderer Kreise.

Anwachsen der Eisen- und Stahlproduktion

Das Eisenerzrevier Dayä und andere 5 Bergwerke, die dem Stahl- und Eisenkombinat Wuhan (Wuhan-Stahl) unterstellt sind, wurden alle nach der Befreiung errichtet. Im September 1958 machte Vorsitzender Mao persönlich eine Inspektion im Eisenerzrevier Dayä des Wuhan-Stahl. Während seiner Inspektion empfing Vorsitzender Mao Arbeiter und Kader des Reviers und erkundigte sich ausführlich über die Situation des Reviers in Aufbau und Produktion, was den Bergarbeitern und Kadern des Wuhan-Stahl einen gewaltigen Ansporn gegeben hat. Liu Schao-tschi und seine Agenten verhinderten und unterminierten jedoch mit allen Mitteln die Produktion und Entwicklung des Bergbaus. Sie ließen nur Hochöfen und Martinöfen aufbauen, nicht aber Bergwerke, zwangen sogar einige Bergwerke zu schließen. Das Resultat war, daß Wuhan-Stahl, dieses große Kombinat, das über reiche Erzressourcen verfügt, lange Zeit hindurch in Erzversorgung nicht selbständig sein konnte, was den Fortschritt der Eisen- und Stahlproduktion ernstlich gehemmt hat.

Nach der Gründung des Revolutionskomitees von Wuhan-Stahl entfachten die Arbeiter in allen Bergwerken die revolutionäre Massenkritik und verstärkten bedeutend ihre Zuversicht und Entschlossenheit zum erfolgreichen Aufbau von Bergwerken.

Die Führungsgruppen der dem Wuhan-Stahl unterstellten Bergwerke organisierten beharrlich die Massenbewegung in großem Umfang. Die Arbeitermassen des Eisenerzreviers Dayä führten eine großangelegte Kampagne zur Neuerung der Technik und bauten auf eigene Kraft Ausrüstungen, wodurch die Selbständigkeit bei Instandsetzung der Bergbaumaschinen, der Anteil der Versorgung mit eigenproduzierten Ersatz- und Zubehörteilen effektiv erhöht sind. Das bringt eine rasche Erhöhung der Produktivität des ganzen Reviers mit sich. Das Djinschandiän-Revier ist ein großes Revier mit äußerst reichen Erzvorräten. Beim Aufbau dieses Reviers wurden zunächst mehrere kleine Tagebaufelder und Gruben errichtet, damit die Produktion möglichst bald beginnen konnte. Anschließend trieb man die Produktion und den Aufbau gleichzeitig voran, und die Produktivkräfte vergrößerten sich kontinuierlich im Laufe der Produktion. Schließlich konzentrierte dieses Revier seine Kräfte auf den Bau großer Abbaufelder. Die Erzmengen, die dieses Revier dem Staat lieferte, vervielfachten sich von Jahr zu Jahr. Die Bergwerke des Wuhan-Stahls haben im Vorjahr das staatliche Plansoll übererfüllt; die Förderung des Eisenerzes brach den bisherigen Rekord. In den ersten zwei Monaten dieses Jahrs wurde der Produktionsplan für Eisenerz wieder vorfristig erfüllt, und die Förderung stieg um über 70% gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Mit dem kontinuierlichen Anwachsen von Erzlieferungen hatte der Wuhan-Stahl im vorigen Jahr einen relativ großen Anstieg im Eisenausstoß zu verzeichnen. Das staatliche Plansoll für Stahl und Walzstahl war auch vorfristig übererfüllt. Die Produktion von Eisen und Stahl stand in den ersten zwei Monaten dieses Jahres weiterhin auf einem verhältnismäßig hohen Niveau.

12 **Ch. Bettelheim**
Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen
Zur Theorie der Übergangsgesellschaft
156 Seiten DM 6.50 (Abo: 5.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

25 **P. L. Lavrov**
Die Pariser Kommune (18.3.1871)
Vorwort Klaus Meschkat
192 Seiten DM 6.50 (Abo: 5.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

20 **Sozialistisches Jahrbuch 1**
Über die Organisation des Befreiungskampfes
Wissenschaftl. Revolution und Imperialismus / Beginn der Black Power / Die CSSR und die sowjet. Strategie / u. a.
272 Seiten DM 8.50 (Abo: 7.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

23 **Sozialistisches Jahrbuch 2**
Gegen den Dogmatismus in der Arbeiterbewegung
Korsch: Warum ich Marxist bin / Sweezy/Magdoff: Anmerkungen über multinationale Konzerne / Gorz: Weder Gewerkschaftler noch Bolschewiki. 244 S. DM 8.50 (Abo: 7.50)
Rotbücher
Wagenbach Berlin

politische buchhandlung

jörg burkhard CARO-REPRINT

arbeiterbewegung
marxismus - sozialismus
revolutionäre und befreiungsbewegung
imperialismus
ökonomie
soziologie
philosophie
geschichte
pädagogik
kinderbücher
zeitschriften

schiffgasse 3, an der mensa
11 bis 18.30, telefon 46153

Neues Rotes Forum 3/70

Eduardo Ferreira
Die Hintergründe der Ereignisse in der Republik Guinea
Burkhard Braunbehrens
Nach den Lohnkämpfen im Metallbereich
David Yaffe
Die Krise des britischen Kapitalismus
Dokumente zur Auseinandersetzung in Heidelberg
Einleitung
Dok. 1: Zur Bildungspolitik
Dok. 2: Erklärung des AStA zur Situation der Heidelberger Linken nach der Generaldebatte
Dok. 3: Erklärung der Gruppe Neues Rotes Forum
Harald Schwarzenberg
Das Kramersche "Explorationsmodell"
Dok. 4: Referat von Fritz Kramer zur Generaldebatte
Claus Koch
Zum Stellenwert der Beiträge Kramers auf der Generaldebatte in den Fraktionsauseinandersetzungen
Dietrich Hildebrandt
Einheitsfront und Aktionseinheit. Zur Politik der DKP

Neues Rotes Forum 2/70

Jochen Noth
Arabischer Nationalismus, Palästinensische Befreiungsbewegung und die Demokratische Revolution in Jordanien
Joscha Schmierer
Bauern, Befreiungsbewegungen und die proletarische Revolution bei Marx und Engels
Richard Vahrenkamp
Technischer Fortschritt und konstantes Kapital

Neues Rotes Forum 1/70

Friedliche Lösung und blutige Liquidierung - Zur Funktion des Rogers-Plans
Nayef Hawatmeh zur "friedlichen Lösung"
Zukunft des Imperialismus - Zur Analyse des Pearson Reports
Das Schuldenproblem der "Entwicklungsländer"
Das internationale Kapital gegen die Befreiung von Angola, Guinea-Bissau und Mozambique
Legitimationsversuche des deutschen Kapitals
The world of Siemens
Siemens - Konzern - Elektroimperium in der Expansion
Brief an die Genossen von der RPK und die Projektgruppe Afrika
Gewerkschaftlicher und politischer Kampf in den italienischen Streikbewegungen seit Frühjahr 69